



Aus der Traum!

Das bayerische Transrapid-Projekt ist gestorben. Weil die Industrie die Preise in die Höhe getrieben hat, hört man. Die Bahn ist schuld, sagt die Wirtschaft. Sie hat handfeste Beweise und fordert deshalb Konsequenzen. Beim Unternehmertag des Bayerischen Bauindustrieverbandes erläuterten Präsident Prof. Thomas Bauer und Hauptgeschäftsführer Gerhard Hess die knallharten Fakten. Jetzt ist die Politik gefordert.

Seite 5



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Angeführt vom neuen KPV-Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle (l.) bedankten sich alle Bezirksverbände beim scheidenden Vorsitzenden Landrat Luitpold Braun (am Rednerpult) für sein unermüdliches Engagement während seiner 14-jährigen Amtszeit.

Einigung im öffentlichen Dienst:

Hart an der Schmerzgrenze

Städtetagspräsident Schaidinger: Erhebliche Mehrkosten für die Kommunen

Im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes haben sich Bund und Kommunen nach monatelangen Verhandlungen mit den Gewerkschaften in letzter Minute geeinigt. Die Arbeitgeber sind nun bereit, mehr zu zahlen als die Schlichter vorgeschlagen haben. Im Gegenzug sollen bestimmte Berufsgruppen wie Angestellte der Verwaltungen länger arbeiten.

„Wir haben nach überaus harten Verhandlungen einen schmerzhaften Kompromiss akzeptieren müssen. Die Einigung geht finanziell über den Schlichterspruch, der bereits erhebliche Belastungen bedeutet hätte, hinaus. In der Arbeitszeitfrage haben wir uns durchsetzen können, auch wenn wir uns mehr als die er-

reichten 39 Stunden erhofft haben. Gleichwohl ist dies ein wichtiger Schritt nach vorne, zumal es im Tarifgebiet Ost bei der 40 Stundenwoche bleibt“, erklärte der Präsident der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände, Dr. Thomas Böhle. „Zu rechtfertigen war dieses Ergebnis für die kommunalen

Arbeitgeber letztlich nur, um einen Streik mit all seinen wirtschaftlichen und sozialen Beeinträchtigungen zu vermeiden.“ Ausgangspunkt der Verhandlungen war eine Forderung von acht Prozent und einem Mindestbeitrag von 200 Euro monatlich für zwölf Monate. Hiervon sei der Abschluss, der eine Mindestlaufzeit von 24 Monaten hat, weit entfernt, betonte Böhle.

Eckpunkte

Konkret einigten sich die Verhandlungspartner auf folgende Eckpunkte: Die Bezüge für die 1,3 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen steigen in diesem Jahr um 3,1 Prozent. Zudem wird ein Sockelbetrag von 50 Euro aufs Gehalt aufgeschlagen. Im Westen gilt die Erhöhung rückwirkend zum 1. Januar, im Osten seit dem 1. April. Am 1. Januar 2009 steigen die Gehälter um weitere 2,8 Prozent. Außerdem erhalten die Tarifbeschäftigten eine Einmalzahlung von 225 Euro. Die Arbeitszeit (Fortsetzung auf Seite 4)

Vormerken!
19. Juni
2008

Energie-Profis für Kommunal-Profis:

Energie für Bayerns Kommunen!

Mehr Wissen setzt Energie frei. Die Bayerische Gemeindezeitung bietet in Kooperation mit Bayerischem Städtetag und Bayerischem Städtetag beim Info-Tag für Kommunen am 19. Juni 2008 im Garching Bürgerhaus umfassendes Know-how. Weitere Informationen in den nächsten Wochen unter: www.gemeindezeitung.de.

Kinder fit machen

Vorschulische Bildungsqualität soll verbessert werden

Die Kinder fit zu machen für die Wissensgesellschaft von morgen, bleibt Leitlinie auch für die Kindertagesbetreuung: Das hat Bayerns Sozialministerin Christa Stewens bestätigt. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden soll die vorschulische Bildungsqualität in Verbindung mit der Quantität der Einrichtungen und der Fachkräfte verbessert werden. Standard soll ein Anstellungsschlüssel für das Fachpersonal von 1 : 10 sein.

Zum Ausbau der Betreuungsplätze für die Unterdreijährigen erklärte die Ministerin, der Bedarf bleibe Dreh- und Angelpunkt. Die Versorgungsquote werde auch künftig von Ort zu Ort unterschiedlich sein. Bayern gehe von einem Bedarf von über 30% aus. Die Maßstäbe seien im Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) gesetzt.

SPD-Vizefraktionschefin Jo-

hanna Werner-Muggendorfer hatte beantragt, der jetzige Versorgungsgrad von durchschnittlich 12% bei den Unterdreijährigen komme nur zustande, weil in einigen Städten weit höhere Werte erreicht werden. Auf dem Land „schaut es sehr schlecht aus“. Bis 2013 müsste die Zahl der Betreuungsplätze auf 35% eines Jahrganges angehoben werden. Sie forderte ein (Fortsetzung auf Seite 2)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

KPV-Landesversammlung in Aschheim:

Abschied und Neubeginn

Stefan Rößle folgt Luitpold Braun als Landesvorsitzender

Mit einer neuen Führungsriege macht sich die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU für die nächsten Jahre zukunftsfit. Nach 14 höchst erfolgreichen Jahren im Amt des Landesvorsitzenden verabschiedete sich Luitpold Braun in Aschheim bei München von den etwa 200 Teilnehmern und übergab den Stab an seinen Nachfolger Stefan Rößle, Landrat des Landkreises Donau-Ries.

Ende einer Ära: Luitpold Braun hat die KPV in entscheidendem Maße mit seiner kommunalpoli-

tschen Kompetenz geprägt. Für die kommunale Familie war es ein Glücksfall, an der Erfahrung, dem Wissen und der Tatkraft, die Luitpold Braun über so viele



Der Neue: Landrat Stefan Rößle genießt das Vertrauen der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU.

Erfolgreiche Jahre

Der scheidende Vorsitzende sprach in einem kurzen Rückblick von „guten und erfolgreichen Jahren“, in denen die KPV „erweitert und nach vorne gebracht“ werden konnte. Als zentrale politische Punkte, mit denen die KPV während Brauns Amtszeit konfrontiert worden sei, nannte dieser die Einführung des Bürgerentscheids auf kommunaler Ebene und die Bezirksreform, zudem die zuletzt auch

aufgrund heftiger Interventionen der KPV nicht erfolgte Zwangsfusion bayerischer Sparkassen sowie die Beibehaltung der kommunalen Planungsverbände.

Selbstbewusstsein in den Kommunen

„Wir sind kein kommunaler Spitzenverband und wir haben nicht nur die Aufgabe, uns zu kommunalen Problemen zu äußern“, machte Braun deutlich. Aufgabe der KPV sei es immer auch gewesen, sich darum zu kümmern, die Kommunalwahlen in Bayern bestmöglich vorzubereiten. „Das war nicht immer ganz einfach“, räumte der scheidende Vorsitzende ein, insbesondere vor sechs Jahren, als eine völlig neue Werbelinie auf den Weg gebracht und der Landesvorstand sehr gefordert worden sei.

„Wir haben immer auch ein Postulat vertreten, das ein Stück Selbstbewusstsein in den Kommunen nach sich zieht“, fuhr Braun fort. In der KPV sei nie (Fortsetzung auf Seite 4)

FW-Landesdelegiertenversammlung in Landshut:

Neue politische Kultur

Als die „ideale Lösung für das Desaster in der bayerischen Politik“ betrachtet der FW-Landesvorsitzende Hubert Aiwanger seine „Partei“. Wie er bei der Landesdelegiertenversammlung in Landshut erläuterte, seien die Freien Wähler „eine bewährte Kraft“, die mit ihrer bürgernahen Politik bei der zurückliegenden Kommunalwahl das Vertrauen der Wähler bekommen habe und den Stimmenanteil von 15,6% auf 19% steigern konnte.

Die derzeitigen Probleme in Bayern bezeichnete Aiwanger als eine Folge der „Politik von oben herab, ohne oder gegen den Bürger“. Probleme seien jahrelang gelehrt worden, jetzt werde kurz vor den Landtagswahlen alles versprochen, was bisher abgelehnt worden sei.

„Zickzackkurs“

Dies gelte u. a. für das bisherige Desinteresse am Wegbrechen der Hausarztversorgung, das systematische Abhängen des ländlichen Raumes oder den „Zickzackkurs“ bei der grünen Gentechnik. Auch Rauchergesetz, Transrapid und Landesbank stellten nicht gerade Beweise für großes politisches Können der Alleinregierung dar. Der Vorsitzende: „Bayern braucht dringend eine neue politische Kultur mit

gesundem Menschenverstand. Die Politik muss den Willen der Bevölkerung umsetzen und darf nicht ständig versuchen, aus fragwürdigen Interessen heraus die Öffentlichkeit mit falschen (Fortsetzung auf Seite 4)



Finanzkrisen entstehen, wenn es den Leuten nicht mehr reicht, durch Produktivitätsfortschritt, Innovation oder Substanzvermehrung den Wohlstand zu steigern. Der Rat der Vorzimmerperle: Die Menschen sollen sich wieder auf die Basis nachhaltigen Wirtschaftens besinnen! Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Landesbank soll abgesichert werden	Seite 2
Bayern will Transrapid-Millionen retten	2
GZ-Kolumne Anne-Marie von Hassel: Der kommunalen Familie eine Stimme verleihen!	3
Profunde Wahlanalyse	3
Mehr Lehrer, kleinere Klassen	3
GZ-Fachthemen:	
IT für Kommunen	6/7
IFAT · Umwelt · Abfall · Städtereinigung	8 - 11
IFAT · Kommunalfahrzeuge · Städtereinigung	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Landesbank soll abgesichert werden

Huber kündigt Konzept an - Opposition erneuert Rücktrittsforderung
Untersuchungsausschuss geht ans Werk

Die am 3. April veröffentlichte Bilanz 2007 der Bayerischen Landesbank (BLB) hat im Landtag zu einem erneuten scharfen Schlagabtausch geführt. Während Finanzminister Erwin Huber und die CSU darauf verwiesen, niemand habe die Krise am amerikanischen Immobilienkreditmarkt vorausgesehen, sah die Opposition die Unfähigkeit des Ministers als stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender sowie des Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein als langjähriges Verwaltungsratsmitglied erwiesen und forderte Hubers Rücktritt vom Ministeramt.

Die Debatte wurde ausgelöst durch eine Erklärung Hubers, der am Vorabend im Verwaltungsrat vom BayernLB-Vorstand über die „belastbaren“ Zahlen der Bilanz 2007 unterrichtet worden war. Zunächst hatte nur die Einsetzung des von SPD und Grünen gemeinsam beantragten Untersuchungsausschusses auf der Tagesordnung des Landtagsplenums gestanden, in dem die Opposition nachweisen möchte, dass Huber das Parlament noch im Februar über die Verluste falsch unterrichtet bzw. schlichtweg belogen habe.

Der Minister war bemüht, die Vorwürfe durch Tatsachen zu

widerlegen. Das Zentralinstitut der bayerischen Sparkassen habe trotz der Finanzmarktkrise mit einem operativen Ergebnis (vor Steuern) von 255 Mio. Euro und einer unveränderten Dividende von 7 % (126 Mio. Euro) ein positives Ergebnis erreicht.

Festlegungen trifft der Landtag

Die Marktwertminderung von bislang 2,3 Mrd. Euro und voraussichtlich heuer weiterer 2,0 Mrd. Euro sei schmerzhaft. Ob und in welchem Umfang tatsächlich aus Marktwertminderung Verluste werden, könne aus den

Zahlen noch nicht abgelesen werden. Niemand könne voraussetzen, wie sich der Markt entwickle. Ebenso habe 2002 niemand, auch keine Ratingagentur, geahnt, dass der amerikanische Immobilienkreditmarkt zusammenbrechen werde.

Entsprechend dem Rat aller Fachleute könne die BayernLB nur versuchen, die Risiken aus ihrem Portfolio durch Garantien oder Auslagerung abzuschirmen. Diesen Weg wollen der Freistaat und der Sparkassenverband als Anteilseigner gehen. Ziel sei es, die Zukunfts- und Handlungsfähigkeit der Bank zu stärken, um ihr mittelfristig alle Optionen offen zu halten. Der Opposition warf der Minister vor, die Schwierigkeiten parteipolitisch auszuschlachten und so dem Vertrauen in die Bank und ins Parlament zu schaden.

Strategisches Konzept

Finanzsprecher Werner Schieder (SPD) bezeichnete Hubers Bericht als Spiegelfechterei. In Wahrheit müssten Bank und Steuerzahler die Unfähigkeit des Bankvorstands und des Verwaltungsrats bezahlen.

Gebraucht werde ein strategisches Konzept zur Neuausrichtung der BayernLB. Sie dürfe sich nicht mehr im internationalen Bankgeschäft tummeln sondern müsse sich auf ihre Aufgabe konzentrieren, der bayerischen Wirtschaft und insbesondere dem Mittelstand zu dienen. Auf diese Fragen sei Huber „verantwortungslos und unfähig“ die Antwort erneut schuldig geblieben. Er müsse zurücktreten.

Mittelstandsorientierung

Grünen-Fraktionschef Dr. Sepp Dürr war gleicher Meinung. Huber und Beckstein hätten bei der Kontrolle der Bank versagt und jede Glaubwürdigkeit verloren. Ein vernünftiges, mittelstandsorientiertes Geschäftsbild für die BayernLB sei von ihnen nicht zu erwarten. Es sei an der Opposition, die Vertrauenswürdigkeit in die Politik und in die Bank wiederherzustellen. Ein neues Geschäftsmodell sei aber erst nach Abschluss des Untersuchungsausschusses zu erarbeiten.

Thomas Kreuzer (CSU) warf der Opposition vor, das Ergebnis des Untersuchungsausschusses vorwegzunehmen. Das schade der Glaubwürdigkeit des Parlaments und der Bank. Der Untersuchungsausschuss wurde einstimmig eingesetzt. Zum Vorsitzenden wurde einhellig Peter Welnhöfer (CSU) gewählt. Stellvertreterin ist Adelheid Rupp (SPD). Insgesamt stellt die CSU sechs Mitglieder und die SPD zwei; die Grünen sind mit einem Abgeordneten vertreten. Laut gemeinsam formuliertem Auftrag sollen mögliche Versäumnisse

Kinder fit machen ...

(Fortsetzung von Seite 1) anderes Finanzierungsmodell. Die jetzt vorgesehenen rund 850 Mio. Euro Staatsmittel, die den Trägern der Kindertagesstätten in den nächsten Jahren zufließen sollen, müssten um 200 bis 300 Mio. Euro erhöht werden. Nur so könne man kleinere Gruppen bilden und genug qualifiziertes Personal anstellen.

Entschieden wandte sich Werner-Muggendorfer dagegen, private Träger zu bezuschussen, also die Kinderbetreuung zu kommerzialisieren, wie von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen vorgeschlagen. Diese Aufgabe bleibe Sache der Kommunen mit staatlicher Hilfe. **rm**

Pressekonferenz der BayernLB:

„Rettungsschirm“ für zukünftige Risiken

Attraktive Wachstumsfelder / Kommunalkundengeschäft gestiegen

München. „Was sich bisher konkret als Ausfälle abzeichnet, liegt bei rund 100 Millionen Euro“, erklärte der Vorsitzende des Vorstands der Bayerischen Landesbank (BayernLB), Dr. Michael Kemmer, bei der Bilanzpressekonferenz des Instituts in München. Die öffentliche Diskussion zu diesem Thema sei für ihn nicht nachvollziehbar; Finanzminister Erwin Huber habe - soweit er, Kemmer, den Sachstand beurteilen könne, zu keinem Zeitpunkt dem Bayerischen Landtag die Unwahrheit gesagt.

Mit großer Sorgfalt erläuterte Kemmer den außergewöhnlich zahlreich erschienenen Journalisten das umfangreiche Zahlenwerk. Festzuhalten sei, dass zu dem im Februar 2008 präzise veröffentlichten Portfolio der BayernLB in strukturierten Anlageprodukten seit Sommer 2007 nichts hinzugekommen sei. Deshalb gäbe es auch nichts Neues zu entdecken. Diese strukturierten Anlagen setzten sich aus Anlagen erster Bonität zusammen. Das Problem, das die BayernLB mit allen Banken teilt, die in solche Papiere investiert haben, bestünde darin, dass in der aktuellen Marktsituation in solchen Papieren kein Handel statfinde und es deshalb auch keinen Marktpreis gäbe, mit dem man sie bewerten kann. Zudem habe sich die Bank auf kein Feld begeben, auf dem sie nichts verloren hat. Ziel sei es gewesen, vorhandene Liquidität anzulegen und durch den Erwerb von ABS Papieren erster Bonität stabile Erträge zu generieren.

Wegen der Milliardenlasten ist der Profit, der im Vorjahr bei knapp einer Milliarde Euro lag, auf 175 Millionen Euro gesunken. Trotz des drastischen Gewinnrückgangs will die Bank eine unveränderte Dividende ausschütten.

Um ihre Bilanz vor weiteren Risiken zu schützen, beabsichtigt die Landesbank nach Kemmer nun riskante Wertpapiere im Wert von 24 Milliarden Euro in eine neu zu gründende Zweckgesellschaft auszulagern. Diese brauche eine „Risikoabschirmung“ von sechs Milliarden Euro. Dabei will die Bank selbst 1,2 Milliarden Euro tragen. Für eventuelle darüber hinausgehende Schäden von bis zu 4,8 Milliarden Euro sucht Kemmer Ausfallgarantien von externer Seite. Falls sich die Spirale weiter nach unten dreht, müssten notfalls der Bayerische Staat und die bayerischen Sparkassen als Teilhaber einspringen. Da die Bürgerschaft des Landes als Staatsbeihilfe aufgefasst werden könnte, steht die Konstruktion unter dem Vorbehalt der EU-Kommission. Diese könnte das Ganze als Wettbewerbsverzerrung werten und untersagen.

Unabhängig davon müssen sich die rund 19.230 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Bank auf einen Sparkurs einstellen. Kemmer will den Verwaltungsaufwand um 150 Millionen

von Kabinettsmitgliedern als Verwaltungsräte geprüft werden.

Neben dem Verhalten von Huber und Beckstein wird auch das Vorgehen des neuen Innenministers Joachim Herrmann und des einstigen Staatssekretärs Georg Schmid, - jetzt CSU-Fraktionsvorsitzender, untersucht.

Dienende Funktion

In einer von der SPD kurzfristig einberufenen Anhörung zur Zukunft der Landesbank, u.a. mit Sparkassenverbandspräsident Dr. Siegfried Naser und BayernLB-Vorstandsvorsitzendem Dr. Michael Kemmer ging es um die Absicherung des auf 24 Mrd. veranschlagten Risikovolumentens. Davon müssten die Eigentümer, also Freistaat und Sparkassenverband, 4,8 Mrd. Euro absichern, wie Maget der Presse mitteilte. Der Sparkassenverband sei zur Übernahme von 2,4 Mrd. Euro bereit. Die staatliche Hälfte solle wohl im Nachtragshaushalt 2008 verbucht werden. Dem werde die SPD nicht zustimmen. Zuvor sei die Zukunft der Landesbank zu klären. Sie müsse im Sinne ihrer dienenden Funktion für Sparkassen, Kommunen und heimische Wirtschaft so definiert werden, dass weltweite Risikogeschäfte ausgeschlossen sind. Die Landesbank wolle offenbar eine Fusion mit der Landesbank Baden-Württemberg. Darüber sei zu reden. Die Absicherung des Risikovolumentens durch Auslagerung in eine Zweckgesellschaft lehne die SPD ab, betonte Maget. **rm**

Euro oder knapp zehn Prozent senken. Im Vordergrund stünde die Reduzierung des Sachaufwands, aber auch der Abbau von Stellen könne nicht ausgeschlossen werden.

Der Konzernabschluss 2007 wurde besonders durch die erstmalige Konsolidierung der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) geprägt. So hat sich die Bilanzsumme um gut 20 Prozent auf 415,6 Milliarden Euro erhöht. Die HGAA hat mit einer Bilanzsumme von 39,4 Milliarden Euro den größten Anteil an diesem Zuwachs.

Die Eigenmittel haben sich von 17,5 auf 21,5 Milliarden Euro erhöht und damit diese Quote von 10,7 auf 11,4 Prozent verbessert. Ebenfalls gestiegen ist das Kernkapital und zwar von 10,7 auf 11,9 Milliarden Euro. Die Position Zinsüberschuss hat 2007 um 19 Prozent gegenüber der Vergleichszahl des Vorjahres auf 2,17 Milliarden Euro zugenommen. Der Provisionsüberschuss als zweite nennenswerte Ertragsgröße liegt mit 380 Millionen Euro um sechs Prozent unter dem Vorjahreswert und ist damit vergleichsweise stabil geblieben.

Aufgrund der Einbeziehung der HGAA stieg der Verwaltungsaufwand um rund ein Fünftel auf 1,77 Milliarden Euro.

Die Zusammenarbeit mit den bayerischen Kommunalkunden hat sich auch 2007 erfolgreich weiterentwickelt. So konnte das Geschäftsvolumen im Kommunalkreditbereich gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen um gut 20 Prozent auf rund eine Milliarde Euro gesteigert werden. In diesem Bereich nimmt auch die Nachfrage nach innovativen Produkten und Dienstleistungen stetig zu.

Wie der Vorstandsvorsitzende abschließend erklärte, hat sich die Führungsspitze der Bank auf ein Vier-Punkte-Programm verständigt, in dem die kurzfristigen Ziele des Geldinstituts festgelegt wurden. Höchste Priorität hat dabei die proaktive Abschirmung des ABS-Portfolios.

Als attraktive Wachstumsfelder kommen in Betracht der Geschäftsausbau in Ost- und Südosteuropa, die Intensivierung des Geschäfts mit dem bayerischen und deutschen Mittelstand, der Ausbau DKB und Retailbanking. Ferner ist die Effizienzsteigerung zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit geplant sowie die Weiterentwicklung der BayernLB-Unternehmenskultur.

Kemmer stärkte auf Nachfrage Finanzminister Erwin Huber, der stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der Bank ist, den Rücken. Die Landtagsopposition wirft ihm vor, er habe das Parlament über das Ausmaß der Schäden belogen. Er, Kemmer, habe keinerlei Anhaltspunkte, dass Huber dem Landtag die Unwahrheit gesagt haben könnte, sagte Kemmer. Er wird voraussichtlich vom jetzt eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschuss als Zeuge gehört. **E. Scholl**

Bayern will Transrapid-Millionen retten

Nach dem Scheitern des Münchner Transrapidprojekts bemüht sich die bayerische Landespolitik, von den zweckgebunden in Aussicht gestellten 925 Mio. Euro Bundesmitteln für den Verkehrs-ausbau soviel wie möglich zu retten. Im Landtag wurde ein CSU-Dringlichkeitsantrag angenommen, die Staatsregierung möge beim Bund darauf hinwirken, das Geld aus Berlin, soweit noch verfügbar, für den Schienenverkehr von München zum Flughafen im Erdinger Moos zu verwenden.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein, Wirtschaftsministerin Emilia Müller und Finanzminister Erwin Huber hatten die Transrapidgegner bislang immer darauf hingewiesen, dass die Bundesmittel nur für das Schwebebahnprojekt zur Verfügung stünden. Andererseits wurde versichert, dass die 490 Mio. Euro, die der Freistaat aus dem Grundstockvermögen zur Verfügung stellen wollte, nach dem Aus für den Transrapid anderen rechtlich möglichen Projekten gegeben werden sollten.

Die Opposition stellte dem CSU-Antrag eigene Dringlichkeitsanträge entgegen, in denen es vorrangig um die Feststellung der Verantwortung der Staatsregierung für die unrealistische Kostenschätzung des Transrapidprojekts durch die Wirtschaft sowie um die Offenlegung vergeblicher Planungskosten ging. Die SPD forderte darüber hinaus binnen Monatsfrist ein Investitionsprogramm für die freigeordneten bayerischen Gelder. Damit müssten vordringliche Maßnahmen in den Bereichen Schule und Bildung, Soziales

und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs - insbesondere in den ländlichen Räumen aller Regionen, finanziert werden.

Franz Maget (SPD) und Dr. Martin Runge (Grüne) wiederholten ihre Vorwürfe gegen die Staatsregierung. Sie habe durch ihr Beharren auf falschen Zahlen schweren Schaden angerichtet und hätte rechtzeitig Alternativen planen müssen.

Die Wirtschaftsministerin sowie die CSU-Abgeordneten Engelbert Kupka und Eberhard Roter wiesen die Vorwürfe zurück. Sie erinnerten daran, dass anfangs auch die SPD und insbesondere Münchens OB Christian Ude für den Transrapid gewesen seien. Er sei nun bei der geforderten Planung einer Express-S-Bahn in der Pflicht. Die Stadt müsse sich an den Kosten von geschätzt 860 Mio. Euro angemessen beteiligen. Einigkeit zwischen den Parteien bestand darin, auch Verkehrsprojekte für die bessere Anbindung Ostbayerns an den Flughafen voranzubringen. Die Oppositionsanträge wurden von der CSU abgelehnt. **rm**

Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

Hinweis in eigener Sache:

Bitte Geburtstage und neue Aboadressen melden

Liebe Leserinnen und Leser, an dieser Stelle veröffentlichen wir seit vielen Jahren die runden Geburtstage der bayerischen Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte. Nach den Kommunalwahlen stimmen viele unserer Daten nicht mehr. Bitte geben Sie uns umgehend die Änderungen bekannt.

Auch zahlreiche Bezieher, die als ehrenamtliche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger die Bayerische Gemeindezeitung von ihren jeweiligen Gebietskörperschaften erstattet bekommen, müssen umgemeldet werden. Bitte denken Sie auch daran, bei Ihren konstituierenden Sitzungen abzufragen, wer künftig die Bayerische Gemeindezeitung beziehen möchte. Nutzen Sie unsere günstigen Konditionen bei Sammelbestellungen!

Kommunale Entscheidungsträger sind auf qualifizierte Fachinformationen angewiesen. Die Bayerische Gemeindezeitung unterstützt sie dabei. **□**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wilhelm Schmitt
91077 Neunkirchen am Brand
am 16.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dieter Thalhammer
85350 Freising
am 18.4.

Bürgermeister Herbert Zauhar
94100 Tittling
am 19.4.

Oberbürgermeister
Hans-Jürgen Weigl
89407 Dillingen a. d. Donau
am 20.4.

Bürgermeister Günther Stegner
96161 Gerach
am 24.4.

Bürgermeister Michael Mayer
89365 Rofingens
am 28.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Angela Gläbel
91080 Marloffstein
am 18.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Müller
87561 Oberstdorf
am 24.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Karlheinz Niebler
91236 Alfeld
am 15.4.

Bürgermeister
Josef Daffner
84183 Niederviehbach
am 17.4.

Bürgermeister Georg Els
85659 Forstern
am 27.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Reimund Voß
97647 Willmars
am 17.4.

Bürgermeister
Werner Schießl
84307 Eggenfelden
am 25.4.

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Profunde Wahlanalyse

Klare Linie, klarer Kurs

Appelle zur Geschlossenheit zogen sich wie ein roter Faden durch die jüngste Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer und der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Georg Schmid, analysierten detailliert die Kommunalwahlen und gaben die Marschrichtung für die Landtagswahlen im kommenden Herbst vor. Zum letzten Mal leitete der scheidende KPV-Landesvorsitzende, Landrat Luitpold Braun, die überaus gut besuchte Versammlung.

CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer nahm dies zum Anlass, der „Leuchtfigur Luitpold Braun“ eingangs Respekt und Hochachtung zu zollen. Mit viel Diplomatie und

geben, aus der Edmund Stoiber als Kanzlerkandidat hervorgegangen sei. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass die CSU bei Regierungsbeteiligung immer besonders schlecht abgeschnitten

sie von lokalen Situationen sehr profitiert hätten. Die Generalsekretärin: „Die Freien Wähler werden sich sehr schwer tun, ein landespolitisches Profil zu gewinnen. Sie haben, was die landespolitische Strahlkraft anbelangt, eher verloren. Es gibt keine verbindenden Botschaften, die Vorgehens- und Denkweisen sind doch sehr unterschiedlich.“

Örtliche Themen

In punkto Wahlverhalten erklärten 79 % der von Infratest DIMAP befragten bayerischen Bürger, dass sie bei den Kommunalwahlen auch einmal andere Parteien als bei der Landtagswahl wählen, fuhr Haderthauer fort. Die Wahl entscheidenden Gründe waren für 90 % die Kandidaten und für 73 % die politischen Aussagen zu den örtlichen Themen. Eine längerfristige Parteienbindung war für 43 % Wahl entscheidend, für 38 % der Wahlkampf. Für 78 % stand die Kommunalpolitik im Mittelpunkt, für 12 % die Landespolitik und für 9 % die Bundespolitik. Dennoch sei folgendes festzustellen: „Wir verfolgen eine nachlassende Bindungswirkung der Volksparteien, die nicht ausschließlich mit der Großen Koalition zusammenhängt. Die frühere Begeisterung, CSU zu wählen, ist ausgeblieben. Es wäre aber zu kurz-sichtig, diesen Umstand an Einzelthemen festzumachen.“

Besinnen auf die eigene Stärke

Die Überlegung laute: „Machen wir Selbstmord aus Angst vor dem Tod oder besinnen wir uns auf unsere Kraft, Stärke und Geschlossenheit? Jeder, so Haderthauer, müsse bei sich selbst beginnen. Mit dem Lamentieren müsse jetzt endlich Schluss sein: „Wir müssen über alles reden, was uns beschäftigt, aber es ist auch wichtig, zu unserer alten Professionalität geschlossen zurückzufinden. Schließlich sind wir immer noch die Besten für Bayern, weshalb wir auch an unsere eigenen Qualitäten glauben müssen!“

CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid hieb in dieselbe Kerbe. Auch er sprach von „mangelnder Euphorie“ und davon, dass man um jede einzelne Stimme kämpfen müsse.



Das Podium beim KPV-Landesvorstand (v. l.): Christine Haderthauer, Luitpold Braun, Georg Schmid und Florian Hahn. Bild: Ingrid Bauernschuster

großer Standfestigkeit habe sich dieser als Vorsitzender 14 Jahre lang „kompetent, solide und seriös“ für die Belange der Kommunalpolitik eingesetzt.

Kein Erklärungsmuster

Was den Ausgang der Kommunalwahlen anbelangt, sei die Unterschiedlichkeit vieler Ergebnisse augenscheinlich, so die Generalsekretärin. Es gebe kein wirkliches Erklärungsmuster. Tatsache sei, dass die Zahl der CSU-Landräte gegenüber 2002 gleich geblieben ist. Freilich sei eine „gewisse Dynamik“ nicht von der Hand zu weisen. Die CSU habe nunmehr einen Oberbürgermeister mehr in ihren Reihen, die SPD wiederum verzeichne ihr „historisch schlechtestes Ergebnis“. Fakt sei allerdings auch, dass die CSU im Bereich der Gemeindeparlamente Einbußen verzeichnen musste.

Christine Haderthauer machte darauf aufmerksam, dass man nicht nur die Kommunalwahl 2002 als Vergleichsmaßstab nehmen sollte. Damals habe es eine bayerische Sondersituation ge-

ten habe. Dass sie jetzt auch Partner in der Großen Koalition sei, mache die Sache nicht einfacher. Das „noch größere Problem mit dem eigenen Profil“ habe sich stets nachteilig auf die Kommunalwahlen ausgewirkt.

In ihrer Analyse stellte die „Generalin“ zudem fest, dass es bei Kommunalwahlen noch nie so viele Bewerber und Listen gab wie dieses Mal. Nicht selten hätten es Amtsinhaber mit sechs oder sieben Gegenkandidaten zu tun gehabt. Von den Verlusten der Volksparteien hätten in erster Linie die Grünen, FDP und lokale Wählergruppen profitiert. Letztere - „oft Fleisch vom eigenen Fleisch“ - schlossen sich nicht selten aufgrund einer „eigenen problematischen lokalen Situation“ zusammen. Die Folge: Fehlende Prozente für die CSU.

Die zum Landesverband der Freien Wähler gehörenden Kandidaten konnten wiederum „nicht in der Weise hinzugewinnen, wie das möglicherweise viele geglaubt haben“, so Haderthauer. Das Thema Freie Wähler brauche man „nicht zu hoch hängen“, es sei zu berücksichtigen, dass

Mehr Lehrer und kleinere Klassen

Staatsregierung und CSU-Fraktion setzen Bildung als Eckpunkt einer Werteoffensive

Mit 63 zusätzlichen Millionen Euro für die Verbesserung der Schulen aller Stufen will die Bayerische Staatsregierung ihre „Werteoffensive“ beginnen. Entsprechende Beschlüsse hat die CSU-Landtagsfraktion vergangene Woche gefasst. Sie erhalten voraussichtlich am 16. April mit der Verabschiedung des Nachtragshaushalts 2008 durch das Parlament die gesetzliche Grundlage. Die Bildungspolitik vom Kindergarten bis zur Hochschule hat nach allen Erklärungen erste Priorität.

Nahezu das gesamte Kabinett mit Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein an der Spitze nahm letzte Woche an der CSU-Fraktionsitzung im Maximilianeum teil, in der die Bildungsfragen im Mittelpunkt standen.

Alle Anträge können genehmigt werden

Kultusminister Schneider stellte die zusätzlichen Millionen unter das Motto, „wir investieren in die Kinder im Bildungsland Bayern“. Mit zusätzlichen 1.021 Lehrerstellen könne im kommenden Schuljahr die Schülerzahl in den Klassen zunächst in Richtung 33 und binnen fünf Jahren auf 30 gesenkt werden.

Allein an 175 zusätzlichen Hauptschulstandorten würden ab

Herbst „gebundene“ Ganztagsklassen eingerichtet, ferner an 30 Förderschulen. Alle vorliegenden Anträge könnten genehmigt werden. An anderen Schulen werde die Mittagsbetreuung merklich ausgeweitet. Mit den zusätzlichen Lehrkräften werde es auch ermöglicht, Fachkräfte aus den Grundschulen an weiterführenden Schulen zur Beratung und „begabungsgerechten“ Betreuung der aus der 4. bzw. 5. Klasse übertretenden Kindern zu delegieren.

Aus Sicht der Opposition handelt es sich um eine Mogelpackung, wie Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) sagte; die CSU besitze kein Konzept für eine zukunftsweisende Bildungspolitik in Bayern. Simone Tolle (Grüne) erachtete die CSU-Bildungspläne

als Panikattacke vor der Landtagswahl. Sie stütze sich u.a. auf eine Stellungnahme des Bayerischen Lehrerverbands (BLLV), der zwar die zusätzlichen Lehrerstellen begrüßte, aber beanstandete, es werde nur an einzelnen Schwachpunkten herumgedoktert.

Herausragendes Markenzeichen

Für die CSU sprach Prof. Dr. Gerhard Waschler von einem sehr kraftvollen Signal zur Herabsetzung der Klassenhöchststärken. Die Fraktion stehe einstimmig zum Konzept. Parteivorsitzender und Finanzminister Huber nannte die Bildungspolitik ein herausragendes Markenzeichen bayerischer Politik. Das zusätzliche Geld werde zunächst dem Programm „Bayern 2020“ entnommen. In späteren Haushaltsjahren werde das Ganze aus Steuereinnahmen refinanziert, so dass an keiner anderen Stelle gekürzt oder gespart werden müsse. **rm**

GZ

Kolumne

Anne-Marie von Hassel

über viele Jahre fanden Sie an dieser Stelle die Kolumnen von Luitpold Braun, Hanns Dorfner, Maximilian Gaul und Gerhard Weber. Nachdem die Kommunalpolitische Vereinigung neu gewählt hat, wird sich auch für die Bayerische Gemeindezeitung einiges ändern. Darüber werden wir Sie in den nächsten Ausgaben unterrichten.

Zunächst ist aber unserem langjährigen Herausgeber und Kolumnisten sowie seinen drei Stellvertretern herzlich zu danken. Diese vier Männer haben mutig und offen jene Themen angeschnitten, die der kommunalen Familie am Herzen lagen. Nicht immer erfuhren sie damit von allen Seiten uneingeschränkte Zustimmung. Es gab jedoch weder



und Ereignisse, die für die bayerische - ja die bayerische! - Kommunalpolitik von Relevanz sind. Dabei spielen parteipolitische Kabalen ausdrücklich keine Rolle. Wer sich in der Kommunalpolitik ehrlich engagiert, muss über alle Facetten eines Problems gleichermaßen sorgsam informiert sein. Gemeinsam haben wir uns einen sehr guten Namen damit gemacht, dass wir uns niemals für parteipolitische

Grabenkämpfe missbrauchen ließen. In dieser langen Zeit, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bayerischen Gemeindezeitung mit Luitpold Braun beruflich verbunden waren, entstand aus der verlässlichen dienstlichen Beziehung eine herzliche Freundschaft.

Landrat Braun hat sich - ebenso wie seine drei Stellvertreter - jederzeit als politisch hoch kompetenter Partner bewiesen. Davon profitierten nicht zuletzt Sie als Leserinnen und Leser unseres Fachblattes. Sie können sich darauf verlassen, dass die hohe Qualität dieser Kolumnen Maßstab bleibt für künftige Veröffentlichungen an dieser Stelle.

Mit dem Dank für eine jederzeit zuverlässige Zusammenarbeit, viele interessante Kolumnen und hervorragende Ratschläge verbinde ich alle guten Wünsche für persönliches Wohlergehen. Ich hoffe, dass künftig die Zeit bleibt, die in der Vergangenheit zu knapp war, um all jene Pläne zu realisieren, die auf der „To-do-List“ offen geblieben sind.

Ein herzliches „auf Wiedersehen“!

Anne-Marie von Hassel

Der kommunalen Familie eine Stimme verleihen!

Tabus noch einen Maulkorb - von keiner Seite. So gelang es, den berechtigten kommunalen Anliegen eine Stimme zu verleihen und Gehör zu verschaffen.

Genau dafür wurde die Bayerische Gemeindezeitung vor fast 60 Jahren gegründet. Dass sie in dieser Tradition bis heute stehen kann, ist zu einem Großteil der Kommunalpolitischen Vereinigung und ihren Repräsentanten zu verdanken. Die klare Zielsetzung dieses Blattes war und bleibt die seriöse Fachbe-richterstattung über alle wichtigen Themen

Die Stimmung sei in der Tat schon einmal besser gewesen.

Das eigentliche Dilemma sei, „dass die Menschen in schwierigen Zeiten Einschnitte hingenommen haben, es jetzt wieder mit Deutschland aufwärts geht, die Bürger aber nicht davon profitieren“, betonte Schmid. Während die Löhne stagnierten, erhöhten sich die Lebenshaltungskosten. Ziel müsse es deshalb sein, dem Land zu wirtschaftlicher Prosperität zu verhelfen und gleichzeitig den sozialen Ausgleich zu schaffen. „Ansonsten verlieren wir jede Wahl“, prognostizierte der Fraktionschef. Steuersenkungen seien unumgänglich.

Zentrale Projekte

„Die Entscheidung gegen den Transrapid ist für den Wirtschaftsstandort äußerst bedauerlich“, bemerkte Schmid, der befürchtet, „dass sich dies auch auf andere Leitprojekte wie zum Beispiel die 3. Startbahn ausdehnen wird“. Die CSU dürfe sich diese zentralen Projekte nicht aus der Hand nehmen lassen. Schmid: „Die Leute wollen Führung, selbst wenn der Wind rau weht.“ Irgendwann müsse ein Schnitt gemacht werden und dann gelte nur noch der Blick nach vorn. Die Vergangenheit sei ad acta zu legen und der politische Gegner zu bekämpfen. Dieser dürfe nicht in den eigenen Reihen gesucht werden. Die Stärke der CSU sei schon immer die Geschlossenheit gewesen - „gerade in Zeiten, als es eng wurde“.

Konsultation vor Konnexität

Erwartet würden letztlich eine klare Linie und ein klarer Kurs, so Schmid. Es gehe um die Frage der Glaubwürdigkeit. Die wahren Probleme des Landes wie der Bildungsbereich müssten angesprochen werden. Die Maxime laute: „Sauberes Konzept vorlegen und sauber abarbeiten!“ In diesem Zusammenhang plädierte der Fraktionsvorsitzende dafür, „den Begriff der Konsultation vor die Konnexität zu stellen“.

Schmid's Fazit: „Wenn wir kla-

gen, klagen die Leute mit. Aber wenn wir die Probleme miteinander angehen, bekommt der Bürger auch wieder Vertrauen zu uns.“ Das Zu- und Vertrauen habe in der Vergangenheit etwas gefehlt, der Abstand zwischen Bürger und Politik sei zu groß

geworden, räumte der Fraktionschef ein, und: „Vielleicht müssen wir auch wieder ein bisschen mehr zuhören.“ Dann ist Georg Schmid auch nicht bange, „am 28. September wieder ein gutes Ergebnis für die CSU zu erreichen“. **DK**

Integrierte Entwicklung fördert Zusammenarbeit

Zukunftskonzept zur Stärkung des ländlichen Raums

Bayern setzt bei der Entwicklung seiner ländlichen Räume verstärkt auf interkommunale Zusammenarbeit und unterstützt diese mit der Integrierten Ländlichen Entwicklung. „Immer mehr Gemeinden erkennen, dass man mit überörtlichen und sektorübergreifendem Engagement den eigenen Lebensraum besser gestalten kann und weiter kommt als mit Kirchturmdenken“, sagte Landwirtschaftsminister Josef Miller in Kirchdorf an der Amper.

Im Landkreis Freising haben neun Gemeinden das erste oberbayerische „Integrierte Ländliche Entwicklungskonzept“ (ILEK) für den Kulturraum Ampertal entwickelt. „Mit diesem Zukunftskonzept wird es Ihnen gelingen, die Region vital zu erhalten und als Lebensraum weiter zu entwickeln“, sagte der Minister bei der Übergabe des Konzepts. Die Verwaltung für Ländliche Entwicklung fördere solche interkommunale Zusammenarbeit aktiv. So entstehen seinen Angaben zufolge handlungsfähige Größenordnungen für vielfältige Entwicklungsprozesse. „Die Sicherung der Zukunft unserer ländlichen Räume ist und bleibt eine der zentralen politischen Aufgaben“, so der Minister.

Ideales Instrument

Mit der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) verfügt der Freistaat laut Miller dazu über ein ideales Instrument. Es wurde aus dem Vorläufer „Regionale Landentwicklung“ weiterentwickelt und hat inzwischen europaweit Vorbildcharakter. Erfolgsfaktor ist dabei vor allem, dass gezielt auf die Kreativität und die Eigeninitiative der Gemeinden und der dort lebenden Menschen sowie auf die Kernkompetenzen der Verwaltung für Ländliche Entwicklung gesetzt wird: auf fach- und gebietsübergreifende Pla-

nungsansätze, auf Bürgermitwirkung, den unmittelbaren Umsetzungsbezug und das Landmanagement mit zielgerichteter Bodenordnung.

70 kommunale Allianzen

Bayernweit betreut die Verwaltung für Ländliche Entwicklung derzeit 70 kommunale Allianzen mit rund 500 Gemeinden - ein Viertel aller bayerischen Kommunen. Seit 2005 sind 27 neue ILE hinzugekommen, 19 davon haben bereits ein ILE erarbeitet. Ein solches Konzept ist die Strategie zur Bündelung der Kräfte, zur Lösung gemeindeübergreifender Herausforderungen und zur Erhöhung der Wertschöpfung. Damit werden die Umsetzungsinstrumente und Förderprogramme räumlich und fachlich koordiniert.

„Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger verstärkt die Ausrichtung an den lokalen Bedürfnissen und erhöht gleichzeitig die Identifikation mit den Ergebnissen“, so Miller. Die Projekte umfassen alle Lebensbereiche: von Einrichtungen für Freizeit- und Erholung über die Verbesserung der Infrastruktur und des Hochwasserschutzes, die Unterstützung der Landwirtschaft oder die Schaffung gemeindeübergreifender Biotopnetzwerke bis hin zur Ausweisung interkommunaler Gewerbegebiete. □

Abschied und Neubeginn ...

(Fortsetzung von Seite 1)
von Ebenen, „die letztlich Über- und Unterordnung bedeuten“, sondern von den vier Säulen der CSU gesprochen worden. Jeder, der in der KPV erfolgreich arbeiten will, müsse folgenden Grundsatz beherzigen: „Die Interessenabwägung zwischen den vier kommunalen Säulen – Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke – muss stimmen.“ Hier im Einvernehmen zu sein, sei freilich nicht immer ganz einfach, wie u. a. die Vorgespräche zum kommunalen Finanzausgleich immer wieder zeigten.

Glückliches Aschheim

Als Gemeinde mit besonderer Strahlkraft gilt der Tagungsort Aschheim bei München. Wie 1. Bürgermeister Helmut Englmann in seinem Grußwort betonte, bietet die Einpendlergemeinde Aschheim mit seinen über 7.600 Einwohnern über 9.000 Arbeitsplätze. Aschheim baute in den vergangenen Jahren seine Infrastruktur intensiv aus. Durch gezielte Ansiedlung von Gewerbebetrieben und der High-Tech-/Modeindustrie (BMW-Versuchsanlage, Escada) wurden neue Arbeitsplätze geschaffen und die wirtschaftliche Lage gefestigt. Der Bohrbeginn für ein Geothermieprojekt steht kurz bevor.

Aschheim zeichnet sich aber auch durch eine gute Wohnqualität, vielfältige kulturelle Veranstaltungen und zahlreiche Sport- und Freizeitmöglichkeiten aus. Hinzu kommt, dass die Gemeinde außerordentlich familienfreundlich ist. In Aschheim wurde die Kinderbetreuung zu einem hohen Standard ausgebaut, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert.

Die Zufriedenheit der Bürger schlug sich erneut im Wahlergebnis nieder: 12 Mitglieder gehören der CSU-Fraktion an, fünf der SPD und drei den Freien Wählern. Den Ersten, den Zweiten und den Dritten Bürgermeister stellt die CSU - und das seit vielen Jahren. **DK**

Neue politische ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Zahlen und Halbwahrheiten hinter Licht zu führen. Es geht darum, unvoreingenommen an Sachfragen heranzugehen und schnell die Weichen wieder richtig zu stellen.“

Bildungspolitik

Dazu zählt auch und gerade die Bildungspolitik, wie der Stellvertretende FW-Landesvorsitzende Michael Piazzolo bemerkte. Während die CSU hier einen Schlingerkurs fahre, hielten die Freien Wähler Kurs. Während vor der Wahl 2003 ein Festhalten am G9 versprochen wurde, habe die CSU danach hektisch und ohne Vorbereitung das G8 eingeführt und noch gleich das Büchergeld darauf gesetzt. Während das eine inzwischen wieder zurückgenommen wurde, sei das andere „zum Pflegefall“ geworden. Der jahrelange Sparkurs habe darüber hinaus zu einem Lehrermangel ohne gleichen geführt. Piazzolo: „Wer nun wie die CSU glaubt, wenige Monate vor der Wahl durch eine sogenannte Bildungsoffensive die Versäumnisse von jahrelang verfehlter Bildungspolitik umkehren zu können, bei dem ist die Versetzung im Herbst akut gefährdet!“

Der Sprecher des Arbeitskreises Bildung, Christian Kögl, ergänzte: „Die CSU macht Bil-

Gemeinschaftsleistung

Dem KPV-Erfolg während seiner Amtszeit liege letztlich eine ausgeprägte Gemeinschaftsleistung zugrunde, führte Braun aus. Er schloss seine Ausführungen mit einem Dank an die kommunale Familie, einem „herzlichen Glückauf“, und verabschiedete sich mit der Botschaft „Gott mit Dir Du Land der Bayern“.

KPV-Bundesvorsitzender Peter Götz, der es sich ebenfalls nicht nehmen ließ, sich von seinem langjährigen Stellvertreter zu verabschieden, sprach von einem „menschlich guten Einvernehmen“ mit Luitpold Braun. Dieser sei stets „ein wertvoller, weil ehrlicher und wichtiger Ratgeber“ gewesen.

Kommunalverantwortliche stärken

Als „eine Reihe von Themen, die uns in den nächsten Jahren noch intensiv beschäftigen werden“, nannte Götz u. a. die Finanzentwicklung der Kommunen, die Auswirkungen europäischer Entscheidungen (Stichwort EU-Richtlinie im Konzessionsbereich), die Versorgung des ländlichen Raums (Stichworte Netzentgelt, schneller Internetzugang) sowie Überlegungen zur Organisationsform von Hartz IV.

„Es wird schwieriger werden, auch Bindungen an Parteien zu halten“, prognostizierte der Bundesvorsitzende. Deshalb sei es Aufgabe der KPV, „auch dafür zu sorgen, dass die Kommunalverantwortlichen gestärkt wer-

den“, denn: „Wenn die kommunale Basis funktioniert, haben auch die anderen politischen Ebenen im Land, im Bund und in Europa eine bessere Ausgangsbasis.“ „Der Schlüssel liegt bei Ihnen“, so Götz an die Adresse der zahlreichen Delegierten.

Konstruktiver Dialog

Im konstruktiven Dialog mit der kommunalen Familie und der Bayerischen Staatsregierung habe die KPV die Kommunalpolitik in Bayern unter Brauns Vorsitz in den letzten 14 Jahren erfolgreich mitgestaltet, führte Bayerns Finanzstaatssekretär Georg Fahrenschon in seiner Festrede aus. Als Landrat sei es Luitpold Braun gelungen, die Finanzen „seines“ Landkreises Weilheim-Schongau trotz erheblicher Investitionsleistungen zu konsolidieren. „Geschult“



Mit einem kostbaren Moriskentänzer bedankte sich Staatssekretär Georg Fahrenschon namens der CSU bei Landrat Luitpold Braun für dessen langjähriges Engagement. □

durch diese Erfahrungen sei dann das Bemühen um eine sachgerechte Finanzausstattung aller Kommunen auf Landes-

sich die Kommunen in immer anspruchsvollerem Maß zu stellen haben. Hier stiegen nicht nur die Fallzahlen, sondern wiederum



Auf dem Podium (v. l.): KPV-Geschäftsführer Florian Hahn, Gerhard Weber, Luitpold Braun, Peter Götz und Aschheims Bürgermeister Helmut J. Englmann. □

Hart an der Schmerzgrenze ...

(Fortsetzung von Seite 1)
steigt im Tarifgebiet West auf 39 Wochenstunden. Ausgenommen hiervon ist der Bereich der Krankenhäuser. Hier bleibt es mit Ausnahme von Baden-Württemberg bei 38,5 Stunden.

Die Vergütungen der Auszubildenden werden ab 1. Januar 2008 um 70 Euro erhöht. Für die Versorgungsbetriebe sind ergänzende Regelungen vorgesehen, unter anderem steigt in diesem Bereich die Wechselschichtzulage auf 200 Euro und die Schichtzulage auf 130 Euro. Für die Krankenhäuser nehmen in 2008 die Tabellenentgelte um 50 Euro sowie zusätzlich um 1,6 Prozent zu. Zum 1. Januar 2009 steigen die Tabellenentgelte um

4,3 Prozent. Im Tarifgebiet West wird das Leistungsentgelt von 1 Prozent ausgesetzt und eine bislang gewährte Zulage um 10 Euro monatlich reduziert.

„Die vereinbarten Entgeltsteigerungen einschließlich des Sockelbetrages wird die Beschäftigten freuen, gerade nach drei Jahren ohne lineare Steigerungen. Im Bereich der unteren Entgeltgruppen wird dies aber einen erneuten Druck auf Arbeitsplatzabbau und Privatisierung geben. Auch der öffentliche Personennahverkehr mit seinen Arbeitsplätzen wird steigendem Konkurrenzdruck ausgesetzt sein“, erläuterte Böhle. „Für die kommunalen Krankenhäuser ist es gelungen, eine Teilentlastung und zeitliche Streckung zu erreichen. Der Gesetzgeber ist nun endlich gefordert, die finanziellen Rahmenbedingungen der Krankenhäuser nachhaltig zu verbessern. Wir werden dies mit Nachdruck einfordern.“

Streiks abgewendet

„Die Städte sind erleichtert, dass mit dem Kompromiss für die Bürgerinnen und Bürger Streiks abgewendet werden konnten, aber die finanziellen Auswirkungen liegen über dem, was wir erwartet haben“, kommentierte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger die Einigung in den Tarifverhandlungen. „Der Abschluss wird die kommunalen Haushalte stark belasten, das gilt insbesondere für Städte in strukturschwachen Regionen und für Städte mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und hohen sozialen Ausgaben“, ergänzte der Präsident des Deutschen Städtetags, Christian Ude.

Als Erfolg wertete Schaidinger, dass in der umkämpften Frage der Arbeitszeiten eine Verlängerung auf 39 Stunden erreicht werden konnten. Die Anpassung der Arbeitszeiten sei ein Beitrag für mehr Gleichbehandlung von Tarifbeschäftigten und Beamten. Allerdings, so räumte der Vorsitzende ein, verursachten die Tarifierhöhungen für die Kommunen erhebliche Mehrkosten. Der Städtetag befürchtet, dass bei der

einen oder anderen Stadt Gebührenerhöhungen wohl nicht ausgeschlossen werden können.

Der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst kostet die Kommunen 8 Milliarden Euro – „ein Betrag, der für viele Städte über die Schmerzgrenze hinausgeht“, hieb der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, in dieselbe Kerbe. Vielen Kommunen werde gar nichts anderes übrig bleiben, als Gebühren und Beiträge anzuheben.

Geld fehlt für notwendige Investitionen

„Das Geld wird fehlen für notwendige Investitionen zum Beispiel in Schulen und Kindergärten“, kritisierte Landsberg. Die Hoffnung der Gewerkschaften auf flächendeckend beitragsfreie Kindergärten rücke in ferne Zukunft. Auch die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs sei gefährdet. Dieser könne, anders als die Privatwirtschaft, erhöhte Lohnforderungen nicht aus höheren Gewinnen finanzieren.

Als „positiv“ bewertete der DStGB, dass es gelungen sei, einen Einstieg in die Verlängerung der Wochenarbeitszeit zu finden. Insgesamt sei es ein gutes Signal, dass ein flächendeckender Streik vermieden werden konnte, der die Bürger letztlich nur belastet und bei längerer Dauer zu einem Schaden für den Wirtschaftsstandort Deutschland geführt hätte.

Enttäuscht über die Inhalte der Einigung zeigte sich der Deutsche Landkreistag. DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) sagte: „Die Einigung beschert den kommunalen Haushalten neue Lasten und könnte zu weiteren Privatisierungstendenzen führen. Zudem hätte die Leistungsorientierung der Vergütung ausgebaut und die Wochenarbeitszeit auf mindestens 40 Stunden vereinheitlicht werden müssen.“ Im Übrigen sei es der Verhandlungsführung auf der kommunalen Arbeitgeberseite nicht förderlich, wenn dem Tarifpartner gegenüber ein unbestimmtes Verhalten erkennbar werde. **DK**

ebene und darüber hinaus zu „seinem“ Thema geworden.

Das Miteinander von Land und Kommunen müsse „Maxime unseres Handelns“ bleiben, betonte Fahrenschon. Viele neue Herausforderungen strömten auf Bürgermeister und Landräte ein. Zunächst sei hier an die zunehmende Mobilität der Menschen zu denken. Die Arbeitsplatzwahl bestimme heute vielerorts die Ortswahl, nicht mehr umgekehrt. Hieraus resultiere eine große Fluktuation der Bevölkerung. Die Kommunen hätten hierauf zu reagieren, immer wieder sei Integrationsarbeit zu leisten.

Viel stärker als je zuvor beschäftigte die Kommunen heute zudem der stetige Wettbewerb um neue Investoren und Arbeitsplätze. Die Kommunalpolitik stehe hier unter einem ständigen Druck. Die Konkurrenzsituationen seien dabei nach den Grenzöffnungen und in der globalisierten Wirtschaft immer vielfältiger geworden. Die Gemeinden und Städte stünden nicht mehr nur mit ihren örtlichen Nachbarn im

auch Standards und Anforderungen an die Aufgabenerfüllung.

Verwobenheit von Land und Kommunen

„Wie kaum in einem anderen Bereich zeigt sich die Verwobenheit von Land und Kommunen wie bei den Kommunal финанzen“, fuhr Fahrenschon fort. Am Beispiel des Konnexitätsprinzips zeigte sich besonders deutlich, „dass Freistaat und Kommunen in einem Boot sitzen“. Beide Seiten müssten hier fair und pragmatisch gemeinsame Lösungen finden – siehe Kinderbetreuung.

So soll es für Kinder unter drei Jahren bis 2013 ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot geben, das voraussichtlich rund 60.000 zusätzliche Plätze erfordert. Fahrenschon: „Die hierzu erforderlichen Investitionen werden wir mit einem umfangreichen Sonderprogramm fördern. Bundesmittel zur Investitionskostenförderung in Höhe von 340 Millionen Euro werden im Rahmen des Sonderprogramms

Der neue KPV-Landesvorstand

Vorsitzender: Stefan Rössle
Drei Stellvertreter: Für die Landkreise Georg Huber, für die Städte Gerhard Weber, für die Gemeinden Heinrich Lenz
Repräsentant der Bezirke: Manfred Hölzlein
Zwei Schriftführer: Dr. Klemens Gsell und Christoph Göbel
Zehn weitere Mitglieder: Gerhard Preß, Josef Loy, Gertrud Schmidt-Podolsky, Franz Schwarz, Alois Scherer, Prof. Dr. Ulrich Reuter, Robert Brannekämper, Johann Stadler, Maximilian Gaul, Heinrich Bachmann
Zehn Mitglieder im Hauptausschuss: Franz Meyer, Roswitha Nöbauer, Ilse Weiß, Dr. Stefanie Hentschel, Josef Zimmermann, Bernd Wanka, Rudi Janisch, Kaspar Rager, Josef Lampersdorfer, Herbert Hofmann. □

Wettbewerb, sondern in Grenznähe auch mit solchen aus Österreich und Tschechien und in bestimmten Branchen mit Standorten weltweit.

Ansprüche der Bürger

Hinzu träten die gestiegenen Ansprüche der Bürger an eine bedarfsgerechte Daseinsvorsorge und Infrastruktur, machte der Staatssekretär deutlich. Bei dem Werben um die Menschen gehe es aber zusätzlich auch um das Angebot möglichst zeitgemäßer und attraktiver sozialer, kultureller und sportlicher Angebote. Letztlich sei auch an die sozialen Problemfälle zu denken, denen

vollständig an die Kommunen weiter geleitet.“ Zusätzlich investiere der Freistaat zur weiteren Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots aus eigener Kraft 100 Millionen Euro in den Platzausbau und rund 40 Millionen Euro in Sprachförderung und Qualitätsverbesserung. Laut Staatssekretär trägt das Sonderprogramm zu einer erheblichen Entlastung der Gemeinden bei. Ein entsprechend großzügiges staatliches Angebot sei derzeit einzigartig im Vergleich zu den anderen Bundesländern.

Was die Gewebesteuereinnahmen anbelangt, ist Fahrenschon zufolge für das Jahr 2008 „nicht (Fortsetzung nächste Seite)

Prof. Thomas Bauer beim Unternehmertag des Bayerischen Bauindustrieverbandes:

2008 wird ein gutes Baujahr in Bayern

(bbiv) München. „Am Bau in Bayern geht es nachhaltig aufwärts“ stellte Prof. Thomas Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, in seiner Rede beim Unternehmertag 2008 der Bayerischen Bauindustrie in München fest. Der Auftragszuwachs von acht Prozent in Bayern im Jahr 2007 ist zudem eine gute Ausgangsbasis für das laufende Jahr. Stolz ist Bauer auch, dass die Baubeschäftigung in Bayern erhöht werden konnte. Allerdings hat die bessere Baukonjunktur die Gewinnmarge der Bauunternehmen nicht verbessert. Schuld daran sind die gestiegenen Baupreise aufgrund explodierender Baukosten.

Als wichtiges Zukunftsanliegen der bayerischen Bauindustrie sieht Bauer den Ausbau des Schienennetzes in Bayern an. Ein international konkurrenzfähiger Industriestandort braucht ein leistungsfähiges Schienennetz auf allen Ebenen, so Bauer.

Hochgeschwindigkeitsnetze

Leistungsfähige Hochgeschwindigkeitsstrecken zu den europäischen Metropolen und Wachstumsregionen, begründete und beschleunigte Verbindungen im interregionalen Schienenverkehr in Bayern und ebenso einen leistungsfähigen Nahverkehr - Stadtbahnen in den Städten und einen attraktiven Schienenverkehr als Ergänzung und Alternative zur Straße im Ländlichen Raum. Um Bayern und Deutschland herum wachsen die europäischen Hochgeschwindigkeits-Bahnnetze he-ran. „Bayern“, so Bauer, „droht zu einem weißen Fleck im europäischen Schnellbahnnetz zu werden“.

Vergabe durch die Länder

Bauer plädierte in diesem Zusammenhang auch dafür, die

Verantwortung für die Bahn-Streckenplanung den Ländern zuzuordnen, ähnlich wie die Auftragsverwaltung im Fernstraßenbau, die in Bayern durch die Oberste Baubehörde und die Autobahndirektionen hervor-ratet.



Prof. Thomas Bauer. □

gend gemacht wird. Bauer: „Es ist für Bayern ein Nachteil, dass in Deutschland die Bahn zentral von Berlin aus geplant wird.“ Die guten Erfahrungen, die Bayern mit seiner Obersten Baubehörde gemacht hat, sollten auch auf den Eisenbahnbau in Bayern übertragen werden.

Das bayerische Schienennetz, so Bauer, sei im Wesentlichen noch so, wie es zu Zeiten König Ludwigs I. schon war. Neu ist lediglich die ICE-Verbindung München-Ingolstadt-Nürnberg. Dreißig Landkreise und kreisfreie Städte in Bayern - mehr als ein Drittel des Freistaats, sind so weit weg vom ICE-Bahn-Netz, dass die Fahrt zum nächstgelegenen ICE-Bahnhof mit dem Auto mindestens eine halbe Stunde dauere. Es gibt sogar zehn Landkreise, bemängelte der Präsident, in denen es über eine Stunde dauern würde, um in den nächstgelegenen ICE einsteigen zu können. „Das macht niemand! Das ist ein erheblicher Standortnachteil.“

Besonders bedauerte Bauer, dass der Bayerische Transrapid, der den Münchner Hauptbahnhof mit dem Flughafen Franz Josef Strauß verbinden sollte, jetzt doch nicht gebaut wird: „Wir haben es nicht geschafft, ein deutsches Hochtechnologie-Produkt in Deutschland zu bauen.“

Schuld ist die Bahn

Schuld an der Kostenexplosion ist für Bauer eindeutig die Bahn: „Sie konnte bereits im Herbst 2007 abschätzen, dass der angestrebte Kostenrahmen von 1,85 Mrd. Euro nicht ausreichen wird. Das hätte sie klar sagen müssen. Dann hätte man über andere, kostengünstigere Lösungen diskutieren müssen.“ Die beteiligten Baufirmen haben ihre Aufgabe, die Baukosten der

von Politik und Bahn gewünschten Variante zu kalkulieren, jedenfalls sachgerecht erfüllt, stellt Bauer fest. „Dass sie Millionen in die Projektkalkulation gesteckt haben, ist ihnen hoch anzurechnen“ (vgl. nebenstehenden Kasten).

Transportproblem bleibt

Das Transportproblem, das der Transrapid optimal gelöst hätte, die effiziente Schienenanbindung des Münchner Flughafens an den Hauptbahnhof, besteht fort, beklagt Bauer. „Wir stehen jetzt wieder ganz am Anfang - ohne Planung, ohne Finanzierungskonzept. Jede denkbare Lösung wird für Bayern und für die Stadt München aber teurer werden: Sie müssen sie alleine finanzieren - ohne den Bund“.

Hauptverkehrsträger ist und bleibt die Straße

Der Hauptverkehrsträger ist und bleibt die Straße, stellte Bauer fest. Aber unsere Straßen können diese Lasten schon heute nicht mehr bewältigen. Mobilität wird zwar bei uns hoch geschätzt, aber wenn es darum geht, ihr die Wege bereitzustellen, dann wird „gespart“. Bauer: „Das ist kurzfristig, weil so die Mobilität ihre Wachstums- und Wohlstandsimpulse nicht liefern kann. Gefordert ist hier hauptsächlich der Bund. Bauer: „Wir brauchen endlich leistungsfähige Ost-West-Achsen in die dynamischen Wirtschaftsräume nach Osteuropa. Und wir brauchen endlich weitere leistungsfähige Bundesstraßen als Querverbindung zu unseren Autobahnen. Hauptzweck ist es, die Landeshauptstadt München vom Fernverkehr zu entlasten, so wie zum Beispiel durch die B 15 neu.“ □

Bahn für Kostenverwirrung beim Transrapid verantwortlich

„Die hohen Kosten sind das Resultat einer Planung, die allein in den Händen der Bahn lag“, stellte Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, fest. Hess: „Die Bahn ist der Herr des Planfeststellungsverfahrens. Nur sie bestimmt allein die Planung“.

Die Bauindustrie ist erst im Oktober/November 2007 mit Zustellung der über 200 Ordner Ausschreibungsunterlagen in die Lage versetzt worden, die Kosten dieser Planungsvorstellungen zu berechnen. Schon zum Zeitpunkt der Realisierungsvereinbarung am 24. September 2007 bei Ministerpräsident Stoiber wusste die Bahn - und hätte es sagen müssen -, ob die Zahl 1,85 Mrd. Euro eine realistische Kostenberechnung ist oder aber nicht. Die Bahn hat bis dahin selbst rund 90 Mio. Euro für die Planung ausgegeben. Üblicherweise entsteht im Zuge einer solchen Planung eine Kostenberechnung, die die aus der Machbarkeitsstudie eines Münchener Ingenieurbüros stammende Kostenschätzung (1,85 Mrd. Euro) fortschreibt und verlässlicher macht.

Die Bahn, vertreten durch ihren Vorstandsvorsitzenden, hat die Realisierungsvereinbarung zu 1,85 Mrd. Euro aber unterzeichnet - ohne Vorbehalt.

Die Bauindustrie hat im nachfolgenden Ausschreibungsverfahren bislang rd. 5 Mio. Euro ausgegeben, um die unvollkommene Planung, die technischen Fehlannahmen und völlig unannehmbare Risikoüberwälzungen in ihren Kostenauswirkungen zu berechnen. Die Öffentlichkeit sollte sich in der weiteren Debatte einmal interessieren für die Transparenz solcher Zuständigkeiten, für die Sachkompetenz und den verantwortlichen Umgang an der Spitze solcher Planungsbehörden. Die Bahn ist in dieser hoheitlichen Aufgabe dem Bund verantwortlich und berichtet an den Bundesverkehrsminister.

„Denjenigen, der seriös kalkuliert hat, für eine dann so genannte Kostenexplosion verantwortlich zu machen, ist nicht nur zu einfach: Es ist vollkommen verkehrt!“ so Hess. „Es ist unerträglich, wie sich Politik und Wirtschaft durch den Vorstand der Bahn an der Nase herumführen lassen. Hier ist die Zeit reif für personelle Konsequenzen“.

Anmerkung der Redaktion: Unter dem Link <http://www.welt.de/wirtschaft/article1865720.html#reqNL> finden interessierte Leser auf „Welt online“ vom 3. April den ausgezeichnet recherchierten Artikel „Wie die Bahn den Transrapid ausgebremst hat“ von Nikolaus Doll und Jan Hildebrand. Offiziell hat sich die Deutsche Bahn stets als Befürworter der Magnetschwebbahn gegeben. Doch neue Unterlagen belegen: Am Scheitern der Transrapid-Strecke in München trägt die Bahn AG mehr Verantwortung als bisher bekannt. Weitere Infos unter <http://www.welt.de/wirtschaft/article1865725.html#reqNL> □

Abschied und Neubeginn ...

(Fortsetzung von Seite 4) zuletzt bedingt durch die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform“ mit einer „Stabilisierung auf hohem Niveau“ zu rechnen. Die Koalition hatte die Reform zwar so konzipiert, dass Städte und Gemeinden nicht an der Finanzierung der Nettoentlastung von fünf Milliarden Euro beteiligt werden; in der kasernenmäßigen Rechnung ergäben sich jedoch aufgrund der Senkung der Gewerbesteuerermessungszahl von maximal fünf Prozent auf einheitlich 3,5 Prozent vorübergehend Einnahmeausfälle.

Stabilisierung der Finanzen

Die Entwicklung der Steuereinnahmen und des Finanzierungssaldos zeigten, „dass sich die bayerischen Gemeinden nach den schwierigen, von Steuereinkünften geprägten Jahren 2001 bis 2003 erholt haben“, fuhr Fahrnschön fort. Die Zahlen belegten aber auch, dass Bayern insgesamt eine hohe wirtschaftliche Dynamik auszeichnet. Diese Dynamik zahle sich aus - für Bund, Länder, und Kommunen. „Für unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik, die auf Dynamik und Wachstum setzt, können wir daher sagen: Die Strategie stimmt!“; so der Staatssekretär.

Nachdem Luitpold Braun bereits im August des vergangenen Jahres angekündigt hatte, dass er für eine neue Amtsperiode nicht mehr zur Verfügung steht, kandidierte Stefan Rößle als Nachfolger. Der 44-jährige Donau-Rieser Landrat und schwäbische KPV-Bezirksvorsitzende wurde mit 96,6 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen KPV-Landesvorsitzenden gewählt. Der fünffache Familienvater, ursprünglich der Polizei im gehobenen Dienst angehörend, war von 1996 bis 2002 Bürgermeister in seiner Heimatgemeinde Oberndorf am Lech, ehe er zum Landrat

von Donau-Ries gewählt wurde. Mit 94,2 Prozent erzielte der neue KPV-Vorsitzende bei den Kommunalwahlen am 2. März das beste Ergebnis aller bayerischen Landräte.

Einige Änderungen gab es auch insbesondere bei den Wahlen zu den stellvertretenden KPV-Landesvorsitzenden: Während Regensburgs Bürgermeister Gerhard Weber wieder antrat und in seinem Amt bestätigt wurde, standen Passaus Landrat Hanns Dorfner und Roßbals Bürgermeister Maximilian Gaul nicht mehr als Stellvertreter zur Verfügung. An ihre Stelle treten Mühlendorfs Landrat Georg Huber sowie Bürgermeister Heinrich Lenz, Gemeinde Hinterschmiding, Landkreis Freyung-Grafenau (siehe auch Kasten Seite 4).

Die Menschen ernst nehmen

Seine neue Aufgabe bezeichnete der frisch gewählte KPV-Landesvorsitzende als äußerst reizvoll; er wolle auf dem aufbauen, was Luitpold Braun als Fundament gelegt habe. Es gelte, die Menschen ernst zu nehmen - Stichwort: Näher am Menschen - und auch die Mitarbeiter zu motivieren. Geradlinigkeit und Ehrlichkeit stellten Maximen seines Handels dar, sagte Rößle. Er sei dafür bekannt, seine Linie hartnäckig und konsequent zu vertreten. Es habe keinen Sinn, falsche Versprechungen zu machen. Nur so könne man langfristig bestehen. Wichtig sei es als KPV, solidarisch und geschlossen aufzutreten und eine Kommunalpolitik „mit Herz, Verstand und Leidenschaft“ zu betreiben. Auch müsse es ihr Anliegen sein, junge Kandidaten zu gewinnen und in ihnen die Lust zu wecken, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren.

Dass Rößle in seinem Landkreis Donau-Ries bereits vieles auf den Weg gebracht hat, um

riss er stichpunktartig anhand einiger Fakten und Zahlen: Über 20 Mio. Euro wurden in den vergangenen Jahren - u. a. auch im Rahmen des Bundesförderprogramms Investition, Zukunft, Bildung, Betreuung (IZBB) - in den Aus- und Umbau weiterführender Schulen und damit in die Bildung junger Menschen investiert, zudem wurden der Wirtschaftsstandort Donau-Ries durch die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ausgebaut und das Technologie Centrum Westbayern in Nördlingen weiterentwickelt. Auch sei ein Wirtschaftsreferent im Landratsamt bestellt und das Wirtschaftsforum Donau-Ries e.V. gegründet worden.

Erfolg im eigenen Landkreis

Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung gingen Rößle zufolge auch die Arbeitslosenzahlen zurück. Als Anlauf- und Beratungsstelle für die Familien im Landkreis wurde die Stelle eines Familienbeauftragten geschaffen. Wichtig war auch die Einführung der Schulsozialarbeit an den beiden Hauptschulen in Donauwörth und Nördlingen. Zudem wurde zum 1. Januar 2008 ein gemeinsames Kommunalunternehmen gegründet, unter dessen Dach nunmehr die Kliniken und Alten- und Pflegeheime des Landkreises sowie das Städtischen Krankenhaus und das Altenpflegezentrum Nördlingen zusammengeführt wurden.

Auch die touristische Entwicklung im Landkreis könne sich sehen lassen, betonte der Landrat. Landschaftlicher Höhepunkt sei zweifellos das Ries und mit ihm die geologische und landschaftliche Einzigartigkeit des 15 Millionen Jahre alten Meteoritenkraters, der seit 2006 das Prädiat Nationaler Geopark trägt. DK

Für einen europagerechten Ausbau der Verkehrswege in Bayern

„Europa wächst zusammen. Seit dem 1. Mai 2004 liegt Bayern mitten im neuen Zentrum der EU. Aber die Mobilität stößt immer noch auf alte Grenzen. Doch erst neue Mobilität macht die Osterweiterung sinnvoll.“

Senator E.H. Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes

„Die Verkehrswege des Freistaates brauchen die enge Vernetzung mit denen unserer Nachbarländer. Engpässe müssen rasch beseitigt werden.“

Prof. Thomas Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes

Mobilität braucht Infrastruktur



Bayerns Verkehrswege mit Europa vernetzen: auf der Straße, auf der Schiene, auf der Donau.



BAUINDUSTRIE BAYERN

www.bauindustrie-bayern.de

Telekomreform:

Webzugang bis in das letzte EU-Dorf

Paneuropäische Dienste und neue Angebote in allen Mitgliedsstaaten

Die von EU-Kommissarin Viviane Reding vorgestellten Pläne für den Telekommunikationsmarkt (http://ec.europa.eu/information_society) sollen zu einem härteren Wettbewerb führen. Die Kunden würden dies vor allem an günstigeren Tarifen und schnelleren Breitbandinternetzugängen merken. Ein wichtiger Punkt dabei ist die Ausnutzung der digitalen Dividende, also die Öffnung von ehemals analogen TV-Frequenzen für Webservices.

„Der Übergang zum digitalen Fernsehen bietet uns die einzigartige Chance eine breitbandige Versorgung bis in den letzten Ort Europas zu realisieren“, erläutert Rudolf Strohmaier, Kabinettschef von Kommissarin Reding, in Wien gegenüber presstext.

Mehr Transparenz und mehr Rechte für Kunden

„Bereits bei der Diskussion um die Roaminggebühren wurden vom EU-Parlament mehr Transparenz bei den Tarifen und mehr Rechte für die Kunden gefordert. Mit dem aktuellen Reformpaket wollen wir das nun umsetzen“, sagt Strohmaier. Die Bürger würden dies an neuen Angeboten merken, die den Telekommunikationsmarkt beleben und für mehr Wettbewerb sorgen. Der Wechsel des Telekommunikationsanbieters soll künftig von einem Tag auf den anderen möglich sein.

Angedacht sind paneuropäische Dienste, vergleichbar mit der Versorgung mit Satellitenfernsehen. „Der Trend geht hin zur All-IP-Kommunikation, wobei die Übertragung losgelöst von der Technologie ist. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in der die Auslieferung von Diensten unabhängig von der jeweiligen technischen Anbindung des Kunden funktioniert“, führt Strohmaier auf Nachfrage aus. Ein weiterer Schritt ist, dass Gratis-Rufnummern von allen Mitgliedsländern aus erreicht werden können. Die Notrufnummer 112 soll ebenfalls europaweit und einheitlich funktionieren.

Trennung von Netz und Dienst

Kern von Redings Vorschlägen ist die Trennung von Netz und Dienst im Telekommunikationssektor. Diese funktionale Trennung sei allerdings als ein „zusätzliches Instrument zu sehen, das die nationalen Regulierungsbehörden einsetzen können, wenn bereits umgesetzte Maßnahmen nicht fruchten und fairer Wettbewerb anders nicht herzustellen ist“, erklärt Strohmaier. Eine generelle Abkopplung der Netze, wie sie auf dem Energiesektor angebracht ist, sei für den Telekommunikationsmarkt definitiv nicht geplant. „Wir werden uns hier um die Engpässe kümmern. Es ergibt natürlich keinen Sinn in Großstädten mit drei verschiedenen Anbietern einzugreifen. In den ländlichen Gebieten mit einem einzigen Versorger jedoch schon“, sagte Strohmaier.

Kritik der Überregulierung

Die Kritik der Überregulierung

durch Brüssel lässt der Kabinettschef nicht gelten: „Wir wollen weniger, dafür eine effizientere Regulierung schaffen.“ Dafür zuständig ist die EU-Aufsichtsbehörde European Regulators Group (ERG), die übergeordnet zu den nationalen Regulierern installiert wird. Sie soll eine europaweite Koordination übernehmen und die nationalen Behörden stärken. Diese wehren sich zwar gegen die übergeordnete Stelle, allerdings hätten sie „bereits selbst erkannt, dass die Befugnisse an das eigene nationale Umfeld gebunden sind. All das, was über die eigenen Landesgrenzen hinaus geht, entzieht sich ihrer Kompetenz“, so Strohmaier. Hier sei es notwendig einen Rahmen sowie Prinzipien zu setzen, um die Mitgliedsländer auf eine Ebene zu bringen. □

Speicherung von Vorratsdaten erlaubt:**Verfassungsgericht schränkt Verwendung ein**

Behördliche Abfrage nur bei schweren Straftaten

Karlsruhe/Berlin (pte). Das deutsche Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe hat das Gesetz zur Speicherung von Telefonverbindungsdaten zum Teil außer Kraft gesetzt. Die Informationen sollen zwar weiterhin gespeichert werden, ein Zugriff auf diese Daten ist jedoch nur in Verbindung mit Ermittlungen bei schweren Straftaten zulässig, urteilen die Verfassungsschützer.

Laut der Anordnung des Verfassungsgerichts darf der Staat nur dann auf Verbindungsdaten zugreifen, wenn eine schwerwiegende Straftat vorliegt. Der Verdacht müsse zudem durch Tatsachen begründet und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise wesentlich erschwert oder gar aussichtslos sein, heißt es in Karlsruhe. Einen Datenabruf bei Taten wie dem illegalen Herunterladen von Inhalten schloss das Gericht aus. Die Speicherung der Daten an sich bleibt jedoch derzeit weiter zulässig, denn erst der Abruf dieser Informationen sei ein Eingriff in die Freiheit der Bürger, heißt es in der einstweiligen Anordnung des BVerfG. Die Ver-

fassungsschützer fordern die Bundesregierung zudem auf, dem Gericht nun bis zum 1. September einen Bericht über die praktischen Folgen der Vorratsdatenspeicherung vorzulegen.

Seit 1. Januar 2008 gilt das Gesetz, das der Terrorabwehr und Kriminalitätsbekämpfung dienen soll. Demnach müssen die Verbindungsdaten für Handy-, Festnetz- und Internetverbindungen sechs Monate lang gespeichert werden. Polizei und Staatsanwaltschaft dürfen bei der Strafverfolgung auf diese Informationen zugreifen. Gegen diese gesetzliche Speicherpflicht hatten mehr als 30.000 Bürger geklagt. Mit der einstweiligen Anordnung gibt das Gericht den Beschwerdeführern teilweise recht. „Dennoch darf nicht vergessen werden, dass allein die Speicherung Gefahren birgt. Beispielsweise könnten Dritte unbefugt auf die Daten zugreifen und somit persönliche Informationen über Personen verwenden“, sagt Joachim Jakobs, Sprecher von privatsphaere.org.

„Mit der Entscheidung ist klar geworden, dass es Grenzen gibt, an die sich auch Frau Zypries und Herr Schäuble halten müs-

Schneller und effizienter

Verwaltungen und Einwohner profitieren von modernen IT-Lösungen

Notebook, Sicherheitspaket und Personal Digital Assistant erleichtern die Aufgaben des Bürgermeisters. Durch Einsatz dieser Kommunikationsmittel sowie durch den Trend zum Outsourcing kann er sich auf die Ausübung seiner Kernaufgaben konzentrieren – zum Nutzen jedes einzelnen Bürgers. Unterstützt werden die Kommunen dabei durch die zahlreichen Angebote der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB).

Der moderne Bürgermeister braucht Kommunikationsmittel, die ihm auch auf Dienstreisen und bei der Arbeit von zu Hause zur Verfügung stehen. Ein dafür geeignetes Notebook sollte mit integrierten Modulen für Wireless LAN und UMTS ausgestattet sein, so dass eine problemlose Einwahl in das Internet möglich ist. Mobiles Arbeiten erfordert ein effektives Sicherheitspaket zum Datenschutz, da in der Regel das sicherheitskritische Internet als Übertragungsmedium genutzt wird. Dieses Sicherheitspaket sollte aus mehreren Komponenten bestehen: Alle Daten müssen verschlüsselt (über VPNs) übertragen werden. Idealerweise setzt man hierfür ein SSL-VPN-Gateway ein. Grundsätzlich sollten auf dem mobilen Gerät aktueller Virenschutz und Firewall vorhanden sein. Darüber sind Einstellungen erforderlich, die nur berechtigten Benutzern Zugriff auf das Verwaltungsnetzwerk gewähren. Hierfür bietet sich der Einsatz von Security-Token an, eine Hardwarekomponente, die eine Datenmanipulation verhindert. Wer von unterwegs schnelle Entscheidungen treffen muss, für den ist selbst die Einwahl mit einem Notebook ins Verwaltungsnetzwerk zu aufwändig. Ein PDA in Verbindung mit so genannten Push-Diensten beschleunigt den Vorgang erheblich. Hierbei werden E-Mails, Termine und Kontakte zwischen dem Mailsystem der Verwaltung und dem PDA des Bürgermeisters über das Internet synchronisiert. Durch die Aktualität der Informationen sowohl in der Verwaltung als auch auf dem PDA des Bürgermeisters ist eine optimale Zusammenarbeit mit dem Sekretariat möglich.

Notebook, Sicherheitspaket und PDA erleichtern die Aufgaben des Bürgermeisters. Diese Kommunikationsmittel ermöglichen auch bei zunehmender Mobilität die nötige permanente Bürgernähe.

Ein weiterer erfolgreicher Trend ist das Auslagern kommunaler EDV-Anwendungen auf einen externen Dienstleister im Rahmen des so genannten Outsourcing. Dabei werden Datenbank-Server nicht vor Ort in der Kommune installiert, sondern in einem zentralen Dialog-Rechenzentrum wie z.B. bei der AKDB. So müssen sich Bürgermeister und Verwaltungen weniger um den Betrieb komplexer EDV-Systeme kümmern und können mehr für ihre Kernaufgaben präsent sein. Von diesen positiven Entwicklungen profitiert am Ende jeder einzelne Bürger.

Mit uns können Sie rechnen!

Die Einführung der doppischen Buchungsweise in Kommunen, die „seit Anbeginn der Zeit“ kameral gebucht haben, ist eine Riesenaufgabe. Gut, dass wir damit Riesenerfahrung haben.

Unterhalten Sie sich mit uns. konsequent in Doppik

Herzogspitalstraße 24 80331 München

Telefon 089/5903-0 mailbox@akdb.de
Fax 089/5903-1845 http://www.akdb.de

AKDB
PARTNER DER KOMMUNEN

13. Münchner Fortbildungsseminar Geoinformationssysteme:**Richtlinien und Stadtmodelle**

Bereits zum 13. Mal veranstaltete der „Runde Tisch GIS e.V.“ unter der Leitung von Prof. Dr. Matthias Schilcher in den Räumen der TU das Münchner Fortbildungsseminar Geoinformationssysteme. Vorträge über Entwicklungen und Trends aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft sowie eine Ausstellung von mehr als einem Dutzend namhafter Firmen bildeten den Mittelpunkt des mit 350 Teilnehmern hervorragend besuchten und erstmalig auf zwei Tage konzentrierten Seminars.

Nach dem Schwerpunktthema der Earth-Viewer im letzten Jahr standen dieses Mal europäische und deutsche Geodateninitiativen im Vordergrund. Wie einigen Vorträgen zu entnehmen war, ist mit der Verabschiedung der INSPIRE-Richtlinie in Europa erstmalig ein Gesetz verabschiedet worden, das Geoinformationen in den Mittelpunkt stellt. Mit dem Schwerpunkt Umweltpolitik beschreibt die Richtlinie die Rahmenbedingungen und notwendigen Komponenten einer europäischen Geodateninfrastruktur. Damit definiert sie die Regeln für Geodaten, Geodienste, Metadaten und interoperable Netzdienste.

Offene Fragen

Trotz des definierten Zeitplans (bereits 2010 sollen europaweit Metadaten für einen Großteil der Geodaten vorliegen) stehen noch einige offene Fragen im Raum. So verläuft die Definition der Standards schleppend, die Themen Authentifizierung, Autorisierung und Bezahlssysteme stecken noch in den Kinderschuhen, die Performance aller

„so Ricardo Remmert-Fontes, Sprecher des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung (AK Vorrat). Dort schlägt man scharfe Töne an und fordert den Rücktritt der Bundesministerin. Sie habe einen vorsätzlichen Verfassungsverstoß begangen. Dieser mache sie als Bundesjustizministerin untragbar“, erklärte Patrick Breyer vom AK Vorrat. □

Im Zeichen der Praxis stand Tag 2 des Münchner Fortbildungsseminars. Virtuelle 3D-Stadtmodelle haben sich mittlerweile zu einem wichtigen Instrument der Stadt- und Regionalplanung entwickelt. Thomas Kolbe, TU Berlin, berichtete über die Standards, die heutzutage zur Modellierung virtueller 3D-Stadtmodelle eingesetzt werden. Weitere Vorträge beschäftigten sich mit der automatischen Texturierung von Gebäuden durch Infrarotaufnahmen zur thermographischen Inspektion und mit der kartographischen Sicht für die Darstellung dieser thermalen Informationen.

Standort-Analysen

GIS-gestütztes Umweltmanagement, GIS-Daten der Europäischen Umweltagentur und das Geomanagement der Bayerischen Vermessungsverwaltung waren Themen, die in Vorträgen die Sicht der Datenanbieter wieder gaben. Den Schluss bildeten Anwendervorträge über die Bemessung von Biogaspotenzialen und die Standort-Analyse für Photovoltaikanlagen, in denen die Nutzung von Geoinformationssystemen für die Planung und Optimierung dieser Anwendungen herausgestellt wurde. DK

Outsourcing in Schwaben

Als erste Gemeinde im Landkreis Augsburg lagert Aystetten alle Fachverfahren aus

Kurz vor der Übergabe der Amtsgeschäfte hat sich Bürgermeister Max Rindle dazu entschieden, sämtliche Fachverfahren der AKDB (darunter auch die Hauptverfahren Personalwesen, Finanzwesen, Einwohnerwesen) in das Outsourcing-Rechenzentrum der AKDB in Würzburg auszulagern. Bürgermeister Rindle hinterlässt damit im EDV-Bereich seinem Nachfolger ein wohl bestelltes Feld. Durch die Auslagerung kann das geschulte Verwaltungspersonal, allesamt keine IT-Spezialisten, sich wieder voll auf seine Kernanliegen konzentrieren. Notwendige Pflegearbeiten, Programmaktualisierungen wie auch die Datensicherung werden zukünftig zentral von den Mitarbeitern des Outsourcing-Rechenzentrums in Würzburg erledigt. □

Doppik-Erfahrungen online sammeln:

DATEV bietet interaktives Kommunal-Planspiel im Internet

Ihr komplettes Angebot rund um das Finanzwesen von Kommunen und kommunalen Unternehmen präsentierte die Nürnberger DATEV eG auf der jüngsten CeBIT in Hannover. Highlight des diesjährigen Messeauftritts von DATEV kommunal war das neue Planspiel online, mit dem Kommunalvertreter sich am virtuellen Beispiel künftig die Auswirkungen der Doppik vor Augen führen können. Das interaktive Online-Spiel ergänzt die Brettspiel-Variante, die seit ihrer Einführung im vergangenen Jahr rege nachgefragt wird.

Über das Internet können Interessierte sich nun einen ersten Einblick in die praktischen Belange der Doppik-Welt verschaffen. Aus verschiedenen Perspektiven (Bürgermeister, Kämmerer, Stadtrat) können sie die Geschicke einer virtuellen Musterkommune steuern und so die Unterschiede zwischen Kameraristik und Doppik in einer neuen Darstellungsweise erleben. Dabei konfrontieren digital animierte Mitarbeiter und Bürger sie mit ganz realen Fragestellungen. Im dreidimensionalen Modell werden die Auswirkungen der getroffenen Entscheidungen plastisch nachvollziehbar.

Unterstützung durch virtuellen Coach

Um die Besonderheiten der neuen Rechnungslegung kennen zu lernen, stehen in speziellen Inforäumen auch Hintergrundinformationen zur Verfügung. Im Trainingsraum können die Spieler die

so erlangten Kenntnisse anschließend verproben. Darüber hinaus steht ein virtueller Coach den Nutzern ständig zur Seite. Je nach Spielsituation vermittelt er Hintergrundwissen und gibt Tipps, die den Spieler sicher durch die Doppik-Thematik führen.

Kostenlos im Internet

Das neue Online-Planspiel steht Interessierten kostenlos im Internet unter www.doppik-ganz-einfach.de zur Verfügung. Um zu starten muss sich der Anwender lediglich registrieren. Konzipiert ist das interaktive Spiel als erster Kontaktpunkt für kommunale Entscheider mit dem Thema Doppik. Wer die virtuellen Herausforderungen gemeistert hat, dem steht als Weiterführung das bewährte Brettspiel zur Verfügung. Dieses vermittelt im Rahmen eines von DATEV-Consultants durchgeführten Workshops weiterführende Kenntnisse.

Software und Beratung

Neben dem neuen Online-Planspiel präsentierte die DATEV auf der CeBIT ihr gesamtes Angebot für Kommunen und kommunale Unternehmen. Im Zentrum stand dabei das durchgängige Softwaresystem rund um das doppische kommunale Rechnungswesen. Neben bundeslandspezifischen Kontenrahmen für die Finanzbuchführung enthält es auch Anwendungen für den Jahresabschluss, die Finanzrechnung und den Zahlungsverkehr.

Rechenzentrums- und Druckdienste

Darüber hinaus ermöglicht es eine unkomplizierte Budgetierung, Mittelbewirtschaftung und Haushaltssteuerung. Ergänzt wird das Softwarepaket durch die Kosten- und Leistungsrechnung, die Anlagenbuchführung und die Veranlagung kommunaler Abgaben wie Steuern, Gebühren und Beiträge.

Die DATEV-Software können Kommunen und kommunale Unternehmen im Rahmen von DATEVasp (für Application Service Providing) auch komplett bei der DATEV betreiben lassen. Deren Rechenzentrum in Nürn-

berg steht zudem als zentrale Datenplattform, revisionssicheres Archiv und Datendrehscheibe für den elektronischen Informationsaustausch mit Behörden zur Verfügung. Darüber hinaus können Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke sowie deren kommunale Unternehmen auch von zuverlässigen Druck- und Versanddienstleistungen der DATEV profitieren. Umfassende Beratungsleistungen, beispielsweise rund um die Doppik-Einführung runden das Angebotspektrum ab.

Digitales Belegwesen

Zudem hat die DATEV ihr digitales Belegwesen um eine Erkennungskomponente erweitert, auf deren Basis aus eingelesebenen papierenen Rechnungen direkt Buchungsvorschläge für das

Rechnungswesen erzeugt werden. So wird die Erfassungstätigkeit minimiert, die nötig ist um aus einem Papierbeleg einen Buchungssatz zu generieren. Die automatische Rechnungserkennung ist Teil des browserbasierten Programmpaketes „DATEV-Unternehmen online“. Von der Digitalisierung des Belegs an gewährleistet dieses modular aufgebaute System von Online-Anwendungen rund um das Belegwesen und die Geschäftsbücher für Unternehmen nun einen medienbruchfreien Informationsfluss.

Integrierte Rechnungserkennung

Der neue Buchungsassistent analysiert den zuvor digitalisierten Beleg. Die automatische Texterkennung stellt alle darin

enthaltenen relevanten Informationen wie beispielsweise das Buchungsdatum, den Betrag, die Rechnungsnummer und Geschäftspartnerinformationen zur Verfügung. Dabei entziffert das System nicht nur die Informationen auf dem Beleg, sondern prüft zudem die Plausibilität der erkannten Werte.

So wird beispielsweise berechnet, ob die Teilbeträge auf der Rechnung auch wirklich den angegebenen Endbetrag ergeben und ob die ausgewiesene Umsatzsteuer dazu passt. Sind die Angaben konsistent, fließen sie in die entsprechenden Felder im Buchungssatz ein. Die erkannten Werte stehen in den Online-Anwendungen Rechnungseingangsbeziehungsweise Rechnungsausgangsbuch sowie auch im Buchführungsprogramm Kanzlei-Rechnungswesen bereit. □

Voice Search Conference:

Text und Sprache verschmelzen bei Internet-Suchfunktionen

Mobile Geräte als intelligente Ratgeber

Spracherkennungssysteme werden nach Ansicht von William S. Meisel, Herausgeber der Speech Strategy News www.tmaa.com/sru/index.htm für die Suche im Internet immer wichtiger. „Brancheninformationen, Nachrichten, Aktienkurse, Straßenverkehr, Routenpläne, Wetter oder aktuelle Kinofilme können über ein mehrstufiges Voice Menü navigiert und abgefragt werden. Ein Alleinstellungsmerkmal dieser zentralen Anwendungen ist der schnelle Zugang zu den gesuchten Informationen.“

Die Navigation ist wesentlich einfacher“, so Meisel auf der Voice Search Conference (www.voicesearchconference.com) in San Diego. Eine weitere Variante der Anwendungen, die als Teil der Voice Search betrachtet werden könne, ist das Wählen durch Ansage eines Namens, das sogenannte Voice Dialing. „Zum Einsatz kommt das beispielsweise bei der Suche nach einer Kontaktadresse im Telefonverzeichnis. Das System rubriziert nach Namen, bei der zuerst der Eintrag bestätigt werden muss, bevor der Anruf durchgestellt werden kann. Directory Assistance greift auf eine sehr lange Namensliste zurück, während das Voice Dialing auf den Mobiltelefonen normalerweise eine weit aus kürzere Liste nutzt, in der Regel ein persönliches Directory“, erklärte Meisel.

Sprachdialogsysteme

SemanticEdge-Geschäftsführer Lupo Pape (www.semanticedge.de) betonte in seiner Rede in San Diego, wie man Sprachautomatisierung für mobile Anwendungen einsetzen könne. „Wer kennt das nicht: Unterwegs im Auto wäre es eigentlich an der Zeit, einen wichtigen Anruf zu tätigen. Die Nummer ist allerdings gerade nicht verfügbar oder ein Zugriff auf das

Adressbuch des Handys nicht gefahrlos möglich - der Anruf wird daher verschoben. Unter dem Strich nicht nur ärgerlich, sondern auch teuer. Denn zusammenge-rechnet entstehen für mobile Mitarbeiter durch vergleichbare Versäumnisse jährlich beträchtliche Zeitverluste. Durch moderne Sprachdialogsysteme soll sich das ändern“, sagte Pape.

Audio Search

Der Berliner Sprachdialogexperte prognostiziert, dass innovative Sprachanwendungen sich zu einem ständigen virtuellen Begleiter für mobile Menschen entwickeln. Sein Unternehmen arbeitet an entsprechenden Software-Lösungen. Virtuelle persönliche Assistenten sollen dabei nicht nur per Spracherkennung Telefonverbindungen herstellen und das SMS-Diktat auf dem Handy ermöglichen, sondern in Verbindung mit einem Service wie Wikipedia oder Google auf anspruchsvollere Fragen wie „Wer war Simone de Beauvoir?“ oder „Wo ist das nächste Starbucks-Cafe?“ Antwort geben.

Eine andere Möglichkeit beginne mit einer Textanfrage. „Auch unter dem Namen ‚Audio Search‘ bekannt, durchsucht diese Variante Audios nach Sprachmodulen oder Audiotracks und

transformiert sie in einen durchsuchbaren Content. Man kann damit feststellen, an welcher Stelle in einem Video oder Podcast ein spezielles Themengebiet erwähnt wird. Firmen können so archivierte Audio- oder Videoinhalte in nutzbarere Informationen umwandeln, während die Medienunternehmer von der vereinfachten Nutzung ihrer Archive profitieren“, führte Meisel weiter aus. Voice Search ist nach seiner Ansicht bei all jenen Kategorien anwendbar, die Spracherkennungssysteme nutzen, um einen schnellen Zugang zu Informationen und Transaktionen zu bekommen. Durch den Reifegrad der Sprachtechnologie seien die Systeme mittlerweile für den Markt verfügbar.

„Vorteilhaft ist, dass durch Einsatz der Voice Search die Unterschiede zwischen den Textbasierten Anwendungen und den Voice-Anwendungen immer geringer werden. Web-basierte Anwendungen wie beispielsweise die eMail verdanken einen Großteil ihres Erfolgs der Leichtigkeit beim Scannen und Durchsuchen von Texten, um bestimmte Contents und Files zu finden“, resümierte Meisel. Dabei gehe das Textscannen mittlerweile viel schneller als das Abhören eines Voice-Files. Spracherkennungssysteme könnten Voice Files in scannbare Texte umwandeln oder Voice Files mit bestimmten Inhalten schnell und unkompliziert abrufen. In Anwendungen, bei denen der Voice Input sofort in Text umgewandelt werde sei der Synergieeffekt zwischen den beiden Formen evident. □

27 Mio. Deutsche nutzen eGovernment-Dienste

„Fortschritte in vielen Bereichen, Situation aber noch nicht ideal“

27 Mio. Menschen in Deutschland haben im ersten Quartal 2007 das Internet für private Behördengänge und Kontakte mit öffentlichen Einrichtungen genutzt; Tendenz steigend. Dies ergibt eine aktuelle Untersuchung des Statistischen Bundesamtes (destatis) <http://www.destatis.de>. Rund 43 Prozent der deutschen Bevölkerung im Alter von 16 bis 74 Jahren haben demnach in diesem Zeitraum eGovernment-Dienste in Anspruch genommen. Die Bundesbürger nehmen dabei hauptsächlich über das Internet Kontakt mit der öffentlichen Verwaltung auf, um Informationen auf den amtlichen Webseiten zu suchen und Formulare herunterzuladen oder zu verschicken.

„Die Entwicklung in punkto eGovernment gestaltet sich insgesamt gesehen durchaus positiv“, erklärt Manfred Klein, Redaktionsleiter des Online-Portals eGovernment Computing www.egovcom.de, im presstext-Interview. Obwohl man heute in vielen Bereichen bereits Fortschritte gemacht habe, sei die Situation derzeit aber noch nicht ideal. „In vielen Fällen bleibt dem Bürger heute der Gang zur Behörde auch durch die Nutzung von eGovernment-Diensten nicht erspart“, stellt Klein fest. Auch das auf Behördenseite erhoffte Einsparungspotenzial sei nicht immer effektiv umsetzbar. Behörden können auch in Zeiten des eGovernment beispielsweise nicht ganz auf Ausdrücke verzichten, die einen hohen Zeit- und Geldaufwand mit sich bringen.

Entscheidend für die zunehmende Verbreitung von eGovernment-Angeboten sei neben wirtschaftlichen Aspekten vor allem das verstärkte Engagement der Europäischen Union auf diesem Gebiet. „Die EU-Dienstleistungsrichtlinie sieht bis 2009 einen einheitlichen Ansprechpartner pro Land für Behördenangelegenheiten vor“, erläutert Klein. Derartige Vorgaben aus Brüssel seien ohne eGovernment nicht zu schaffen. „Mittlerweile kann sich so kein Mitgliedsland der EU dieser Entwicklung verwehren“, ergänzt Klein. Wie stark solche digitalen Behörden-dienste tatsächlich von den Bürgern genutzt werden, hänge aber schlussendlich auch vom Alter der jeweiligen Personen und dem damit verbundenen Zugang zum Medium Internet ab.

Im europäischen Vergleich hat sich die Idee des eGovernment bislang am stärksten in Dänemark durchgesetzt. Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften Eurostat <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> zufolge gaben 58 Prozent der 16- bis 74-jährigen Dänen an, im ersten Quartal 2007 online den Kontakt zu öffentlichen Einrichtungen und Behörden zu suchen. Es folgen die Niederlande mit 55 und Schweden mit 53 Prozent. Im EU-Durchschnitt sparten sich 30 Prozent der Nutzer mit Hilfe des eGovernment den Weg zum Amt. Dabei kommunizieren in der EU die Männer (33 Prozent) häufiger als die Frauen (28 Prozent) online mit den Behörden. □

Es gibt einen sicheren Weg bei der Umstellung auf die

DOPPIK

führen Sie am besten mit DATEV ein. Schließlich sind wir nicht nur führend beim Rechnungswesen, sondern auch der Spezialist für ein zukunftsweisendes kommunales Finanzmanagement.





Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Wir begleiten Sie in allen Phasen der Umstellung auf die doppelte Buchführung: Mit leistungsstarker Software, einem umfassenden Projektmanagement und individuellen Serviceangeboten. Und auch anschließend, im laufenden Betrieb stehen wir Ihnen beratend zur Seite. Informieren Sie sich bei Ihrem Steuerberater, Ihrem Wirtschaftsprüfer oder unter der Telefonnummer 0800 0114348.

www.datev.de/kommunal

Auf der **KOMCOM Süd** in Karlsruhe, 06.-07.05.2008

IFAT 2008 in München:

Sanierung von Kanälen immer gefragter

Die Reinigung und Sanierung von Abwasserkanälen ist in Deutschland und Europa ein aufstrebendes Geschäft. Hier treffen große Potenziale und technische Herausforderungen auf kompetente Technologieanbieter und versierte Dienstleister. Auf der Umweltmesse IFAT, die von 5. bis 9. Mai 2008 in München stattfindet, informieren die Marktführer und Nischenanbieter über die neuesten Verfahren, Produkte und Dienstleistungen. Darüber hinaus bietet die IFAT auch Fakten zu den Bedingungen und Bedürfnissen in Auslandsmärkten.

Im Mai trifft sich die internationale Umwelttechnikszenen in München auf der IFAT, Internationale Fachmesse für Wasser, Abwasser, Abfall und Recycling. Die größte Umweltmesse der Welt hat im Vergleich zur Vorgängerveranstaltung vor drei Jahren nochmals um 22.000 Quadratmeter auf insgesamt

192.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche zugelegt.

Hoher Zuwachs

Einer der Themenbereiche mit hohem Zuwachs ist die Sanierung, Inspektion, Reinigung und Wartung von Abwasserkanälen. Hier wuchs die Standfläche um

knapp 32 Prozent auf 14.500 Quadratmeter. Die positive Entwicklung in diesem Segment korrespondiert sehr gut mit anderen Marktbeobachtungen.

Rückläufiger Kanalneubau

So hat das IKT - Institut für Unterirdische Infrastruktur (Gelsenkirchen) - Ende vergangenen Jahres eine groß angelegte Befragung unter deutschen Kanalnetzbetreibern zum Thema „Bauinvestitionen Kanalisation“ durchgeführt. Es zeigte sich, dass der Neubau von Kanälen eine rückläufige Tendenz aufweist, während bei der Sanierung mit

Zuwächsen zu rechnen ist. Speziell der Kanalrenovierung und -reparatur wird laut IKT im Jahr 2008 mehr Bedeutung zukommen.

DWA-Umfrage

Einer Umfrage der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA, Hennef) aus dem Jahr 2004 zu Folge sind bundesweit rund 20 Prozent der etwa 486.000 Kilometer langen, öffentlichen Kanalisation kurz- bis mittelfristig sanierungsbedürftig. Eine IKT-Studie hat für Nordrhein-Westfalen ermittelt, dass 14 Prozent der öffentlichen Kanalisation und neun Prozent der Schächte schadhaft sind.

Hoher Sanierungsbedarf

Dr.-Ing. Bert Bosseler, Wissenschaftlicher Leiter des IKT, umreißt das wirtschaftliche Po-

tenzial: „Der Sanierungsbedarf beträgt für Nordrhein-Westfalen innerhalb der kommenden zwölf Jahre etwa sechs bis acht Milliarden Euro. Rechnet man dies auf die bundesweite Kanalisation hoch, kommt man auf Ausgaben von 33 bis 44 Milliarden Euro.“

Hauptproblem Leckagen

Das Hauptproblem maroder Kanalleitungen sind Leckagen, die zum Austritt von Abwasser und - je nach Lage des Grundwasserspiegels - zum Eintritt von Grundwasser führen können. Speziell bei Verkehrsbelastung der Leitung können auch Probleme mit der Standsicherheit auftreten. Typische Schäden sind fehlende oder verrottete Dichtungsmaterialien zwischen den Rohren, Lageveränderungen der Leitungen, Risse, Scherbenbildung und Leitungseinbrüche, Abflusshindernisse durch eingetragene Fremdkörper sowie Wurzeleinwuchs.

Bei den Renovierungsverfahren im Hauptkanal ist das Schlauchlining besonders verbreitet. Hierbei wird ein mit Kunstharz getränkter Kunststoffschlauch in den Kanal eingezogen oder eingestülpt. Eine Alternative hierzu ist das Close-Fit-Verfahren, bei dem ein in Längsrichtung eingefaltetes PE-HD-Rohr in die alte, gereinigte Leitung eingezogen wird. Wärme und Druck sorgen dann beim weiteren Arbeitsablauf dafür, dass sich der Inliner entfaltet und sich fast spaltenfrei an die Innenwandung des alten Rohres legt. Bei kleinräumigeren Reparaturarbeiten kommen hauptsächlich Kurzliner und Innenmanschetten sowie Injektions- und Spachtelverfahren zum Einsatz.

Starke Impulse

„Bei der Entwicklung neuer Verfahren in der Abwassertechnik und im Kanalbau sind die Einflüsse aus gesetzlichen Regelungen von großer Bedeutung“, sagt Bosseler. „Gegenwärtig gibt es starke Impulse aus dem Bereich der Grundstücksentwässerung. So wird zum Beispiel im neuen Paragraf 61a des Landeswassergesetzes von Nordrhein-Westfalen erstmalig die Grundstücksentwässerung ausdrücklich in die Sanierungsplanung einbezogen. Darüber hinaus kann im Falle einer ganzheitlichen Fremdwassersanierung die Sanierung privater Leitungen nach Investitionsprogramm Abwasser NRW gefördert werden.“

Erforderliche Innovationen

Die weit verzweigten Netze der Grundstücksentwässerung stellen mit ihren kleinen Nennweiten die Verfahrensanbieter und Dienstleister vor neue Herausforderungen. Oft erschweren zum Beispiel Bögen in den Leitungen den Zugang für Reinigungs-, Inspektions- und Sanierungsgeräte. Probleme gibt es auch dort, wo ein Zugang von oben her nicht oder nur mit erheblichem Aufwand geschaffen werden kann; nämlich unter der Bodenplatte des Gebäudes. Häufig wurden im Gebäude vorhandene Revisionsöffnungen bei der Kellernutzung verschlossen und überbaut, zum Beispiel mit Wandfliesen, Holzvertäfelungen, Kachel- oder Laminatfußböden.

Neue Techniken

Aspekte, die Innovationen erforderlich machen. „Während im öffentlichen Bereich der Kanalreinigung und -sanierung in den letzten Jahren eher bewährte Produkte und Verfahren weiterentwickelt wurden, beispielsweise durch die Modifikation einzelner Werkstoffkomponenten und Verfahrensschritte, fordert der Bereich der Grundstücksentwässerung völlig neue Sanierungstechniken, um den speziellen Anforderungen aus kleinen Nennweiten, Bögen und schachtlosen Verzweigungen gerecht zu werden“, sagt Bosseler. Geschätzte 1,5 Millionen Kilometer an privaten Abwasserleitungen in Deutschland lassen die Dimensionen des Sanierungsmarktes allein hierzulande erahnen.

Blick über die Grenze

Beim Blick über die deutschen Grenzen zeigen sich die EU-Beitrittsländer als besonders interessante Märkte. „Diese Länder“, so Bosseler, „verfügen seit langem über umfassende Entwässerungsstrukturen und haben in der Vergangenheit nur wenig in den Erhalt der Netze investieren können. Sie bieten jetzt als Teil des EU-Binnenmarktes gerade in den stark regionalisierten Märkten des Kanalbaus und der Kanalsanierung optimale Voraussetzungen für den Export von Technologien und die Investition in neue Standorte.“ □



Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom – und ist wie E.ON Bayern großer Sport-Fan!

Im Rahmen unseres gesellschaftlichen Engagements unterstützen wir den Nachwuchs in unserer Region auf dem Weg zu ersten Erfolgen. Beim Fußball – und in vielen anderen Sportarten.



Sparen Sie 150 Euro beim Strom – wertvolle Tipps finden Sie im EnergieSpar-Paket:

www.eon-bayern.com/energiesparen

Mit Sicherheit faire Preise

e-on | Bayern

Bayerische Abfall- und Deponietage 2008:

Mineralische Abfälle und Deponietechnik

Bereits zum neunten Mal in Folge veranstaltete der Förderverein KUMAS in enger Kooperation mit dem Ingenieurbüro Abfallwirtschaft und Umwelttechnik (AU Consult GmbH), dem bifa Umweltinstitut – Bifa GmbH sowie dem Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) die Bayerischen Abfall- und Deponietage in Augsburg. Neben aktuellen Fragestellungen der Abfallwirtschaft standen bei dieser praxisorientierten Konferenz Lösungskonzepte und Praxisbeispiele im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Nachsorge von Deponien im Fokus des Interesses. Begleitet wurde die zweitägige Veranstaltung von einer Fachausstellung, auf der sich den 300 Fachbesuchern branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister präsentierten.

Je nach Abgrenzungskriterium fallen in Deutschland jährlich etwa 250 Mio. Tonnen mineralische Abfälle zur Verwertung an. Damit stellen sie mengenmäßig die größte Verwertungsfraktion überhaupt dar. Diese Verwertung muss ökologisch sinnvoll und gleichzeitig wirtschaftlich tragbar erfolgen. Bis heute wurden und werden unterschiedlichste Aufbereitungsverfahren für unterschiedlichste Verwertungsoptionen einer Vielzahl von Einzelaktionen – von Bauabfällen bis zu Müllverbrennungsschlacken – entwickelt und eingesetzt. Die rechtliche Situation stellt sich hierbei kompliziert dar. Am ersten Tag der Bayerischen Abfall- und Deponietage 2008 wurden die wesentlichen Fachfragen im Rahmen der Verwertung mineralischer Abfälle, Aspekte zur kommenden Verordnung und deren Auswirkungen auf die Zukunft diskutiert.

Gewaltiger Mengenstrom

Wie Umweltstaatssekretär Dr. Marcel Huber eingangs bemerkte, stünden allein in Bayern 42 Mio. Tonnen Bodenaushub, Straßenaufbruch, Bauschutt und Baustellenabfällen rund 6,3 Mio. Tonnen Hausmüll und 3,1 Mio. Tonnen Sondermüll gegenüber. Damit seien mineralische Abfälle ein gewaltiger Mengenstrom und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Erzeuger wie Abnehmer.

Paradigmenwechsel

Berthold Heuser, REMEX Mineralstoff GmbH, Düsseldorf, verwies darauf, dass mit dem Paradigmenwechsel von der einfachen Ablagerung in ausgebeuteten Rohstofflagerstätten, Gruben und Deponien zu einer Ressourcen schonenden Kreislaufwirtschaft zur Mitte der 80er Jahre es zu einem deutlichen

Anstieg einer funktionstechnischen Verbesserung der maschinellen Ausrüstung von Aufbereitungs- und Recyclinganlagen für mineralische Abfälle gekommen sei. Zudem habe man einen signifikanten Entwicklungsschub bei entsprechenden Behandlungsverfahren beobachten können.

Stand der Technik

Am Beispiel des Baustoffrecyclings und der Aufbereitung von MV-Schlacken zeigte Heuser den Stand der Technik und Entwicklungsoptionen auf. Die Praxis von 25 Jahren Aufbereitung von mineralischen Massenabfällen beweise, dass „nicht immer alles, was technisch umsetzbar ist, auch wirtschaftlich sinnvoll ist“. Darüber hinaus sollten postulierte „Königswege“ der Aufbereitung, wenn sie von der Praxis nicht angenommen werden, deutlicher als bisher kritisch beleuchtet werden.

Markt für Baustoffe und MVA-Schlacken

Der jährliche Bedarf von 500 Mio. Tonnen mineralischen Massenbaustoffen in technischen Bauwerken des Straßen-, Tief- und Wegebau sei der Markt für Recyclingbaustoffe und MVA-Schlacken, erklärte Heuser. Bei praxisgerechter und wie z. B. in Nordrhein-Westfalen seit Jahren praktizierter, umweltgerechter Bewertung der stofflichen Beschaffenheit der mineralischen Sekundärbaustoffe, der technischen Einbaubedingungen sowie der wirtschaftlichen und hydrogeologischen Verhältnisse im Bereich der jeweiligen Baumaßnahme seien hohe Recyclingquoten für mineralische Abfälle auch in Zukunft zu erzielen.

Am zweiten Veranstaltungstag wurde, nach einem Über-

blick über die aktuellen rechtlichen Entwicklungen, die Verwertung von mineralischen Materialien in Gruben und Brüchen bzw. Deponien aus rechtlicher, technischer und fachbehördlicher Sicht diskutiert. Dabei kamen auch praktische Erfahrungen und Konsequenzen, gerade auch durch die laufenden Veränderungen bei den Anforderungen an die Verwertung, nicht zu kurz.

Abfallbilanz 2006

Zur Deponiesituation in Bayern nahm Karl Johann Drexler vom LfU Stellung. Von den 56 Deponien im Jahr 2004 und 40 Deponien im Jahr 2005 waren nach seinen Worten Ende 2006 noch 36 Deponien in der Betriebsphase. Bei einigen Deponien erfolgte keine Ablagerung, sie stünden aber grundsätzlich zur Verfügung. Dies seien die aktuellen Zahlen der Abfallbilanz 2006. Einige Deponien planten auch, 2009 keine Abfälle anzunehmen – dazu zähle „möglicherweise die Deponie München Nord-West“.

Die Übersichten der abgelagerten Abfallmenge in den Jahren 2003 bis 2006 zeigten, dass ab 1. Juni 2005 die Ablagerung behandelbarer Abfälle weggefallen ist, betonte Drexler. Diese Mengen seien jedoch gering. Auch die Frage, ob durch die

Offenes Verfahren im Landkreis Fürstentfeldbruck:

Blaue Tonne für Papier

Das Bayerische Verwaltungsgericht München hat Anfang April über die Klage eines privaten Entsorgungsunternehmens gegen die Untersagungsverfügung des Landratsamts Fürstentfeldbruck zur Aufstellung der Blauen Tonne für Papier verhandelt, aber noch nicht entschieden. Damit ist der private Entsorger zunächst weiter daran gehindert, Blaue Tonnen zur Altpapiererfassung im Landkreis Fürstentfeldbruck aufzustellen.

Ungeachtet dieses noch offenen Verfahrens haben noch am gleichen Tag weitere private Entsorgungsunternehmen damit begonnen, den Bürgern im Landkreis ungefragt Blaue Tonnen vor bzw. auf das Grundstück zu stellen. Zum Teil wird dabei wahrheitswidrig der Eindruck erweckt, sie würden im Auftrag der Gemeinden handeln oder mit dem Landkreis zusammenarbeiten. Aufgrund dieser Vorgehensweise sieht sich der AWB dazu veranlasst darauf hinzuweisen, dass es derzeit keinerlei Zusammenarbeit mit einer privaten Firma im Bereich der Einführung einer Blauen Tonne gibt.

„Häuserkampf“

Bis zu einer abschließenden Entscheidung des Verwaltungsgerichts wird das Landratsamt gegen alle Firmen, die ungefragt mit der Aufstellung Blauer Tonnen beginnen, entsprechend der bisherigen Praxis gewerbliche Altpapiersammlungen Untersagungsverfahren einleiten.

Da bereits weitere private Entsorgungsfirmen angekündigt haben, Blaue Tonnen aufzustellen, befürchtet Landrat Karmasin demnächst Zustände wie in anderen Landkreisen, in denen Bürgern gleich mehrere Blaue Tonnen von verschiedenen Entsorgern ungefragt vor das Grundstück gestellt wurden. Somit hat auch im Landkreis Fürstentfeldbruck der so genannte „Häuserkampf“ begonnen, der dazu führt, dass die mit der Vermarktung von Papier erzielten Erlöse direkt in die Taschen von Privatunternehmen fließen, anstatt zur Entlastung der Abfallgebührenzahler beizutragen.

Für den Landkreis Fürstentfeld-

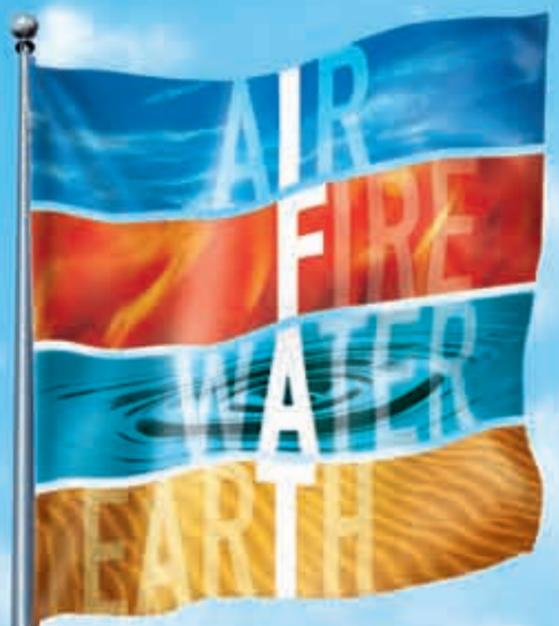
Sanierung gemeindlicher Müllplätze sich die Ablagerungsmenge erhöht, könne derzeit nicht beantwortet werden. Zumindest seien es in den vergangenen Jahren nur geringe Mengen gewesen.

Drexler verwies darauf, dass die Errichtung neuer Deponien nach den derzeitigen Prognosen kurzfristig nicht erforderlich scheine, „wenngleich regionale Engpässe größere Transportentfernungen erfordern“. Der Ausbau an vorhandenen Standorten werde bereits geprüft, hier seien neben den möglichen Abfallmengen auch wirtschaftliche Überlegungen für die Entscheidung bestimmend.

Deponien werden gebraucht

Langfristig könnten allerdings neue Deponien notwendig werden, wobei die Entwicklung der Abfallmengen beobachtet werden müsse. Deponien würden aber in jedem Fall weiter gebraucht, um Abfälle einer endgültigen Entsorgung zuzuführen, „auch wenn es sich um Deponien unter Tage handelt, denn die vollständige Verwertung ist nicht möglich, zumindest bei den derzeitigen Technologien und Zuordnungswerten“.

Fazit: „Bayern besitzt ein ausreichendes Deponievolumen, um eine umweltgerechte Ablagerung zu ermöglichen“, so Drexler. Die Entwicklungen in der Abfallwirtschaft blieben abzuwarten. Es bestehe die Hoffnung, „dass vielleicht im Deponiebereich etwas Sicherheit eintritt, wenn die integrierte Deponieverordnung und die Regelungen zur Verwertung vorliegen“. DK

MESSE MÜNCHEN
INTERNATIONAL

ENVIRONMENTAL SOLUTIONS

Die Weltmesse Nummer 1 für Umwelt und Entsorgung bietet Ihnen ein internationales Angebot, umfassende Lösungen und die Kompetenz der Marktführer.

Neu auf der IFAT 2008 die Themen:

- KÜSTEN- UND HOCHWASSERSCHUTZ
- ENERGIEGEWINNUNG AUS ABFALLSTOFFEN

Nutzen Sie die Weltmesse für Ihren Erfolg! Ausführliche Informationen unter www.ifat.de.



IFAT 2008



Neue Messe München

5.-9. Mai

15. Internationale Fachmesse für Wasser – Abwasser – Abfall – Recycling

Messe München GmbH • Messengelände • D-81823 München
Hotline: (+49 89) 9 49 - 1 13 58 • Fax: (+49 89) 9 49 - 1 13 59

Landkreistagspräsident Zellner fordert:

Der Bundesgesetzgeber muss handeln!

Gewerbliche Altpapiersammlung für öffentliche Abfallentsorger ein „Riesenärgernis“

Mit aller Entschiedenheit wehrt sich der Bayerische Landkreistag gegen gewerbliche Altpapiersammler. Seit sich herumgesprochen hat, dass mit Altpapier Geld zu verdienen ist, bieten immer mehr gewerbliche Unternehmen den Bürgern „Blaue Tonnen“ zur kostenlosen Altpapierentsorgung an.

„Das verhagelt den öffentlichen Abfallentsorgern und ihren Auftragnehmern die Gebührekalkulation, ehrenamtlichen Altpapiersammlungen durch Vereine wird der Boden entzogen. Oder anders ausgedrückt: Gewinne werden privatisiert, den Kommunen verbleibt das Verlustgeschäft. Das kann so nicht weiter gehen!“, empört sich der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham.

„Der Bürger muss sich bewusst sein, dass er letztlich die Zechen zu bezahlen hat“, stellt Zellner fest. Denn die gewerblichen Unternehmer orientieren sich ausschließlich an der Rentabilität, für den öffentlich-rechtlichen Betreiber bleibt die defizitäre Entsorgung im dünn besiedelten Bereich. Gebührenerhöhungen werden die unausbleibliche Folge sein.

„Angesichts der gewandelten Rechtsprechung macht es keinen Sinn, vor Gericht zu ziehen, nur um letztlich Zeit zu gewinnen. Wir brauchen eine Rechtsänderung, die der gegenwärtigen „Rosinenpickerei“ einen Riegel vorschiebt“, fordert Zellner vom zuständigen Bundesgesetzgeber. □

Für den Verbraucher wird das Sortieren leichter:

Der Grüne Punkt fällt weg - eine Chance für die Umwelt

Die 5. Novelle der Verpackungsverordnung wird Anfang April verkündet. Das Engagement des Bundesverbandes für Umweltherhaltung hat sich gelohnt. Das Ergebnis ist ein erster Schritt für Umwelt und Verbraucher. Für den Verbraucher wird das Sammeln leichter und für die Umwelt effektiver. Als einziger Verband hat der Bundesverband für Umweltherhaltung e.V. (bfub) eine klare Ansage zugunsten der Wertstofftonne für Kunststoff, Verbundmaterial und Metalle gemacht. Abgewehrt ist die Gefahr, dass die haushaltsnahe Getrenntsammlung als solche zur Disposition steht.

Mit der Novelle ist die rechtliche Sicherheit gegeben, dass Kommunen „stoffgleiche Nichtverpackungsabfälle gegen ein angemessenes Entgelt“ im Rahmen der dualen Systeme getrennt vom Restmüll erfassen können. Sie erhalten eine Option, werden aber nicht verpflichtet. Erfolgreiche Pilotprojekte mit gelben Wertstofftonne wie z.B. in Hamburg und Berlin könnten damit rechtssicher ausgeweitet werden.

Neues Sortierverhalten

Daher appelliert der bfub ausdrücklich an die Kommunen, die Zeit vor Inkrafttreten der Novelle am 1. Januar 2009 frühzeitig für die Erstellung eines Konzepts zu nutzen und die Frage zu klären, ob und ggf. welche Wertstoffe zukünftig miterfasst werden sollen. Dies gilt insbesondere, wenn neue Verträge anstehen.

Eine Ausweitung des Sammelspektrums in der „Gelben Tonne“ macht auch deshalb Sinn, weil zukünftig der Grüne Punkt wegfällt und im Zuge dieser Veränderung ein neues Sortierverhalten kommuniziert werden muss.

Was bedeutet das Ergebnis konkret?

1. Die Kommunen, genauer gesagt die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger haben nun die Möglichkeit, Abfälle aus Kunststoff, Verbundmaterialien und Metall, die jetzt noch im Restmüll landen, gemeinsam mit Verpackungen erfassen zu lassen. Das sind z.B. altes Spiel-

zeug, Werkzeug, Plastikbeimer usw. In der Konsequenz wird dann -wie bei allen Wertstoffen üblich- auch bei der Gelben Wertstofftonne nicht mehr nach Verpackungen und Nichtverpackungen unterschieden, sondern der Stoff als solcher ist entscheidend. Für den Verbraucher gibt es dann kein Überlegen und Zweifeln mehr. Alle Abfälle aus Kunststoff, aus Verbundmaterial und aus Metall dürften in die Gelbe Tonne bzw. den Gelben Sack. Wer dies einmal konsequent durchgeführt hat, bemerkt sehr schnell, dass das Sortieren einfacher ist und kaum noch etwas für die Restmülltonne übrig bleibt. Genau diesen Effekt gilt es zu stärken: Je mehr Abfall dem Restmüll entzogen und an der „Quelle“ der Verwertung zugeordnet wird, desto größer ist die Chance für mehr Ressourcenschutz.

Vorstellbares Entgelt

2. Eine haushaltsnahe Wertstoffsammlung verursacht Kosten, die nicht allein über Verpackungen aufgebracht werden können. Vorstellbar ist ein Entgelt, das separat mit dem Entsorger abgerechnet wird. Die Höhe des Entgeltes ist Verhandlungssache und in der Verordnung nicht festgelegt. Da die Gesamtkosten für eine Gelbe Wertstofftonne in jedem Fall unter denen einer Restmülltonne liegen, hätte auch der Verbraucher einen Vorteil. Sein Sortieraufwand würde finanziell belohnt, wenn das Restmüllaufkommen und damit die Restmüllgebühren gesenkt werden können.

Anreiz erhöhen

3. Ein positiver Umwelteffekt kann daher am besten erzielt werden, wenn das Mindestvolumen für Restabfall geprüft und ggf. gesenkt und damit der Anreiz zur optimalen Trennung erhöht wird. Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger hat nun die Möglichkeit, seine Optionen abzuwägen und mit Verhandlungsgeschick Vorteile für sich, den Bürger und insbesondere für die Umwelt zu erzielen.

4. Hinzu kommt, dass der Bundesrat die Kennzeichnungs-

pfligt für Verpackungen aufgehoben hat. Damit ist das Kennzeichen „Grüner Punkt“ zukünftig obsolet und wird nicht mehr als Sortierkriterium herangezogen werden können.

Option nutzen

Begründung ist, dass alle Verpackungen, die den privaten Endverbraucher erreichen, ohne Ausnahme bei einem der inzwischen zahlreichen dualen Systeme lizenziert sein müssen. In Zukunft ist der Grüne Punkt für den Bürger also nicht mehr existent und wird nur noch begrenzt zu finden sein.

Daher sollten Kommunen die neue Option der Verordnung zu einer Motivations- und Informationskampagne für alle Wertstoffe nutzen und damit der zu erwartenden Verunsicherung der Bevölkerung frühzeitig entgegenzutreten. □

Regenerative Energie für München:

Ökostrom aus Bioabfall

Neue Trockenfermentationsanlage des AWM

Gerade in Zeiten, in denen das Thema Klimaschutz die Schlagzeilen beherrscht, bildet die neue Trockenfermentationsanlage im Entsorgungspark Freimann einen Meilenstein im ökologischen Abfallwirtschaftskonzept des Abfallwirtschaftsbetriebs München AWM, wie Kommunalreferentin und Erste Werkleiterin Gabriele Friderich bei der Eröffnungsfeier betonte. Mit dieser Anlage sei er Vorreiter im Bereich der Anlagentechnik für Bioabfälle.

Künftig entsteht aus Münchner Bioabfällen über das Zwischenprodukt Biogas sauberer Münchner Biostrom. Auch die Reste der Bioabfallvergärung können sinnvoll genutzt werden. Sie werden zu hochwertiger Blumenerde verarbeitet.

Trotz der hierfür erforderlichen Investitionen ist es dem AWM laut Friderich gelungen, die Müllgebühren für die Münchner Bürger auf gleich bleibend niedrigem Niveau zu halten. Für den städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb München stünden nachhaltige Konzepte, innovative Technologien sowie Umwelt- und Ressourcenschutz im Mittelpunkt. Der AWM sei ein sehr gutes Beispiel dafür, „dass es sich für die Städte lohnt, um den Erhalt ihrer kommunalen Unternehmen zu kämpfen und damit die kommunale Daseinsvorsorge weiterhin auf hohem Niveau sicherzustellen“.

Bereits 1989 hatte die Landeshauptstadt die Weichen zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen gestellt. Mit der Einführung des Drei-Tonnen-Systems in den 90er Jahren wurde die Voraussetzung für die Verwertung der mengenmäßig stärksten Fraktionen des Hausmülls geschaffen, nämlich für Restmüll, Bioabfälle und für Papier. Seither werden die Münchner Bioabfälle mit der braunen Tonne flächendeckend eingesammelt. Jährlich erfasst der Abfallwirtschaftsbetrieb rund 300.000 Tonnen Restmüll, 100.000 Tonnen Papierabfälle und rund 40.000 Tonnen Bioabfälle. Allein für die Erfassung des Biomülls hat der AWM rund 100.000 Biobehälter bei den Münchner Haushalten und Gewerbebetrieben aufgestellt.

Die Gesamtanlage zur Trockenfermentation mit nunmehr zehn Bioreaktoren (Fermentern) ist in der Lage, zwei Drittel der Münchner Bioabfälle - rund 25.000 Tonnen - zu verwerten und damit 375.000 Liter Heizöl zu ersetzen. Das Biogas wird in dem integrierten Blockheizkraftwerk zur Erzeugung von Strom- und Prozesswärme genutzt. Die erzeugte Strommenge reicht aus, um rund 1.600 Münchner Haushalte ganzjährig mit Strom zu versorgen.

Die verschiedenen Verfahren zur Verwertung von Bioabfall und Grüngut werden derzeit auf

den Öko-Prüfstand gestellt, wie Umweltstaatssekretär Marcel Huber erläuterte. Er wies darauf hin, dass sich in den vergangenen 15 Jahren die Sammelmenge von Bioabfall und Grüngut fast verdreifacht hat. „Mit Bioabfall lässt sich heizen, düngen oder Strom erzeugen. Zur Optimierung der verschiedenen Verwertungsverfahren wollen wir den zuständigen Kommunen eine praktische Entscheidungshilfe an die Hand geben“, machte Huber deutlich. Die vom Umweltministerium in Auftrag gegebene Arbeit mit exemplarischen Fallstudien in zwei Kommunen wird bis Ende des Jahres vorliegen. Geplant sind dazu auch Informationsveranstaltungen für die entsorgungspflichtigen kreisfreien Städte, Landkreise und Zweckverbände. Auftragnehmer ist das bifa Umweltinstitut in Augsburg.

Vorteile des Verfahrens

1. Die Technologie der Trockenvergärung erfordert einen geringeren maschinentechnischen Aufwand als die bisher üblichen Nassvergärungsverfahren.
2. Verschleiß und Wartungskosten sind gering, da das Gärmaterial nicht oder nur grob zerkleinert und nicht durchmischt werden muss.
3. Der Energieverbrauch einer Trockenfermentationsanlage liegt deutlich unter dem einer Nassvergärungsanlage.
4. Die Umwelt und der Abfallwirtschaftsbetrieb profitieren davon, dass im geschlossenen Verarbeitungsprozess so gut wie keine Emissionen entstehen.
5. Der mit dem Abbau der Biomasse verbundene Ausstoß von treibhauswirksamen Gasen in die Atmosphäre wird durch die innovative Technologie der Trockenvergärung stark vermindert. Der Abfallwirtschaftsbetrieb leistet hierdurch einen beachtlichen Beitrag zum Klimaschutz.
6. Durch das regionale Konzept des Abfallwirtschaftsbetriebes werden lange Transporte von Bioabfall vermieden und damit weitere Emissionen und Energieverbrauch.
7. Die Anlage macht den Abfallwirtschaftsbetrieb München unabhängiger von den Marktbedingungen für die Bioabfallverwertung. DK

bvse und VKS im VKU:

Einsatz für faire Rahmenbedingungen

Die auf der Grundlage der 5. Novelle der Verpackungsverordnung von einigen dualen Systemen erarbeitete Konzeption zur Ausgestaltung der Gemeinsamen Stelle Dualer Systeme ist nach Ansicht des bvse (Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.) und dem Verband kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung im VKU nicht geeignet. Vertrauen in faire Rahmenbedingungen zu schaffen, wenn sich die Gemeinsame Stelle wie geplant nur aus den festgestellten Systembetreibern zusammensetzt.

„Die Gemeinsame Stelle darf keinen Rückschritt in die Urzeiten der Verpackungsentsorgung bringen“, warnten bvse-Präsident Burkhard Landers und der Vorsitzende des VKS im VKU, Dr. Rüdiger Siechau, nach einem Spitzengespräch der beiden Verbände. bvse und VKS im VKU fordern daher Informations- und Beteiligungsrechte, um ein transparentes und diskriminierungsfreies Vergabeverfahren sicherzustellen. Nach Meinung beider Verbände soll dies mit Hilfe eines Beirats geschehen: Systembetreiber auf Auftraggeberseite und Vertreter der kommunalen und mittelständischen Recycling- und Entsorgungswirtschaft auf Auftragnehmerseite sollten in einem gemeinsamen festen Gremium arbeiten. Zudem sei es erforderlich, im Nachgang zur Auftragsvergabe ein schnelles und unkompliziertes Überprüfungsverfahren durchzuführen, um Zweifel an einer ordentlichen Vertragsvergabe auszuschließen.

Diese Forderungen könnten über die Institution eines Beirats am besten erfüllt werden, da große Entsorger bereits durch ihre eigenen Dualen Systeme Mitglied der Gemeinsamen Stelle sind, so die Verbandsrepräsentanten. Dem sei durch eine breite Interessenwahrnehmung der kommunalen und mittelständischen Entsorgungswirtschaft durch die Vertretung ihrer Branchenverbände zu begegnen. DK

Seit 1. März elektronische Versicherungsbestätigung

Versicherungskammer Bayern bietet besondere Leistungen in der kommunalen Kraftfahrtversicherung

Wer ein Fahrzeug zulassen will, benötigt dazu von seiner Versicherung einen Nachweis über eine Kfz-Haftpflichtversicherung. Diesen Versicherungsnachweis gab es bislang nur in Papierform. Seit 1. März 2008 ticken die Uhren anders: Seitdem gilt als Nachweis einer Kfz-Haftpflichtversicherung eine siebenstelligen Zahlen- und Buchstabenkombination, kurz die VB-Nummer.

In einem vollständig elektronischen Vorgang werden die notwendigen Daten für die An- oder Ummeldung eines Kraftfahrzeugs zwischen Versicherungsunternehmen, Kraftfahrt-Bundesamt und den örtlichen Zulassungsbehörden papierlos ausgetauscht. Damit wird Bürokratie abgebaut und die Prozesse werden bürgerfreundlicher sowie effizienter. Und: Nach Angaben des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft lassen sich mit der neuen elektronischen Versicherungsbestätigung jährlich über 340 Tonnen Papier einsparen.

Kommunales Extranet

Wenn eine Kommune ein Fahrzeug zulassen möchte, bietet die Versicherungskammer Bayern ihren Kunden die elektronische Versicherungsbestätigung über das kommunale Extranet zum Abrufen an. Alle Eingaben erfolgen unter www.vkb-extranet.de unter dem Menüpunkt „Service/Material“. Im Anschluss erhält der Nutzer des Extranets sofort seine neue VB-Nummer. Mit dieser kann die zuständige Zulassungsbehörde dann die Versicherungsbestätigung elektronisch abrufen.

In einer Übergangszeit wird die VB-Nummer allerdings noch in den bekannten Versicherungsnachweis eingedruckt, da noch nicht alle Zulassungsstellen elektronisch arbeiten. So bleibt die Papierform im Einzelfall weiter gültig. Arbeitet die Zulassungsbehörde noch traditionell, wird das Fahrzeug mithilfe der Papierform zugelassen. Für diesen Fall kann ebenfalls im kommunalen Extranet die bisherige Versicherungsbestätigung mit der neuen VB-Nummer ausgedruckt werden - und der Zulassung steht nichts mehr im Weg.

Die Leistungen der kommunalen Kraftfahrtversicherung der

Versicherungskammer Bayern sind besonders auf die speziellen Bedürfnisse der Kommunen ausgerichtet. So bietet der Kommunaltarif bei sehr günstigem Beitragsniveau und klarer Tarifstruktur zahlreiche über den marktüblichen Versicherungsschutz hinausgehende Besonderheiten, die auch für die Haushaltssicherheit der Kommunen von hoher Bedeutung sind.

Günstige Beiträge bei hoher Leistung

Beispielsweise ist die Deckungssumme in der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden unbegrenzt und - bis auf wenige Ausnahmen - gilt der Verzicht auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit in der Kaskoversicherung sowohl gegenüber dem Versicherungsnehmer als auch dem Fahrer. Einen besonderen und Beitragsneutralen Schutz gibt es für Feuerwehrfahrzeuge. Hier ist die gesamte feuerwehrspezifische Sonderausstattung, mit Ausnahme exponierter elektronischer Sonderausstattung, mitversichert.

Leistungen im Schadenfall erfolgen ohne Begrenzung der Versicherungssumme in der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung auch bei Obliegenheitsverletzungen vor dem Versicherungsfall (wenn diese von der Kommune nicht zu verantworten sind); marktüblich ist in diesen Fällen die Begrenzung der Leistungspflicht auf die gesetzlichen Mindestversicherungssummen. Nicht zuletzt überzeugt der Service im Schadenfall: Ein bei einem Unfall nicht total beschädigter Pkw wird bei einer Reparatur in einer Partnerwerkstatt nicht nur abgeholt, sondern anschließend innen und außen gereinigt wieder zurückgebracht. Während der Reparatur wird ein Ersatzfahrzeug gestellt und sogar drei Jahre Garantie auf die Reparaturarbeit gewährt. □

In den vergangenen 15 Jahren:

Altpapier-Sammelmenge verdoppelt

Umweltstaatssekretär Huber: „Wer Altpapier sammelt, rettet jährlich einen Baum“

Die Papier-Sammelmenge in den Kommunen hat sich von 1991 auf 2006 insgesamt verdoppelt auf jährlich 83,5 Kilogramm pro Person. Diese Bilanz zog Bayerns Umweltstaatssekretär Marcel Huber heute auf der Jahresmitgliederversammlung der Initiative 'Pro Recyclingpapier' in München. Huber: 'Die Bürgerinnen und Bürger trennen ihren Abfall vorbildlich und sammeln das anfallende Altpapier extra. So kommen allein in Bayern rund 1 Millionen Tonnen pro Jahr zusammen, die wieder verwertet werden können. Wenn man bedenkt, dass eine Tonne Altpapier 13 Bäume entspricht, rettet jeder von uns durch Altpapier-Sammeln jährlich einen Baum.' Seit 1991 ist dem Staatssekretär zufolge die bayerische Wirtschaft um 20 Prozent, die Einwohnerzahl um eine Million gewachsen. Bayern habe dennoch das Abfallaufkommen vom Wirtschaftswachstum und Bevölkerungswachstum abkoppeln können: Das Abfallaufkommen ist seit den 90er Jahren bei etwa 6 Millionen Tonnen konstant geblieben; die Restmüllmenge von 4,9 auf 2,4 Millionen Tonnen im Jahr mehr als halbiert.

Voraussetzung für Bayerns hohe Sammel- und Verwertungsquoten ist die flächendeckende kommunale und private Infrastruktur: In Bayern besteht ein Netz von 1.700 Wertstoffhöfen und 18.000 Containerstandorten sowie 300 Anlagen zur Sortierung und Aufbereitung von Wertstoffen. Wertstoffe wie das Altpapier sollen auch künftig von anderen Materialien getrennt gesammelt werden. 'Es gilt, unsere hohe Altpapierqualität zu sichern: Je sortenreiner die Qualität, desto höher der Preis und desto hochwertiger das Recyclingpapier. Die Staatsregierung hält fest am System der Getrennt-Erfassung, das zudem seit Jahren stabile Abfallgebühren ermöglicht', so Huber. Recyclingpapier sei zum einen Ressourcen schonender als Papier aus frischen Holzfasern und zum anderen habe Altpapier-Recycling eine weit bessere Ökobilanz als z.B. Altpapier-Verbrennung zur Energiegewinnung. □

Tagung der Europäischen Vereinigung von Sammel- und Verwertungssystemen in Wien:

Plädoyer für Harmonisierung der Gesetzgebung

Rund 200 Vertreter europäischer Sammel- und Verwertungssysteme aus 27 Ländern tagten in Wien, um darüber zu beraten, wie in Zukunft auf europäischer Ebene noch effizienter Elektroaltgeräte gesammelt werden können. Veranstaltet wurde die Konferenz vom WEEE Forum - WEEE steht für Waste Electrical and Electronic Equipment-, einer Non-Profit-Vereinigung von aktuell 42 Sammel- und Verwertungssystemen.

„2,2 Millionen Tonnen Elektroaltgeräte wurden im Jahr 2007 in Europa recycelt, rund die Hälfte davon von Mitgliedsunternehmen des WEEE Forums“, berichtete Dr. Andreas Röthlisberger, Präsident des WEEE Forums, anlässlich eines Pressegesprächs im Vorfeld der Konferenz.

Trotz dieser beeindruckenden Zahlen gebe es aber noch großes Potenzial, die Rahmenbedingungen zu verbessern: „Speziell Hersteller von Elektrogeräten, die Produkte europaweit auf den Markt bringen wollen, stehen vor riesigen bürokratischen Hürden, da sie mit 57 unterschiedlichen nationalen Umsetzungen der EU-Elektroaltgeräte-Richtlinie konfrontiert sind. Das schreit geradezu nach Harmonisierung“, so

Röthlisberger weiter. Die anstehende Revision dieser Richtlinie sei eine gute Gelegenheit für Vereinfachungen wie beispielsweise die Möglichkeit, dass sich Hersteller über das WEEE Forum in allen europäischen Ländern zentral registrieren lassen können.

Überaus wichtig sind für Röthlisberger auch Bestrebungen, einheitliche Qualitätsstandards für die Sammlung und Verwertung von Elektroaltgeräten zu schaffen: „Einen ersten Erfolg haben wir hier bei Kühlgeräten erzielt, für die es nun festgelegte, mit Herstellern, Sammlern und Recyclern abgestimmte Qualitätsstandards bei der Verwertung gibt. Und noch 2008 wollen wir dieses Ziel auch bei Bildröhren von Fernsehern und Monitoren errei-

chen“. Um Behörden standardisierte und vergleichbare Daten über die Ergebnisse der Verwertung von Elektroaltgeräten liefern zu können, sei darüber hinaus das vom WEEE-Forum geschaffene Auswertungsinstrument RepTool bereits erfolgreich im Einsatz.

Kühlgeräteverwertung gegen Erderwärmung

„Die Sammlung und fachgerechte Verwertung von Elektroaltgeräten leistet auch einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz. Allein in Österreich werden mit der Rückgewinnung von FCKW aus Kühlgeräten jährlich rund 900.000 Tonnen CO₂ verhindert“, erklärte Dr. Helmut Kolba, Chairman System Manager des WEEE Forums und Geschäftsführer des UFH, Österreichs Marktführer bei der Sammlung und Verwertung von Elektroaltgeräten. Pro Jahr werden in Österreich 310.000 Kühlgeräte verarbeitet, in denen FCKW in

Kühlmitteln und Isolierungen enthalten sind. Sie haben ein besonders hohes Treibhauspotenzial (CO₂-Äquivalent) von bis zu 14.400, d.h. dass ein Kilogramm FCKW 14.400-mal stärker zum Treibhauseffekt beiträgt als ein Kilogramm CO₂.

Nachfrage nach Sekundärrohstoffen boomt

Immer größere Bedeutung erlangt laut Kolba das Recycling von Elektroaltgeräten angesichts der weltweiten Rohstoffknappheit speziell bei Metallen und Kunststoffen. „Die Nachfrage nach Sekundärrohstoffen boomt, bereits jedes zweite Auto wird aus recycelten Stoffen erzeugt.“ Besonders Metalle haben Konjunktur, der Preis für eine Tonne Kupfer hat sich seit 2005 auf mehr als 8.200 Dollar verdoppelt. Kunststoffe aus Elektroaltgeräten werden entweder als Ersatzbrennstoffe genutzt oder fließen bei neuen Produkten wieder in den Rohstoffkreislauf ein.

Österreich war eines der ersten EU-Länder, das die europäischen Vorgaben in nationales Recht umgesetzt hat, und zählt gemessen an den in Verkehr gesetzten Elektrogeräten zu den fleißigsten Sammlern in der europäischen Union. Bereits 2006 wurden pro Einwohner 7,65 Kilogramm Elektroaltgeräte bei den Sammelstellen abgegeben und einer umweltgerechten Entsorgung zugeführt. Diese Gesamtsammelmasse entspricht einem Gewicht von 186 voll beladenen Jumbo-Jets.

2007 konnte Österreich diesen Wert mit einer Sammelleistung von 8,15 Kilogramm pro Einwohner noch übertreffen. Die Vorgaben der EU schreiben ein Sammelziel von 4 Kilogramm pro Einwohner und Jahr vor. □

Aqua Solea - unerschöpfliche Energie

Die natürlichen Ressourcen nehmen ab. Fossile Energieträger wie Erdöl und Ergas können den weltweit steigenden Energiebedarf langfristig nicht mehr decken. Schmerzlich sichtbar wird das schon jetzt durch die drastisch gestiegenen Heizöl-, Gas- und Kraftstoffpreise. Dazu belasten die fossilen Brennstoffe die Umwelt und das Klima ganz erheblich. Alternativen sind also dringend notwendig.

Und es gibt sie. Die Natur stellt die Energie, die der Mensch benötigt, in Hülle und Fülle zur Verfügung. Es liegt an ihm, sie mit der richtigen Technik nutzbar zu machen, ohne das Ökosystem zu stören oder weiter zu belasten.

Aqua Solea ist unerschöpfliche Energie und behagliche Wärme, bei der sich auch die Umwelt wohl fühlt. Und jeder einzelne kann sich doppelt gut fühlen. Denn gegenüber herkömmlicher Heiztechnik spart er viel Geld aufgrund der wesentlich niedrigeren laufenden Kosten.

Und da sich jeder Bürger seine Energie gleichsam selbst holen kann, ist er fast unabhängig von den Weltmarktpreisen für fossile Brennstoffe mit all den Unwägbarkeiten bezüglich schwankendem Angebot und unvorhersehbaren Wechselkursen.

Drei Vertriebspartner

Kein Wunder, dass alternative Energien voll im Trend liegen. Darum hat es sich auch die Bayerische Landessiedlung GmbH gemeinsam mit ihren Partnern Infracap und Eiwobau Real Estate zur Aufgabe gemacht, die Marke Aqua Solea einem großen Kundenkreis zugänglich zu machen. Dabei konzentriert sich Aqua Solea insbesondere auf die oberflächennahe Geothermie, die speziell in Einfamilienhäusern, Doppelhäusern und Wohnanlagen zum Einsatz kommt.

Neubauten der Bayerischen Landessiedlung, von Infracap und Eiwobau Real Estate lassen sich auch mit Blockheizkraftwerk (BHKW) und Photovoltaik-Anlage ausrüsten - sie gehören je nach Objekt und Modell den Käufern selbst oder werden angemietet. Darüber hinaus werden kommunale Einrichtungen optimiert, in dem sie mit neuen Technologien nachgerüstet oder bei Neubauten zukunftsorientiert konzipiert werden. Interessant wird dies für die Kommunen durch unterschiedliche Modelle von Contracting bis Leasing.

Natürlich können diese Energieformen nur angeboten werden, soweit es den gesetzlichen Bestimmungen entspricht und die technischen und geologischen Voraussetzungen gegeben sind. □

Internationale 7. ASA-Abfalltagung in Hannover:

MBA-Technologie im Visier

„Die Mechanisch-Biologische Restabfallbehandlung MBA hat sich in der Abfallwirtschaft etabliert, aber ist das Potential auch wirklich ausgeschöpft?“ Diese Frage stand hinter dem Titel „Leistungsfähigkeit der MBA“ bei der dreitägigen internationalen Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Stoffstromspezifische Abfallbehandlung ASA in Hannover.

Fast zwei Jahre Betriebserfahrungen in 50 bundesdeutschen MBA Anlagen seit Inkrafttreten der Technischen Anleitung für Siedlungsabfall (TAS) zum 1. Juni 2005 unterstrichen deutlich: Die MBA-Anlagen sind etabliert und erfüllen mit 25 Prozent Anteil an der Entsorgung die ihnen zugeordneten Aufgaben. Einen ähnlichen Erfolg konnte Herr Confalonieri aus Italien vermelden, wo mit 13 Millionen Tonnen mehr als die doppelte Anlagenkapazität im Vergleich zu Deutschland besteht. Optimierungspotential besteht jedoch weiterhin und wird das Hauptaugenmerk der Entwicklung sein. Mit Ansätzen zur Steigerung der Energie-Effizienz, einer feineren Aufteilung der Stoffströme zur besseren stofflichen und energetischen Verwertung und für den Ausbau der MBA zur Stoffstrom-Managementzentrale zeigte der ASA-Beirat hier viel versprechende Wege auf.

Großes Interesse fand die umfangreiche „Praktikersession“: Alle wesentlichen Technologien und Verfahren (MBA, MPS mechanisch physikalische bzw. bio-

logische Stabilisierung MBS, aerobe und anaerobe Nachbehandlung) wurden anhand von Erfahrungsberichten von Anlagenbetreibern vorgestellt - durchaus auch mit den Schwierigkeiten, mit denen die Anlagen zu kämpfen hatten. Ergänzt wurden die Anlagenberichte durch eine Reihe von Vorträgen zum praktischen Anlagenbetrieb wie Brandvorsorge, Reinigung, Wartung, Korrosionsprobleme, Abluftbehandlung, Betriebsoptimierung und Schulung des Betriebspersonals. Einmal mehr wurde darauf verwiesen, dass nur eine entsprechende Aufbereitung und Qualitätssicherung die Vermarktung für die heizwertreiche Fraktion langfristig sichert.

Auch die Einbindung der MBA Technologie in das abfallwirtschaftliche Umfeld bis hin zu politischen Entwicklungen bei der EU-Kommission kam nicht zu kurz. Die Auswahl der Referate unterstrich das Ansinnen der ASA, sich auch der Klimadiskussion zu stellen. So erläuterte Dr. Manfred Stock vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung

eindrucksvoll die Klimaveränderung und unterstrich die Verbindung von Klimaschutz und Abfallwirtschaft.

Dr. Uwe Lahl, der zum Emissionsgeschehen in biologischen Abfallbehandlungsanlagen aus der Sicht des Umweltministeriums Stellung nahm, betonte, dass an der Abluftbehandlung in MBAs mittels der Regenerativen Thermischen Oxidation RTO derzeit kein Weg vorbeiführt. Dr. Cuhls stellte dar, dass prinzipiell auch die Ökobilanz für die RTO spricht. Da diese noch nicht den Anforderungen entsprechen, wird die ASA Gespräche mit den Herstellern aufnehmen, um eine Weiterentwicklung zu koordinieren. Einige Hersteller haben bereits ihr Interesse bekundet.

Der zuständige Sachbearbeiter für biologische Abfälle bei der EU-Kommission stellte dar, wo und wie sich der Stand der Technik in der biologischen Abfallbehandlung künftig in die Richtlinie zur integrierten Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzung widerspiegelt. Zudem erläuterte er den aktuellen Stand der Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie. Hier prüft die EU-Kommission derzeit die Notwendigkeit einer eigenständigen rechtlichen Regelung zum biologischen Abfallstrom. DK



STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU

KOMMUNALE ENTWICKLUNG

WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Bayerische Landessiedlung®

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München

Tel. (0 89) 23 87-0
Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Gemeinde- und Projektentwicklung
in Partnerschaft mit den Kommunen

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN



Er braucht Wärme.
Und das auch noch
in 70 Jahren.

Geben Sie ihm Behaglichkeit mit Zukunft. Energie aus AQUA SOLEA steht uns auch in 100.000 Jahren noch zur Verfügung - vorsichtig geschätzt. Somit haben Sie es auch morgen und übermorgen immer schön warm. Mehr über Energie für die Ewigkeit siehe: www.aqua-solea.com

Energie von AQUA SOLEA exklusiv bei:  Bayerische Landessiedlung®



AQUA SOLEA
ENERGIE FÜR EIN GUTES KLIMA.



Auf diesem weitläufigen Areal erstrahlt der Bauhof des Landkreises Rosenheim in neuem Glanz. □

Landratsamt Rosenheim:

Leistungsstarker Bauhof

Neu und modern präsentiert sich der Bauhof des Landkreises Rosenheim. Mit einer Gesamtfläche von 12.000 m² bei der Zentrale in Riedering und 6.000 m² bei der Außenstelle Wasserburg zählt er zu den modernsten und leistungsstärksten Bauhöfen Süddeutschlands. Nach seinem Umbau erstrahlen der Verwaltungstrakt mit Kfz-Werkstatt und Schreinerei, die LKW-Halle mit Magazin und Stramotlager, die Halle für Verkehrsbeschilderung und Bauunterhalt sowie zwei weitere offene Unterstellhallen im neuen Glanz.

Das besondere ist dabei auch der Einsatz von Holz sowohl als Baustoff als auch als Energieträger. Die Konzentration auf den Werkstoff Holz war für einen Landkreis mit ausgeprägter Forst- und Holzwirtschaft naheliegend. Mit der ansprechenden Holzbauweise heben sich die Gebäude wohltuend von üblichen Zweckbauten ab.

Insgesamt 5,4 Millionen Euro investierte der Landkreis in den Aus- und Umbau. „Mit diesem modernen Standard schuf der Landkreis die Voraussetzung für einen zeitgemäßen und effizienten Arbeitsablauf. Für unsere Mitarbeiter ist die herausragende Ausstattung ein Zeichen der Wertschätzung ihrer Tätigkeit“, so der Leiter des Bauhofs Lothar Schlüsselbauer. Insgesamt 60 Mitarbeiter betreuen von dort aus 360 Kilometer Kreisstraßen.

Große Herausforderungen an den Winterdienst

Die Straßen des 247.000 Einwohner starken Landkreises Rosenheim unterliegen dabei unterschiedlichsten äußeren Bedingungen. Das Höhenprofil der Region reicht von etwa 420 m bis knapp 1500 m, dabei wechseln schneereiche Gebiete des Voralpenlandes mit Niederregionen ab. Dies stellt den Winterdienst, der durchschnittlich von Oktober bis April im Einsatz ist, vor eine große Herausforderung. Aber auch die Umleitstrecken zweier Bundesautobahnen sowie 140 Brückenbauwerke gehören zum Aufgabengebiet des Bauhofs.

Vollelektronisches Salzmanagement

Zur rationelleren Abwicklung wurde der Winterdienst inzwischen bei allen zwölf Fahrzeugen auf den Ein-Mann-Betrieb umgestellt. Außerdem erfolgt das Salzmanagement über eine deutschlandweit einmalige vollelektronische Siloanlage mit Lastzellensystem aus emaillierten Stahl; dadurch ist die Salzbefüllung im Ein-Mann-Betrieb möglich.

Auch während der Sommermonate gibt es für die Mitarbeiter des Bauhofs eine Menge zu tun. Die kompletten Mäharbeiten im Bankettbereich entlang des gesamten Kreisstraßennetzes werden mit einem Mulde-Gespinn sowie einem Schlepper mit Vorbaugerät abgewickelt. Außerdem betreut der Bauhof Badeplätze, erledigt Holzarbeiten in den landkreiseigenen Wäldern und kümmert sich um Außenanlagen sowie Handwerksarbeiten im Innenbereich der 22 Landkreisschulen sowie des kreiseigenen Schlosses Hartmannsberg.

Eine weitere Besonderheit im Aufgabenfeld des Landkreisesbauhofs ist die Asphaltierung der Fahrbahnen im Rahmen des Straßenunterhalts mit einem Asphaltfertiger. So verbaute der Bauhof im vergangenen Jahr knapp 4.000 t Asphalt im Kreisstraßennetz. Im Streckenunterhalt erneuert der Landkreis durchschnittlich 15 km zum Beispiel in Form einer Oberflächenbehandlung und Erneuerung von Asphaltflächen. □

Sicherheit im Omnibus

Gewerbeaufsichtsamt der Regierung der Oberpfalz überprüft Busunternehmen

Täglich benutzen eine Vielzahl von Schülern, Arbeitnehmern, Urlaubern und sonstigen Fahrgästen das Transportmittel Omnibus, denn es ist pünktlich, günstig und sicher. Und jeder erwartet einen freundlichen und ausgeruhten Busfahrer der jedoch oft mit Termindruck, vollen Straßen, ungünstigen Witterungsbedingungen und den Kundenwünschen zurechtkommen muss. Um Unfälle, ausgelöst durch übermüdete Fahrer, zu vermeiden, hat der Gesetzgeber die Anforderungen an die Lenk- und Ruhezeiten verschärft.

Planung im Visier

Im Rahmen einer bayernweiten Überprüfungsaktion werden von April bis September auch Busunternehmen in der Oberpfalz durch das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung aufgesucht, um die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu überprüfen. Dabei wird ein großes Augenmerk auch auf die Planung der durchgeführten Fahrten gelegt. Denn oft sind schon im Vorfeld Abweichungen von den Vorschriften über Lenk- und Ruhezeiten erkennbar.

Lenk- und Ruhezeiten

Die seit 2007 geltenden verschärften Vorschriften lassen für Omnibusfahrer eine tägliche Lenkzeit von neun Stunden und zweimal in der Woche von zehn Stunden zu. Gleichzeitig sind die Bestimmungen der Tagesruhezeit einzuhalten, die grundsätzlich 11 Stunden vorsehen, allerdings darf dreimal pro Wo-

che auf bis zu neun Stunden verkürzt werden. Neu sind auch die Anforderungen an die Wochenruhezeiten. Fahrer müssen jede Woche eine 45-stündige Ruhezeit erhalten, die höchstens jede zweite Woche auf 24 Stunden verkürzt werden darf.

Erfassung der Tätigkeiten

Neuerungen gibt es auch bei der Erfassung der Tätigkeiten des Fahrpersonals. Während Omnibusse, die älter als zwei Jahre sind, noch ein analoges Kontrollgerät mit einer Tachoscheibe als Aufzeichnungsmedium besitzen, sind neue Busse mit einem digitalen Kontrollgerät ausgerüstet.

Digitales Kontrollgerät

Dieses System wird mit einer Fahrerkarte in Scheckkartenformat betrieben, auf dem sich alle Tätigkeiten des jeweiligen Fahrers wiederfinden. Die gespeicherten Daten sind vom Unternehmen regelmäßig auszulesen und ermöglichen bei Straßen- und Betriebskontrollen eine lückenlose Überprüfung aller Lenk- und Ruhezeiten.

Neue Broschüre

Rechtzeitig zum Start der Omnibusaktion ist ein neues Faltblatt zu den Sozialvorschriften im Straßenverkehr durch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz aufgelegt worden. Die Broschüre ist im Internet unter www.stmugv.bayern.de zu finden. □



Die neu gegründete „Stiftung Unimog-Museum“ läuft an und wächst dank Zustiftungen. Von links: Michael Wessel, Dr. Roman Glaser, Vorstandsvorsitzender Volksbank Baden-Baden, Rastatt, Christina Palma Diaz, Siegfried Burow, Stefan und Evi Schwaab sowie Werner Magin, Vorstandsvorsitzender Sparkasse Gaggenau-Kuppenheim. □

Stiftung Unimog-Museum gegründet:

Gesicherte Basis für die Zukunft

Gaggenau. Noch vor dem zweiten Geburtstag des Unimog-Museums stellen die engagierten Museums-Macher Weichen für die Zukunft: durch die Gründung einer eigenen Stiftung, so eine Pressemitteilung des „UM“. Nach einer Präsentation vor Sponsoren und ehrenamtlichen Helfern sollen nun Zustiftungen erfolgen.

Den Grundstock in Höhe von 10.000 Euro legte Stefan Schwaab, 1. Vorsitzender des Vereins, zusammen mit seiner Frau Evi, bereits Ende 2007. Weitere 15.000 Euro wurden durch die Betreibergesellschaft stellvertretend für 120 aktive Ehrenamtliche eingezahlt. Auf dieser finanziellen Basis erteilte das Regierungspräsidium Karlsruhe im vergangenen Dezember die Ernennungsurkunde für die „Stiftung Unimog-Museum“. Auch die beiden Banken vor Ort, die Sparkasse Gaggenau-Kuppenheim sowie die Volksbank Baden-Baden-Rastatt sind mittlerweile Stifter, jeweils mit 3.000 Euro.

Beirat sind Alfons Braun, Rita Eberle, Gaggenaus Oberbürgermeister Christof Florus, die Geschäftsführerin des Unimog-Museums, Christina Palma Diaz, Georg Pfeffer sowie Andreas Renschler, Vorstandsmitglied der Daimler AG verantwortlich für den Nutzfahrzeugbereich.

Mit diesem Team hat man Schwaab zufolge sowohl ehrenamtliche Helfer für die Stiftungsarbeit gewinnen können als auch wichtige Mandats-träger und Persönlichkeiten wie Florus und Renschler. Weitere Informationen zur Stiftung stehen im Internet: www.unimog-museum.de

Aufbau von Stiftungskapital

Das Besondere der Stiftung, so Schwaab, sei der Aufbau von Stiftungskapital, das angelegt werde, um allein durch den Ertrag zum Beispiel neue Projekte zu finanzieren: „Unser Ziel ist ein großer Stiftungsfonds, damit wir über viele Jahre ein attraktives Museum garantieren können.“

Der Vorstand

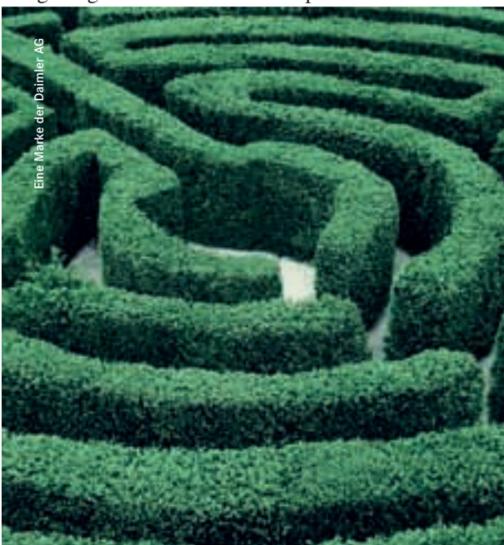
Den Vorstand der neuen Stiftung bilden Stefan Schwaab als 1. Vorsitzender, Siegfried Burow sowie Michael Wessel. Im

Zusätzlicher attraktiver Baustein

Mit einem speziellen Flyer wird für die Stiftung geworben. Wer mindestens 1.000 Euro zahlt, wird als neuer Zustifter aufgenommen und mit seinem Namen an einer Museumstafel verewigt. Jedes Jahr sollen so die Stifter gewürdigt werden. Aber auch kleinere Spenden seien weiterhin herzlich willkommen, führte Stefan Schwaab aus. Schließlich bestehe der Verein Unimog-Museum mit seinen wichtigen Aktivitäten fort. Die Stiftung bilde vielmehr einen zusätzlichen attraktiven Baustein. □



Blick in die großzügig gestaltete Kfz-Werkstatt mit angrenzender Schreinerei. □



Kleiner Wendekreis. Große Möglichkeiten.

Der neue Mercedes-Benz Unimog U 20.

Kompakt, wendig und günstig in Anschaffung und Unterhalt. Gerade wenn's eng wird, zeigt der neue Unimog U20 wahre Größe. Ein echter Mercedes-Benz Unimog bis 7,5 bzw. 8,5 t – wie gemacht für kommunale Einsätze, ob Bauhof oder Garten- und Landschaftsbau. Jetzt bei Ihrem Unimog-Partner: www.mercedes-benz.com/neuer-U20

IFAT Der neue Unimog U20 live!
5.-9. Mai 2008,
München, Halle C4, Stand Nr. 319

Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Carl Beuthauser GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.beuthauser.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127
E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com
Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

Ein Müllfahrzeug für Partnerstadt Mwanza

Übergabe durch Würzburgs OB Dr. Pia Beckmann und Werkleiter Wolfgang Kleiner

Das Fahrzeug wird im Frühjahr 2008 nach nunmehr 15 Jahren Einsatz bei der Stadt Würzburg durch eines modernes umweltfreundliches Fahrzeug ersetzt. Das außer Betrieb gestellte dreiachsige Fahrzeug verfügt über einen Müllpressaufbau mit einem Volumen von 20 Kubikmetern (entspricht rund 11,7 Tonnen Nutzlast) und eine Schüttung zur Behälterentleerung.

Mit der Spende des Müllfahrzeuges unterstützt die Stadt Würzburg unter anderem die ordnungsgemäße Entsorgung der Krankenhäuser und medizinischen Einrichtungen in ihrer Partnerstadt.

Damit in Mwanza ein ordnungsgemäßer Betrieb, eine fachkundige Wartung und Reparatur sichergestellt ist, absolviert derzeit Thobias Bujiku, Transport Office Mwanza City, ein dreiwöchiges Praktikum im städtischen Fuhrpark.

Spezielle Einweisung

Bujiku wird in den Werkstattbetrieb des städtischen Fuhrparks im Betrieb „Die Stadtreiniger“ eingebunden und speziell in die Bedienung und Technik des Müllfahrzeuges eingewiesen. Dies umfasst die komplette Fahrzeugtechnik (Hydraulik und Elektrik) vom Fahrgestell über den Müllpressaufbau bis zur Schüttung. Auch werden technische Informationen in englischer Ausfertigung mit übergeben. Die technische Betreuung des Fahrzeuges in Mwanza ist somit für die Zukunft sichergestellt.

Logistische Abläufe

Darüber hinaus lernt Bujiku auch die organisatorischen und logistischen Abläufe des Fuhrparks und der Abfallsammlung in Würzburg kennen.

Erfreuliches Jahr für den BayWa-Konzern

Agrargeschäft florieret / Steigerungen bei Umsatz und Ergebnis im Jahr 2007

München. Trotz eines schwierigen wirtschaftlichen Umfelds hat der Mischkonzern BayWa im vergangenen Jahr seine Marktposition weiter verbessert. Bei der Bilanzvorlage in München berichtete der scheidende Vorstandschef Wolfgang Deml, dass der Umsatz 2007 um 1,3 Prozent auf 7,3 Milliarden Euro gestiegen ist. Der Jahresüberschuss erhöhte sich um ein Viertel und erreichte bei knapp 72 Millionen Euro eine neue Höchstmarke.

Die Bilanzsumme stieg wegen höherer Bestände im Agrarbereich von 2,8 auf 3,1 Milliarden Euro. Demls Gesamturteil: „Ein erfreuliches Jahr für den Konzern, unsere Ziele wurden deutlich übertroffen“.

80 Prozent höherer Gewinn

Der Boom im Agrarsektor brachte in diesem Segment eine Umsatzsteigerung um über 16 Prozent auf 3,3 Milliarden Euro. Der Gewinn schoss um 80 Prozent auf 47 Millionen Euro nach oben. Der Grund war vor allem die starke Nachfrage nach Getreide. So wurde Getreide im vergangenen Jahr um 74 Prozent, Mais um 56 Prozent und Raps um 53 Prozent teurer. Um gegen starke Preisschwankungen an den Rohstoffmärkten gewappnet zu sein, erhöhte die BayWa ihre Lagerbestände deutlich.

Die Sparte Technik erreichte nicht ganz die vorjährigen Verkaufszahlen, da viele Landwirte wegen der Mehrwertsteueranhebung Investitionen in das Jahr 2006 vorgezogen hatten. Außerdem bremsen längere Lieferzeiten und sogar Lieferengpässe der Industrie den Absatz. So erzielte die Sparte mit 736 Millionen Eu-

r einen Umsatz, der um 3,7 Prozent unter dem Vorjahr lag. Der Absatz von Traktoren und Kommunalfahrzeugen blieb im wesentlichen auf Vorjahreshöhe. Die Werkstättenoptimierung wird laut Deml fortgesetzt, die Zielstruktur 2009 liegt bei 76 Servicezentren und 135 Servicestationen.

Bau und Energie

In den anderen Geschäftsbereichen wie Bau und Energie und sonstigen Handelsaktivitäten wurden die Vorjahreszahlen nicht erreicht. Im Baugeschäft machte sich besonders der Wegfall der Eigenheimzulage bemerkbar, die Zahl der Bauanträge liegt derzeit, so Deml, auf dem Niveau von 1946, „das ist der niedrigste Stand, der je in der Bundesrepublik erreicht wurde“. Der Umsatz im Sektor Bau ging um fünf Prozent auf 1,7 Milliarden Euro zurück. Im Energiehandel sank der Umsatz sogar um 15 Prozent auf 1,8 Milliarden Euro. Für den Rückgang machte Deml vor allem den hohen Ölpreis und die starken Preisschwankungen verantwortlich.

Baldige Überführung

Der Verein M.W.A.N.Z.A. e.V. steht für: Menschen aus Würzburg Arbeiten für Nachhaltiges Zusammenwirken mit unserer Afrikanischen Partnerstadt. Er wurde am 24. Mai 2000 gegründet. Zweck des Vereins ist die Verbesserung der Lebensbedingungen, der Ausgleich von Lebenschancen und das nachhaltige Zusammenwirken mit Einrichtungen und Menschen in und um Würzburgs afrikanische Partnerstadt Mwanza.

Bei dem Transport wird auch ein Prüfstand für Atemschutzgeräte dabei sein, den die Würzburger Berufsfeuerwehr gespendet hat. Auf dem Gerät, in das sich der Stellvertretende Feuerwehrchef der Stadt Mwanza, Musa Kaboni, derzeit einweisen lässt, können alle Atemschutzgeräte überprüft und eingestellt werden. □



Ein gebrauchtes Fahrzeug der Würzburger Stadtreiniger wird demnächst in Würzburgs Partnerstadt Mwanza seinen Dienst aufnehmen. Freude bei: Musa Kaboni (4.v.l.), stellvertretender Feuerwehrchef Mwanza, Michael Stolz (5.v.l.) vom M.W.A.N.Z.A. e.V., Tobias Bujiku, Cityingenieur der Stadt Mwanza, Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann (4.v.r.), Kommunalreferent und Werkleiter Wolfgang Kleiner (3.v.r.) und Franz-Josef Hench, Leitender Branddirektor der Würzburger Berufsfeuerwehr (rechts). Foto: Christian Weiß

Eine besondere Werbung:

Löschfahrzeug auf Schienen

Eine spektakuläre Maßnahme macht auf das 150-jährige Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Würzburg aufmerksam. Ein Straßenbahnzug der Würzburger Straßenbahn GmbH (WSB) rollt seit kurzem im Design eines Löschfahrzeuges durch die Stadt und wirbt unter anderem für Nachwuchs.

Innerhalb von vier Tagen beklebten Spezialisten einer Burg-haslacher Firma zusammen mit Feuerwehrleuten einen 32,5 Meter langen Straßenbahnzug der WSB. Über 429 Quadratmeter Spezialfolie machen das schwere Gefährt mit 64 Tonnen Gesamtgewicht zum „Eye-Catcher“ auf Würzburgs Straßen. Der Zug wurde liebevoll bis ins Detail gestaltet - sogar Blauleuchten wurden montiert.

Identifikationsobjekt

Vereinsvorsitzender Christian Schulz, der die Aktion ins Leben rief, wies darauf hin, dass die Straßenbahn bewusst als Feuerwehrfahrzeug gestaltet wurde. Sie solle „ein Identifikationsobjekt für die Bürger mit ihrer Feuerwehr“ sein. Außerdem soll der internationale Notruf 112 weiter bekannt gemacht werden.

Im vorderen Bereich der Straßenbahn ist ein Schaumrohran-griff unter schwerem Atemschutz zu sehen. Darüber steht die Information „Unsere Freizeit für ihre Sicherheit“. Der Mittelteil des Zuges ist der „Feuerwehrrfamilie“ gewidmet: Er zeigt Aktive der Würzburger Wehr und macht deutlich, dass Jugendliche und Frauen als gleichwertige Mitglieder angesehen werden.

Standorte geschlossen und zwei Märkte in Fürth und Pfarrkirchen neu eröffnet.

Elf Marktoptimierungsprozesse sind abgeschlossen. Insgesamt erzielten die Gartenmärkte des Konzerns ein Umsatzplus von knapp sechs Prozent auf 443 Millionen Euro.

Lutz folgt auf Deml

Konzernchef Wolfgang Deml, der nach fast 20 Jahren an der Spitze des Unternehmens in den Ruhestand geht, sieht auch für das laufende Geschäftsjahr gute Chancen für die Fortsetzung des profitablen Wachstumskurses. Er übergibt seinem Nachfolger Klaus Josef Lutz, bis vor kurzem Leiter des Süddeutschen Verlags, ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen mit über 16000 Mitarbeitern. Deml kündigte abschließend ein „phänomenales erstes Halbjahr 2008“ an, gerade zeichne sich ab, dass Januar, Februar und März das erfolgreichste erste Quartal in der 85-jährigen Firmengeschichte markieren werden. Der Hauptversammlung der BayWa Ende Mai wird erneut eine Dividendenerhöhung von 30 auf 32 Cent je Aktie vorgeschlagen. E. Scholl

Landtechnische Spitzenforschung:

Sicherung des Agrarstandorts

Die landtechnische Spitzenforschung ist für die Sicherung des Agrarstandorts Bayern unerlässlich. Das hat Landwirtschaftsminister Josef Miller bei einer Pressekonferenz des TU-Lehrstuhls Agrarsystemtechnik in Weihenstephan deutlich gemacht.

Deutschland ist nach Aussage des Ministers inzwischen weltweit die agrartechnisch führende Nation. An dem globalen Gesamtumsatz von rund 50 Milliarden Euro ist Deutschland mit 5,2 Milliarden Euro beteiligt, ein Drittel der Produktion kommt davon allein aus Bayern.

„In der Agrartechnik beobachten wir nach wie vor ein hohes Innovationstempo zur Verbesserung von Maschinen einerseits, aber immer mehr auch von ganzen Produktionssystemen“, so Miller. Neben der Effizienzsteigerung stünden dabei auch zunehmend neue Aufgaben wie Rückverfolgbarkeit der Produkte oder der Bereich der Agrarener-

gietechnik im Mittelpunkt.

Der Trend zur Hochtechnologie wird sich nach Aussage des Ministers in vielen Bereichen fortsetzen. Als Beispiele nannte er GPS-basierte Fahrhilfen, Sensoren zur optimierten Düngung, automatische Melksysteme oder die satellitengestützte Erstellung von Ertragskarten durch Mähre-scher. Miller: „Die moderne Agrartechnik mit ihren neuen Möglichkeiten kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Bedingungen für Mensch und Tier, aber auch für die Umwelt weiter zu verbessern.“ Der Agrarwissenschaftsstandort Weihenstephan habe dazu bereits in der Vergangenheit für wichtige Impulse gesorgt. □

Würzburger Unternehmen unterstützen die Stadtreiniger

Die Stadtreiniger konnten vor kurzem ein neues Dienstfahrzeug in Betrieb nehmen, das vollständig über Werbung finanziert wurde. Es handelt sich dabei um einen Kleinwagen der Marke Smart. Insgesamt neun Firmen sind auf der fahrenden Litfasssäule präsent. Dieses Fahrzeug ist ein lebendiges Beispiel für die Identifikation von ortsansässigen Unternehmen mit der Stadt Würzburg.

Der Smart wird täglich für dienstliche Fahrten (Kundenbesuche, Außendiensttätigkeiten, Kontrollfahrten, etc.) des Betriebes „Die Stadtreiniger“ im Stadtgebiet eingesetzt. Zustande kam diese Partnerschaft durch die Firma MOBIL - Sport und Öffentlichkeitsarbeit aus Neustadt an der Weinstraße.

Das Fahrzeug fährt die nächsten fünf Jahre als rollende Litfasssäule durch Würzburg. Anschließend geht das Fahrzeug in das Eigentum der Stadtreiniger. □



Erfolgsbilanz 2007 der bayerischen Sparkassen

7,48 Mrd. neue Kredite an Unternehmen und Selbständige
10,7% mehr als 2006

123,5 Mrd. Euro Kundeneinlagen
3,8% mehr als 2006

Steigende Geldvermögensbildung

Moderne Finanzdienstleistungen für alle und überall

Statt schneller Gewinne verlässliche Geschäftsbeziehungen

Bayerische Sparkassen
Sicher. Stabil. Beständig.

Sparkassen. Gut für Bayern.



Nationaler Geopark Ries:

Forscher erarbeiten Rahmenplan

Zu einem ganztägigen Workshop im Rathaus der Stadt Nördlingen traf sich der vor kurzem im Auftrag von Landrat Stefan Rößle (Landkreis Donau-Ries) gegründete Arbeitskreis „Rahmenplan Geopark Ries“. Dem Arbeitskreis gehören international renommierte Wissenschaftler aus ganz Deutschland an, die auf verschiedenen Fachgebieten aktuelle Forschung im Nördlinger Ries betreiben.

Die Teilnehmer des Workshops wurden vom Oberbürgermeister der Stadt Nördlingen, Hermann Faul, und vom Koordinator des Workshops, Prof. Stöffler begrüßt. Nach einem Einführungsreferat von Dieter Stöffler zu den Aufgaben und Zielen der Nationalen Geoparks und der Aufgabenstellung des Workshops wurden von den Fachwissenschaftlern Kurzreferate über die geologischen und kulturgeschichtlichen

Bodendenkmale gehalten, die in künftige Besichtigungstouren und anderen Projekte für Geopark-Touristen aufgenommen und präsentiert werden sollen. Die Referate behandelten die folgenden Themen: Geologie und Bedeutung des Meteoritenkraters „Nördlinger Ries“, Industrielle Nutzung der Riesgesteine, Natur- und Geotop-Schutz im Ries, die Steinzeit im Ries, Bronzezeit und Keltische Zeit im Ries, Die Rö-

mer und Germanen im Ries, Burgen, Schlösser und Sakralbauten im Ries, Museen im Ries. Anschließend referierte der Geschäftsführer des Geoparks Ries, Günther Zwerger über die Organisation, die finanzielle Ausstattung und das Marketing des Geoparks Ries.

Inhaltliche Ausführung

Am Nachmittag widmete sich der Arbeitskreis einer ausführlichen Diskussion über die inhaltliche Ausführung eines „Rahmenplans Geopark Ries“. Dabei wurde ein grundsätzliches Einvernehmen darüber erzielt, wie z. B. die Gestaltung von Besichtigungstouren (Wander-, Fahrrad-, und Auto-Rundtouren) auf dem Gebiet des Geoparks und die Ausbildung von Geopark-Führern durchgeführt werden soll. Darüber hinaus wurden mögliche Veranstaltungen für Besucher des Geoparks (Vorträge, Sommerkurse, GeoPark-Tage, Veranstaltungen in Schulen etc.), die fachlich korrekte Erstellung von Informationsmaterial (Geopark-Führer, Begleitbroschüren, digitale Medien) und die Inhalte der Öffentlichkeitsarbeit (Presse, Funk und Fernsehen) des Geoparks besprochen. Hierbei wurde auch die operative Entwicklung des Geoparks Ries, wie z. B. die Umsetzung der Planungen, die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Fachexperten und der Geschäftsführung und die Qualitätskontrolle aller Produkte des Geoparks besprochen.

Dem Arbeitskreis war es auch ein wichtiges Anliegen, die bestehende Kooperation mit dem Geo-

park Schwäbische Alb vor allem im Hinblick auf das Steinheimer Becken zu intensivieren. Bekanntlich liegt der „kleinere Bruder“ des Nördlinger Rieses, das Steinheimer Becken, welches gleichzeitig mit dem Ries vor 14,3 Millionen Jahren durch den Einschlag eines Doppel-Asteroiden entstanden ist, im Gebiet des Geoparks Schwäbische Alb.

Spitzenstellung

Geplant ist, bis Mai 2008 den „Rahmenplan Geopark Ries“ in schriftlicher Form unter der Federführung von Prof. Stöffler zu erstellen und als verbindliche Empfehlung dem Landkreis Donau-Ries als dem Träger des Geoparks Ries vorzulegen. Alle Teilnehmer waren sich in den Zielsetzungen einig und brachten zum Ausdruck, dass der Geopark Ries eine Spitzenstellung unter den insgesamt 11 Nationalen Geoparks in Deutschland einnehmen wird.

Arbeitskreis und Workshop wurden von dem Planetologen und Riesforscher Prof. Dieter Stöffler (Museum für Naturkunde, Humboldt-Universität zu Berlin) in Absprache mit dem Geschäftsführer des Geoparks Ries, Günther Zwerger, organisiert. Es gelang, bekannte Vertreter der Kulturwissenschaften für die Mitarbeit zu gewinnen, die bisher nicht in die Planungen des Geoparks einbezogen waren. Als Gäste verfolgten Nördlingens OB Hermann Faul und der Bürgermeister der Stadt Steinheim am Albuch, Rainer Schaller, und sein Mitarbeiter Manfred Abele die Diskussionen mit großem Interesse. □

Förderagentur im Visier

Europaminister Markus Söder: Erfahrungsaustausch mit niederbayerischer Regierung und Landräten

Europarechtliche Fragen gehören für die Verwaltung in Bayern zum täglichen Brot - von Förderprogrammen über Wettbewerbsrecht bis zum Natur- und Artenschutz. Nicht selten überlagern sich mehrere Rechtskreise - bayerisches, Bundes- und EU-Recht. Trotz komplexer Problemlagen müssen Infrastrukturentscheidungen vorangetrieben und Förderungen genutzt werden, z. B. im inzwischen voll angelaufenen EU-Förderzeitraum 2007 bis 2013. Der Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Dr. Markus Söder und der Europaabgeordnete Manfred Weber diskutierten bei einem Meinungsaustausch in Landshut mit Landrätin Bruni Mayer (Rottal-Inn), ihren Kollegen Hanns Dorfner (Passau), Heinz Wöfl (Regen) und stellvertretendem Landrat Ludwig Lankl (Freyung-Grafenau) sowie Walter Keilbart von der IHK und Hans Pschorn (Handwerkskammer) brisante Punkte.

Themen des Gesprächs waren vor allem Förderungen, Verkehrsfragen und die Vergabe öffentlicher Aufträge. Dazu zählten auch die Problematik des Fördergefälles zur Tschechischen Republik oder der Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen.

Wie Söder betonte, sei es gerade für Niederbayern und das Grenzland enorm wichtig, die von der EU zur Verfügung gestellten Gelder auch abzurufen. Der Freistaat habe für die laufende Förderperiode die nötigen Voraussetzungen geschaffen und die Mittel für die Kofinanzierungen um 38,5 Millionen Euro auf 135 Millionen Euro erhöht. Davon gingen 25 Millionen Euro direkt nach Niederbayern.

Darüber hinaus sei es aber auch vonnöten, bereits jetzt die Weichen für die nächste Förderperiode ab 2013 zu stellen. Bis dahin sollte Söder zufolge auch der Gedanke der Europaregionen stärker aufgegriffen werden. Er denke dabei an die Dreiländerregion Niederbayern, Oberösterreich und Südböhmen. Eine stärkere Zusammenarbeit könnte durchaus Lösungen bei aktuellen Problemen wie grenzübergreifenden Krankenhaus-Kooperationen, Führerscheintourismus oder der Produktpiraterie bringen. Auch Weber sah in einer Dreiländerregion eine große Chance: „Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss aber auch entsprechende Lobbyarbeit in Brüssel geleistet werden, damit können wir diesen Raum interessant machen.“ Signale für die Bereitschaft zur Zusammenarbeit gebe es bereits sowohl aus Südböhmen als auch als Oberösterreich.

Forschung und Mittelstand

Mit einer noch zu gründenden Förderagentur will sich Niederbayern in Zukunft mehr Mittel aus den Brüsseler Fördertöpfen sichern. Damit wurde der Vorschlag von Regierungspräsident Heinz Grunwald aufgegriffen, der eine Art Europaagentur für die Förderung von Forschung und Mittelstand eingerichtet haben will. Immerhin flößen über 20 Prozent der europäischen Fördergelder über die Mitgliedstaaten direkt zu den Unternehmen. Zuvor sei allerdings ein sehr aufwändiges Antragsverfahren durchzuführen, das von mittelständischen Unternehmen oder einzelnen Fachhochschulen alleine nicht bewältigt werden könne. Laut Grunwald läuft derzeit ein Antrag beim bayerischen Wirtschaftsministerium auf Errichtung einer Förderagentur. Wie diese ausgestaltet werden soll, sei noch offen. „Da wir auch bei Projektentwicklungen Hilfestellung geben wollen, soll die Agentur in jedem Fall von staatlichen Institutionen getrennt errichtet werden.“

Bei Minister Söder stieß dieser Vorschlag auf offene Ohren. Geradezu begeistert zeigte sich der Europa-Parlamentarier Manfred Weber: „Für kleine oder mittlere Unternehmen, aber auch für Fachhochschulen, ist es ein Riesenaufwand, an derartige Mittel zu kommen, da wäre eine Förderagentur ein spannender Ansatz.“

Dass er Europapolitik nicht als „Feiertagspolitik“ und sich selbst weder als „Briefträger“ noch als „Botschafter“ der EU, sondern die Aufgabe des Europa-ministers vielmehr als politische Managementfunktion versteht, stellte Söder abschließend klar. Sein Augenmerk richte sich darauf, Bayern und die Regionen „besser aufzustellen und zu strukturieren, professioneller zu gestalten“. Europapolitik bedeute, die Eigenheiten von 27 Mitgliedstaaten zu vereinen. Es gelte, mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort zu sichern. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 42 vom 01.01.2008

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Schwäbische Kinderschutzkonferenz:

Starke Eltern, starke Netze

Groß war das Interesse an einer Kinderschutztagung bei der Regierung von Schwaben. Knapp 200 Gäste, darunter Vertreter von Kinderkrippen, -gärten und -horten, von der stationären Kinder- und Jugendhilfe, Repräsentanten von Jugend- und Gesundheitsämtern und Allgemeinem Sozialdienst, von Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche und Familien sowie Vertreter von Schulen, Justiz, Gesundheitswesen und Elternvereinen hatten den Weg nach Augsburg gefunden.

Nach der Begrüßung durch Regierungspräsident Ludwig Schmid berichtete Isabella Gold, Leiterin des Referates Jugendpolitik und Jugendhilfe im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, über den Kinderschutz in Bayern. „Kinderschutz braucht starke Netze“ lautete ihr Appell. Wichtig seien eine möglichst frühzeitige Unterstützung von Familien sowie eine stärkere Verzahnung aller relevanten Akteure vor Ort. Starke Eltern seien die besten Garanten für ein gesundes und gedeihliches Aufwachsen von Kindern.

Gerade in der ersten Phase nach der Geburt erfolgten zentrale Weichenstellungen für die kindliche Entwicklung, fuhr Isabella Gold fort. Risiken späterer Entwicklungsverzögerungen und Verhaltensauffälligkeiten könnten entscheidend gemindert werden, wenn entsprechende Risiken so früh wie möglich erkannt und die Eltern bei ihrem Erziehungsauftrag kompetent unterstützt werden. Vor dem Hintergrund steigender Problemfälle - u. a. Kinder psychisch kranker Eltern - sei vor allem eine stärkere Verzahnung des Gesundheitsbereichs mit der Kinder- und Jugendhilfe dringend erforderlich.

Soziale Frühwarnsysteme

Sei Hilfe notwendig „und können oder wollen Eltern dabei nicht ausreichend zur Sicherstellung des Kindeswohls mitwirken“, müsse konsequent gehandelt werden - „wenn es sein muss auch gegen den Willen der Eltern“, so die Referentin. Gerade bei krisenhaften Zuspitzungen bestehe hoher Handlungsdruck, verbindliche Absprachen und abgestimmte Verfahrensabläufe im Vorfeld seien hier umso wichtiger. Zur Sicherstellung des Kindeswohls könnten auch familiengerichtliche Maßnahmen vonnöten sein. Bereits in Planung sei derzeit „die konkrete Umsetzung zur Unterstützung der Kommunen bei der flächendeckenden Etablierung sog. sozialer Frühwarnsysteme“. Somit könnten Risikofamilien besser erfasst werden.

Für die Stadt Augsburg stellte der stellvertretende Jugendamts-

leiter Manfred Klopff das neue Modell „Herzlich willkommen Augsburger Kinder“ im Stadtteil Lechhausen vor. So freundlich begrüßt der Bürgermeister heuer alle Neugeborenen von Familien aus dem Stadtteil Lechhausen. In einem Brief gratuliert er zur Geburt des Kindes und kündigt den Besuch einer Mitarbeiterin an, die dann u. a. ein Buch über alles Wissenswerte rund um das Kind mit Unterstützungsangeboten, wichtigen Adressen etc. überreicht. Außerdem informiert die Mitarbeiterin über alle Hilfsangebote zur Unterstützung der Erziehung und positiven Entwicklung des Kindes. Bei Bedarf stehen Familienpaten zur Seite, die in wichtigen Fragen beraten und helfen.

Stadtteilmütter

Unterstützung erhält das Team von Stadtteilmüttern, Migrantinnen, die schon jetzt in Lechhausen hervorragende Arbeit leisten. Sie helfen, sprachliche Barrieren zu überwinden und kulturelle Eigenheiten zu beachten. Der Kinderstützpunkt K.I.D.S. in Lechhausen soll zu einem lebendigen Treffpunkt für Familien mit Kindern ausgebaut werden. Elternkurse und Vorträge werden das Angebot bereichern. Klopff zufolge „wollen wir mit diesem Projekt, das später auf ganz Augsburg ausgedehnt werden soll, allen Kindern einen guten Start ins Leben ermöglichen“.

Die Kinderärzte Dr. Martin Lang und Dr. Hermann Wittrock berichteten anschließend vom Zusammenschluss der Kinderärzte in und um Augsburg in der Vereinigung „pädnetz“. Auch hier steht der Kinderschutz im Fokus. Mit diesem kinder- und jugendärztlichen Netz wird den Kindern die bestmögliche ambulante Gesundheitsversorgung mit einheitlich hohen Qualitätsstandards geboten. Die enge Kooperation mit anderen Facharztgruppen und Spezialrichtungen der Kinder- und Jugendmedizin ermöglicht es, die ambulanten Verfahren der Untersuchung und Therapie voll zu nutzen und die Zahl und Dauer der Klinikaufenthalte gering zu halten.

Nachdem Susanne Keller vom Josefinum Augsburg die vertrauensvolle Position der Hebammen



1. Reihe von links: Oberbürgermeister Hermann Faul, Nördlingen, Günther Zwerger, Geschäftsführer Geopark Ries, Heike Burkhardt, stellvertretende Geschäftsführerin, Dr. Sabine Heuschkel, Leiterin Expertenteam 4, Wirtschaftsamt.

2. Reihe: Ralf Barfeld, Prof Dr. Dieter Stöffler, Leiter des Arbeitskreises, Gisela Pösges, Leiterin Expertenteam 1, Geologie.
3. Reihe: Dr. Thomas Kenkmann, Geschäftsführer ZERIN, Museum für Naturkunde Berlin, Bürgermeister Rainer Schaller, Steinheim, Prof. Dr. Rüdiger Krause, Archäologische Wissenschaften, Uni Frankfurt.

Reihe hinten: Manfred Abele, Hauptamtsleiter Steinheim, Dr. Jörg Orschiedt, Historisches Centrum Hagen, Dr. Wilfried Sponzel, Leiter Expertenteam 3, Johannes Ruf, Vertreter Leiter Expertenteam 2. □

in der Familie dargestellt hatte, machte Dr. Michael Hennig, Leiter des Gesundheitsamtes Aichach-Friedberg, darauf aufmerksam, dass das Gesundheitsamt ggf. auch in den Kinderschutz involviert ist, wenn „auffällige“ Familien gemeldet werden, z. B. bei Verwahrlosung, Substanzmissbrauch oder einer Unterbringung aufgrund psychischer Erkrankung.

MamaBabyHilfe

Peter Fröschl, Leiter des Amtes für besondere Soziale Angelegenheiten des Landratsamtes Aichach-Friedberg, berichtete aus Sicht der Schwangerenberatung über den Kinderschutz. Klaus Kratzer, Jugendbeauftragter der Polizeiinspektion 5, Augsburg, erzählte anschaulich über seine Einsätze und die Prävention von Kinderschutz im Stadtteil Oberhausen und in den Schulen. Dagmar Conrad, Vorsitzende Richterin der Jugendkammer Augsburg,

plädierte ihrerseits für mehr rechtzeitige Hilfen für Familien und für ein konsequentes Umsetzen des Entzuges der elterlichen Sorge, wenn Kinder in Gefahr sind.

Als Hilfe für Eltern, denen in den ersten drei Lebensjahren der Kinder alles über den Kopf zu wachsen droht, haben der Landkreis Unterallgäu, die Stadt Memmingen und die Katholische Jugendfürsorge (KJF) der Diözese Augsburg das gemeinsame Projekt MamaBabyHilfe ins Leben gerufen.

Für den Start der MamaBabyHilfe war ausschlaggebend, dass bei manchen älteren Kindern Erziehungsdefizite offensichtlich werden, die aus den ersten Lebensjahren stammen und nicht mehr aufholbar sind. Ziel ist es, die Beziehung zwischen Eltern und Kind so zu beeinflussen, damit das Leben noch gelingen kann. Die Teilnahme an dem MamaBabyHilfe-Projekt ist freiwillig; den Eltern entstehen keine Kosten. **DK**

OB Ivo Holzinger zum 60. Geburtstag:

Taten statt Worte

Dr. Ivo Holzinger, seit 1980 Oberbürgermeister der kreisfreien Stadt Memmingen, feierte am 4. April seinen 60. Geburtstag. Mit fünf gewonnenen Oberbürgermeisterwahlen zählt der SPD-Politiker zu den dienstältesten Oberbürgermeistern Deutschlands. Nicht Worte, sondern Taten kennzeichnen seit jeher seine kommunalpolitische Arbeit in und für das schwäbische Oberzentrum.

Der in Aalen geborene Holzinger promovierte nach seinem Jura- und Volkswirtschaftsstudium 1974 mit einem kommunalwissenschaftlichen Thema an der Universität Würzburg zum Dr. jur. utr. und trat in den Dienst der Bayerischen Finanzverwaltung in Würzburg und Nürnberg ein. Zuletzt war er in dieser Funktion im Jahre 1980 am Bundesfinanzministerium in Bonn tätig. Im selben Jahr wurde Holzinger mit 32 Jahren zum ersten Mal zum Oberbürgermeister von Memmingen gewählt und war damit jüngster Rathauschef einer kreisfreien Stadt in Deutschland. Danach wurde der Familienvater in den Jahren 1986, 1992, 1998 und 2004 in seinem Amt bestätigt.

Überzeugende Siege

In den ersten drei Wahlen erzielte Holzinger jeweils etwa 80 % der abgegebenen Stimmen, in der Wahl 2004 setzte er sich mit der absoluten Mehrheit von 50,5 % der Stimmen im ersten Wahlgang gegen drei Gegenkandidaten durch. Ivo Holzinger bekleidet zahlreiche Ehrenämter, so unter anderem im Vorstand des Bayerischen Städtetages und im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Er ist Bezirksvorsitzender der schwäbischen Städte und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik SGK in Bayern.

In Memmingen ist Holzinger in zahlreichen Vereinen verankert. Seit mehreren Jahren fungiert er als Kreisvorsitzender des Bayerischen Roten Kreuzes in Memmingen und dem Unterallgäu. Neben weiteren Ehrenämtern ist er Mitglied im Diözesanrat der Diözese Augsburg. Während seiner Amtszeit ent-

wickelte sich die Stadt Memmingen zu einer der wirtschaftsstärksten Städte im Regierungsbezirk Schwaben. Mit dem Industriegebiet Bayerisch-Schwabens. Bereits vor sechs Jahren konstatierte Bayerns damaliger Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu bei der Eröffnung des Exis-



Dr. Ivo Holzinger. □

tenzgründungszentrums: „Memmingen ist ein attraktiver Standort. Memmingen und seine Umgebung zählen zweifelsfrei zu den Aufsteigerregionen - nicht nur im Allgäu oder in Schwaben, sondern auch bayern- und bundesweit. In einer Reihung von 167 Arbeitsmarktregionen nach ihrer Strukturstärke hat sich Memmingen seit 1990 um 50 Ränge verbessern können. Es befindet sich mittlerweile im oberen Fünftel Deutschlands.“

Seither hat sich die positive Entwicklung der Stadt noch fortgesetzt. 2004 wurde Memmingen mit dem Bayerischen Qualitätspreis für wirtschaftsfreund-

liche Gemeinden ausgezeichnet. Die Stadt wurde für ihre Bemühungen geehrt, „die Wirtschaft von unnötiger Bürokratie zu entlasten und die Standortbedingungen zu optimieren“.

„Fakt ist, dass die solide Finanz- und Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre uns Handlungsspielräume für Investitionsmaßnahmen erhalten hat“, so der Jubilar vor kurzem bei der Verabschiedung des Haushalts 2008. Mit einer Verschuldensquote von 512 Euro pro Einwohner liegt Memmingen weiterhin weit unter dem Durchschnitt der Städte mit vergleichbarer Größenordnung.

Investitionsmaßnahmen

Zu den größten Einzelposten bei den Investitionen gehört der Neubau der staatlichen Realschule. Für das Projekt, das bis zum Schuljahr 2009/2010 fertig gestellt sein muss, werden in diesem Jahr über 9,3 Millionen Euro veranschlagt. Daneben ist die Sanierung des Vöhl-Gymnasiums vorgesehen. In die Erweiterung und Ertüchtigung des Gruppenklärwerks sollen heuer ebenfalls Millionenbeträge fließen. Auch für den Neu- und Ausbau von Straßen, für Kanalbauten, für die Stadtsanierung sowie für den Neubau der Werkstätten des Stadttheaters werden Gelder locker gemacht - um nur einige Beispiele zu nennen.

Dass diese Investitionen möglich sind, führt Oberbürgermeister Holzinger neben der soliden Finanz- und Haushaltspolitik auch auf die anhaltende Stärke der Memminger Wirtschaft zurück. So rechnet der Stadtkämmerer in diesem Jahr mit Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 25,5 Millionen Euro - eine Größenordnung, die es trotz unverändert niedrigem Gewerbesteuersatz in Memmingen noch nie gegeben haben dürfte. Ein weiterer Superlativ in einer langen Reihe von Erfolgsmeldungen. DK

Eröffnung des Fürstenbaus der Veste Coburg:

Regionales Bewusstsein pflegen

„Der Freistaat Bayern hat ein vitales Interesse daran, dass die Geschichte und damit das regionale Bewusstsein der historisch so unterschiedlichen Teile unseres Staates gepflegt und in der Bevölkerung verankert werden. Die Veste Coburg, eine der größten und eindrucksvollsten Burganlagen Deutschlands, eignet sich dafür in hervorragender Weise. Der Freistaat ist hier seiner 1920 übernommenen Verpflichtung zur Pflege des baulichen Erbes des Coburger Landesteils in hervorragender Weise nachgekommen“, erklärte Finanzminister Erwin Huber bei der Eröffnung des Fürstenbaus der Veste Coburg. Der Fürstenbau der Veste Coburg war in den vergangenen sechs Jahren von der Bayerischen Schlösserverwaltung für 7,77 Millionen Euro saniert worden.

Huber betonte, dass man sich bewusst dazu entschlossen habe, den Fürstenbau nicht radikal zu entkernen und modern einzurichten, sondern die historischen Raumformen und damit das Andenken an die enge Verbindung zwischen Coburg und der britischen Krone zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu bewahren. Der Fürstenbau bietet damit heute nicht nur einen stilvollen Rahmen für die Ausstellungen, sondern ist auch selbst wesentlicher Teil des historischen Museums Veste Coburg.

Krönender Abschluss

„Seit 1918 sind die Kunstsammlungen der Veste Coburg der wichtigste Nutzer des historischen Bauwerks, der „Krone Fränkens“. Ihr Bereich wird mit dem Fürstenbau abgerundet und erheblich erweitert. Mit der Übernahme des Fürstenbaus durch die Kunstsammlungen, eines der wichtigsten Museen des Landes, erfährt die Nutzung der Veste ihren krö-

nenden Abschluss“, so Huber. Der Fürstenbau gehöre, wie Huber erinnerte, zu den Kernbauten der einstigen Dynastenburg, die sich die Grafen von Henneberg ab der Mitte des 13. Jahrhunderts auf den „Coberg“, dem uralten Herrschaftsmittelpunkt zwischen Franken und Thüringen, errichteten. Der Bau war einst der Palas, der Saal- und Repräsentationsbau der mittelalterlichen Burg.

Historisches Zeugnis

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts, als Coburg zum Kurfürstentum Sachsen gehörte und es zu einer stärkeren Verbindung der Region mit Mitteldeutschland kam, sei der Fürstenbau seiner repräsentativen Funktion beraubt und zum Wohnbau umgewandelt worden.

Eals schließlich Herzog Carl Eduard, ein Enkel der Königin Victoria, 1905 volljährig wurde und heiratete, wollte ihm das Land die Wiederherstellung der Lutherkapelle auf der Veste zum

Geschenk machen. Aus diesem Vorhaben entwickelte der Herzog die Idee, auf der Burg seiner Ahnen residieren zu wollen. 1909 beauftragte er den Architekten Bodo Ehardt mit der Planung und Durchführung der Umgestaltung zur Residenz. Ehardt war damals ein sehr bekannter Forscher und Spezialist für die Herstellung mittelalterlicher Burgen. Sein wohl bedeutendstes Werk war der Wiederaufbau der Hochkönigsburg im Elsass für Kaiser Wilhelm II. Ehardt schuf damals die, so Huber, vielleicht letzte repräsentative Wohnung für einen regierenden Fürsten in ganz Deutschland und damit ein historisches Zeugnis von besonderem Rang. Das Wohnrecht im Fürstenbau währte bis zum Tode des Prinzen Friedrich Josias 1998.

Schwierige Gratwanderung

Es sei nicht immer einfach gewesen, einen gangbaren Weg zwischen Denkmalpflege und den Erfordernissen eines modernen Museumsbetriebes zu finden. Huber dankte deshalb den Mitarbeitern der Bauabteilung und des Restaurierungszentrums der Bayerischen Schlösserverwaltung, die in Zusammenarbeit mit den Kollegen des Staatlichen Bauamts Bamberg und den Kunstsammlungen hervorragende Arbeit geleistet hätten. □

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Man glaubt, es mit einer Alchemistenformel zu tun zu haben. Wie mache ich aus Dreck Geld!“ Mein Chef, der Bürgermeister, saß stürrunzelnd vor seiner Tageszeitung, die auf einer Sonderseite die Begriffe der aktuellen Finanzkrise zusammengestellt hat. Von A wie Abschreibung bis V wie Verbriefung wurden alle Stichworte aufgelistet, die in der aktuellen Diskussion eine Rolle spielen. Ein echtes Glossar der Gier.

Es ist schon wahr: Wie soll ein „Provinz-Politiker“ und einfacher Sparkassen-Aufseher schon durchsteigen in dem Gestrüpp von Finanzinnovationen, die so verwirrend aufgebaut wurden, dass man als normaler Mensch im Grunde nur Bahnhof versteht: Kredite an insolvente Schuldner, Hypotheken auf mögliche Wertsteigerungen von Einfamilienhäusern, Anlageportfolios, die wie ein Baumku-

zweimal überlegen, den Sparkassen-Berater zu belächeln, der als Basis-Investment Kommunalobligationen oder Pfandbriefe empfiehlt, statt mit einem Azubi, einem Häuslebauer oder einer Rentnerin eifrig über die Hebelwirkung bei bestimmten Investment-Zertifikaten zu diskutieren.

Wir sollten auch wieder die in manchen Ohren antik klingende ökonomische Regel beachten, dass sich jeder Wertzuwachs primär auf eine reale Veränderung der Marktlage stützen muss und man die Finger von Investments lassen sollte, die von der Hoffnung leben, dass die Marktlage dereinst die heute gezahlten Preise widerspiegeln werde.

Vor allem aber sollten wir uns davor hüten, unseren eigenen Verstand an der Garderobe abzulegen und in der gleichen Weise wie ein Bub in kurzen Hosen der Blechmusik hinterherläuft, blind den Einschätzungen von selbsternannten Experten in Rating-Agenturen zu vertrauen. Schaut man nämlich auf das Rating der Papiere, die heute den Groß- und Landesbanken so hohe Verluste bescheren, reibt man sich die Augen: Reihenweise traumhafte Bewertungen, die diese Papiere eigentlich als bombensicher, sogar geeignet für Pensionsfonds ausgewiesen haben. Umso größer ist jetzt der Knall, mit denen diese Spekulationen platzen. Merke: Jeder Test ist subjektiv, keine Bewertung gefeit vor Fehlern und das hypnotisierte Starren auf Triple-A und A+ kann leicht die Sinne vernebeln.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist am Neuen Markt auf die Schmauze gefallen und seither eher der konservative Anlegertyp. Ob die Bankbosse, Fondsmanager und Finanzjongleure auch aus Fehlern lernen? Die Erfahrung zeigt, dass nicht enttäuscht wird, wer skeptisch ist. Für die hartnäckigen Pessimisten spricht das Zitat von Machiavelli auf dem heutigen Kalenderblatt: „Den Völkern schadet viel mehr die Habgier der eigenen Bürger als die Raubgier der Feinde. Dieser lässt sich bisweilen ein Ziel setzen, jener aber nicht.“

Vielmehr sollten wir uns wieder auf die Basis nachhaltigen Wirtschaftens auch in Bezug auf Investments besinnen. So sollte man es sich

the
Sabriul

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Niederbayern:

Fairness beim Büchergeld!

Mit den Themen Büchergeld, Krippenausbau und verstärkte Hauptschul-Förderung befasste sich die Bezirksversammlung Niederbayern des Bayerischen Städtetags bei ihrer jüngsten Sitzung in Straubing. Dabei forderte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, „eine faire Regelung beim Büchergeld“. Die Kommunen erwarteten, nicht mehr bezahlen zu müssen, als vor Einführung des „unseligen Büchergeldes“.

Konkret solle der Freistaat künftig von den anfallenden Kosten für Schulbücher nicht nur zwei Drittel, sondern drei Viertel übernehmen. Zudem fordern die Städte, dass sich das Land an den Ausfällen beim Büchergeld des laufenden Schuljahres 2007/2008 beteiligt. Schaidinger zufolge will man somit „zu den früheren Verhältnissen zurückkehren“.

Konnexitätsprinzip

Die Kommunen wehren sich dagegen, dass sie mit dem neuen Gesetz Mehrkosten von mehr als 6 Millionen Euro jährlich übernehmen müssen. Dies widerspricht laut Städtetagsvorsitzendem dem Konnexitätsprinzip, wonach der Verursacher die Kosten zu tragen hat. Im Vorblatt des Gesetzes zur Änderung der Verfassung heiße es, dass das Konnexitätsprinzip dazu dient, „die Kommunen vor Ausgabenmehrungen ohne Ausgleich von Mehrleistungen zu schützen“. „Das muss auch gelten, wenn das Büchergeld abgeschafft und dafür das neue Lernmittelgesetz eingeführt wird“, hob Schaidinger hervor.

Ausdrücklich begrüßt wurde hingegen die neue Förderrichtlinie des Freistaats für den Krippenausbau. Im Dezember vergangenen Jahres hatten sich die kommunalen Spitzenverbände und der Freistaat auf einen Kompro-

miss bei der Krippenförderung verständigt. Im Durchschnitt bedeutet dies eine Verdreifachung der bisherigen Förderung der Investitionskosten für Kindertageseinrichtungen. Der Freistaat Bayern stockt die Mittel des Bundes um mindestens 100 Mio. Euro aus dem Programm „Zukunft Bayern 2020“ auf. Zusätzlich wird dieses bayerische Sonderprogramm nach Ausschöpfung der hierfür vorgesehenen Bundes- und Landesmittel mit denselben Förderkonditionen fortgesetzt, bis das Ziel eines bedarfsgerechten Ausbaus der Betreuungsplätze für Kinder dieser Altersgruppe erreicht ist. Gefördert wird mit einem Mindestfördersatz von 60 Prozent, der bei den finanzschwachen Kommunen auf bis zu 80 Prozent erhöht wird.

Kinderbetreuung

Pfarrkirchens Erster Bürgermeister Georg Riedl, Vorsitzender des Bezirks Niederbayern des Bayerischen Städtetags, meinte hierzu: „Der Ausbau der Krippen ist ein wichtiger Teil des Gesamtpakets für die Familienpolitik. Unsere Gesellschaft braucht vernünftige Netzwerke in der Kinderbetreuung.“

Was wiederum die Förderung der Hauptschulen anbelangt, muss der Freistaat nach Ansicht des Bayerischen Städtetags

„deutlich mehr Ganztagschulen einrichten, anstatt die Kommunen und freie Träger in die Pflicht zu nehmen“. Die Städte bemängeln, dass die staatlichen Zuschüsse für eine „verlängerte Mittagsbetreuung“ an Grundschulen von 7000 Euro bei weitem nicht ausreichen, um die tatsächlichen Kosten zu decken.

„Wenn der vom Ministerpräsidenten geforderte pädagogische Anspruch verwirklicht werden soll, muss der Staat für die Mittagsbetreuung und nachmittägliche Betreuung bei Hausaufgaben pädagogisches Personal zur Verfügung stellen“, erklärte Schaidinger. Die verbesserte individuelle Förderung von Schülern sei eine Aufgabe des Staates und nicht der Kommunen.

Hauptschule

Der Ausbau der Hauptschule zur Ganztagschule sei der richtige bildungspolitische Weg. Allerdings: „Wenn der Freistaat - aus gutem Grund - einen ganztägigen Ausbau der Schulen propagiert, muss er die Kommunen dabei finanziell unterstützen“, stellte Schaidinger klar. Das Nebeneinander verschiedener Modelle sorge für Verwirrung und gefährde den Bestand kleinerer Schulen. Der Städtetag fordert ein Sonderprogramm zur Finanzierung des Ausbaus der Ganztagschulen von 600 Millionen Euro.

„Ich sehe in der Zukunft erhebliche Probleme auf die Hauptschulen zukommen“, meinte Bezirksvorsitzender Riedl: „Die Einführung der sechsstufigen Realschule hat der Hauptschule den Boden entzogen.“ DK



Gratulierten zum Erfolg: Der Würzburger Bürgermeister Dr. Adolf Bauer, Dr. Josef Ziegler (Vorsitzender der Bayerischen Verwaltungsschule), Paul Lehrieder MdB, der scheidende Landrat und „Vater“ des Kommunalunternehmens Waldemar Zorn, Walter Kolbow MdB, Manfred Ach MdL, Dr. Alexander Schraml (Vorsitzender des Kommunalunternehmens) und der neue Landrat Eberhard Nuß.

Bürgerunternehmen auf Erfolgskurs

Das Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg feierte zehnjähriges Bestehen

Veitshöchheim. Mit einem Festakt in den Mainfrankensälen feierte der Landkreis Würzburg das zehnjährige Bestehen seines Kommunalunternehmens (KU). Zum Abschied seiner politischen Laufbahn durfte sich der scheidende Landrat Waldemar Zorn über den Erfolg eines Landkreiskindes freuen, bei dem er nach eigenen Worten „als Geburtshelfer und Erzieher“ gewirkt hat. Dem Bürgerservice auf den Gebieten Gesundheitswesen (Mainklinik Ochsenfurt), der stationären Altenpflege (mehrere Heime sowie betreutes Wohnen), des Öffentlichen Personennahverkehrs (Nahverkehr Würzburg-Mainfranken GmbH und APG) sowie der Abfallentsorgung (team orange) wurden durchweg gute Noten erteilt.

Waldemar Zorn erinnerte daran, dass der Landkreis Würzburg mit seinem Kommunalunternehmen ein Stück Verwaltungsgeschichte geschrieben hat.

Als eines der ersten in Bayern und das erste mit dieser Struktur und Größe sei das KU im Februar 1998 an den Start gegangen. Was er selbst in seiner Amtszeit seit 1996 energisch betrieben habe,

könne heute auf der ganzen Linie Erfolge aufweisen: „Die Ergebnisse nach zehn Jahren übertreffen die Erwartungen von damals“. Vor 140 geladenen Gästen, darunter Kollegen aus der Kommunalpolitik der Region, der Wirtschaft, der Pflege und des Gesundheitswesens sowie die Mandatsträger und Führungskräfte aus dem Landratsamt, wünschte der scheidende

Landrat seinem KU und den über 800 Mitarbeitern alles Gute für die Zukunft.

Stärkung durch Partnerschaften

Der KU-Vorstandsvorsitzende Dr. Alexander Schraml dankte Zorn dafür, dass er die Reformziele „nicht mit Heerscharen von Beratern“ zum Ziel geführt, sondern seinen eigenen Mitarbeitern und Führungskräften vertraut habe. Am Ende sei man bayernweit mit Vorträgen und Beratungen anderer Kommunen unterwegs gewesen und fördere inzwischen über die Mitwirkung an einem wissenschaftlichen Handbuch die Entwicklung kommunaler Unternehmen im Freistaat. Schraml ging auf zahlreiche Partnerschaften ein, die das KU nach außen und innen stärken. So habe man zum Beispiel, gefördert durch die Regierung von Unterfranken, die Nahverkehrs-Planvorstellungen in der Region harmonisiert. Ein greifbares Ergebnis verspreche sich das KU über die Verbunder-

weiterung um den Nachbarlandkreis Kitzingen, die zum 1. Januar 2009 erwartet werde. Auch mit dem Landkreis Main-Spessart und darüber hinaus mit den Landkreisen der Region Main-Rhön sei man im Gespräch.

Ein bemerkenswertes Referat unter dem Titel „Das Kommunalunternehmen - eine Rechtsform auf Erfolgskurs“ trug Dr. Josef Ziegler, Vorsitzender der Bayerischen Verwaltungsschule, bei der Jubiläumsfeier des Kommunalunternehmens (KU) des Landkreises Würzburg vor. Darin stellte er fest, dass sich die Betriebsergebnisse seit der Übernahme vorhandener Strukturen durch das KU entscheidend verbessert haben. Damit habe sich die Belastung des Landkreises und seiner Gemeinden spürbar verringert - und das bei gleichzeitigen Investitionen in Modernisierung und Ausbau.

Unterschiedliche Maßstäbe

Allerdings sei der Erfolg eines KU als öffentliches Dienstleistungsunternehmen nicht mit den selben Maßstäben zu messen wie der eines Privatunternehmens, schränkte Ziegler ein. Deshalb stellte er die Erwartungen und Befürchtungen abwägend gegenüber. Mit der neuen Organisationsform, die der Gesetzgeber 1995 eröffnete, habe der Landkreis Würzburg, Originaltext Landrat Waldemar Zorn vom 7. Februar 1997, folgende Ziele verfolgt: „Abbau von Entscheidungssebenen, selbstständige Geschäfts- und Betriebseinrichtungen ohne Aufgabe der Trägerkompetenz des Landkreises, Verkürzung der Dienstwege, Flexibilität bei laufenden Geschäften und im Vergabewesen, Betonung unternehmerischen Handelns und Priorität des Kosten- und Leistungsdenkens bei konsequenter Orientierung an den Bedürfnissen der älteren und kranken Menschen in den Einrichtungen und nicht im Wege frühkapitalistischer Ausbeutung der Mitarbeiter“.

Zorn habe keine der Fraktionen im Kreistag geschlossen hinter sich gebracht. Die Entscheidung für das KU sei nach hitzigen Debatten sehr knapp gefallen. Gegner befürchteten Demokratieabbau und ein Nebenlandratsamt. Das Wort Holding als Bezeichnung für die Steuerung der KU sei zum Unwort erklärt worden. Zudem befürchtete man als Folge

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

der wirtschaftlichen Orientierung ein soziales Defizit bei den Dienstleistungen für die Bürger und nicht zuletzt bei den Rechten und Besitzständen des Personals. Inzwischen seien Entscheidungswege tatsächlich kürzer geworden, trotz Mehrung der Aufgaben. Das liege an den Kompetenzen des KU-Vorstandes und der Übersichtlichkeit der Gremien. Der Verwaltungsrat beschränke sich auf Grundsatzentscheidungen und die Kontrolle des Vorstandes.

Besondere Problematik

Dem Kreistag komme eine veränderte Rolle zu. Sein Aufgabenspektrum sei schmaler geworden. Es gehe beispielsweise nicht mehr darum, über jeden Standort, Größe und Öffnungszeiten einzelner Wertstoffhöfe zu entscheiden. Die Steuerung des KU finde nur noch formal durch den Kreistag statt. Wichtig sei die Zielvorgabe, nicht aber die Festlegung des Weges. Damit habe man die Demokratie nicht abgeschafft sondern „großmaschiger gestrickt“. Das sei aber besser, als öffentliche Verantwortung ganz an den freien Markt zu übergeben und damit auf die Beeinflussung von Standards zu verzichten.

Wirtschaftspläne und Bilanzen seien allerdings eine trockene und komplexe Materie, schwierig für ehrenamtliche Mandatsträger, uninteressant für Bürger und weniger attraktiv für die Medien, als etwa die Frage, ob um Mitternacht noch ein Linienbus von A nach B fahren soll. Ziegler sieht darin eine besondere Problematik. Zwischen der politischen Notwendigkeit, wählerwirksam aufzutreten und vom Bürger als Sachwalter erkannt zu werden und der notwendigen Selbstbeschränkung auf steuerrelevante Aktivitäten im Beschlussgremium habe man noch nicht die Lösung gefunden.

Unternehmerisches Handeln sei gegenüber dem Verwaltungshandeln im Vorteil, ist sich Ziegler sicher. So werde der schleichende Wertverzehr über die kaufmännische Abschreibung laufend sichtbar. Überraschungen, wie beim gelegentlichen genaueren Hinse-

hen in Schulgebäuden, seien auszuschließen. So sei es nicht verwunderlich, dass das KU einen höheren Modernisierungsschub erlebt habe als im selben Zeitraum die Kernverwaltungen des Landkreises. Damit sei durch das Vorbild des KU der vor wenigen Jahren noch als unaufhaltsam scheinenden Tendenz, bisher öffentliche Bereiche in private Hände geben zu müssen, die Spitze genommen. Der sozialen Verpflichtung gegenüber dem Bürger werde man durch ein Qualitätsmanagement gerecht. Freilich sei man beim ÖPNV oder der Dichte des Wertstoffhofnetzes weiterhin in einem Spannungsfeld zwischen Gemeinwohlverpflichtung, ökologischer Orientierung und betriebswirtschaftlicher Effizienz.

Für die Zukunft gerüstet

Sein Fazit: „Das KU liefert den Nachweis, dass die öffentliche Verwaltung den Vergleich mit der Privatwirtschaft nicht scheuen muss. Sie ist für die Zukunft gerüstet, wenn sie nicht an überholten Denkweisen festhält, sondern für die jeweiligen Aufgaben die richtigen Organisationsstrukturen und handelnden Personen findet. Wenn dies gelingt, ist das für die Versorgungssicherheit der Bürger und die soziale Absicherung der Beschäftigten allemal der bessere Weg als die Übergabe in private Hände, ohne die demokratische Kontrolle durch gewählte Volksvertreter“.

Neuer Traunsteiner OB begeht Selbstmord

Der neu gewählte Oberbürgermeister der oberbayerischen Kreisstadt Traunstein, Wilfried Arsan, hat Selbstmord begangen. Der Kommunalpolitiker von den Unabhängigen Wählern Traunstein wurde tot in seinem Haus gefunden. Arsan war bei der Kommunalwahl vor wenigen Wochen zum Nachfolger des bisherigen Oberbürgermeisters Fritz Stahl gewählt worden.

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöbelierung



- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Möbelierung für Aussen
Max-Eyth-Str. 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoebelierung.de

Fahnenmasten/Fahnen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen



Produktions- und Vertriebs-GmbH & Co.
Industriestraße 1 • 11-92785 Weinstadt
Tel. 0937/81 80 0 • Fax 0937/81 80 999
E-Mail info@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen



Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen



Produktions- und Vertriebs-GmbH & Co.
Industriestraße 1 • 11-92785 Weinstadt
Tel. 0937/81 80 0 • Fax 0937/81 80 999
E-Mail info@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte



Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

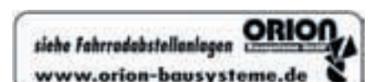
Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Gmeiner GmbH
Bgm.-Knoll-Str. 26
D - 92245 Kürnensbruck
Telefon: +49 (0) 96 21 / 76 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöbelierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74